KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Özgür Gündem

Aufstehen für eine freie Presse

Hedef dayanışmayı baltalamak

16 Ağustos 2016 özgür basın tarihine kara bir leke olarak geçti. Katliamların, tehcirlerin, sürgünlerin bir daha yaşanmaması için çaba sarfeden özgür basını yandaş bültene dönüştürme çabası boşa çıkanlınca Özgür Gündem'i basıp kapatan AKP-PÖH gözaltı süresini cuma gününe kadar uzattı. Polis, yeni dayanışma süreçlerinin önünü kesmek için Yayın Danışma Kurulu ü… mizin evlerini bastı, Aslı Erdoğan gözaltına alındı. Sayfa 4-5

Halklar gazetesini sahiplendi

Özgür Gazeteciler Cemiyeti öncü… gazeteciler, yazarlar, sivil toplum örgütleri … Gündem binası önünde top… protesto etti. Amed'de … gözaltına alınan gazeteciler … basına yönelik … kendi darbe… kaydedildi Tüm … ile dayanışmaya çağırıldı. Sayfa 4-5

Dayanışma çığ gibi



Okuyucular 4 sayfa çıkan gazeteyi binaya astı. Gazete önünde haberler okundu. Dağıtımcılar birçok kentte gazeteyi okuyucularla buluşturdu. Gazete kısa sürede tükendi. Halk baskın ve kapatmaya tepki gösterdi. DİHA'nın gönüllü muhabirleri gazete adına haber kovaladı. Yazarlar "nöbet başına" çağrıları yaptı. Sayfa 4-5

Uluslararası basın ayakta

Baskın, işkence,tahribat, talan,mühürleme ve ev baskınlarına Tepki yağdı. CPJ, RSF, Freedom House gibi kuruluşlar baskın ve kapatmaya sert tepki gösterdi. Karikatür dergileri baskına ve karikatürist … gösterdi. Sayfa 4-5

Askeri darbe icraatıdır

Ergenekoncularla ittifak yaparak Kürtleri sindirmek için yeniden harekete geçen, baş hedefi yaptığı "Tek devlet", "Tek millet"i de "tek ses"e sabitlemek için belediyelere Kayyum atanması yasasının görüşüldüğü gün Özgür Gündem Gazetesi'ni basanlara sert çıkan Barış Bloku, gazete basmanın ve gazetecileri gözaltına almanın askeri darbe icraatı olduğunu söyledi. Cumhuriyet Gazetesi Genel Yayın Yönetmeni Aydın Engin "Baskılara karşı daha çok yanyana durmalıyız" dedi. Sayfa 4-5

Minbic halkları işbaşında

Minbic Sivil Meclisi özgürleştirilen Minbic bölgesinde yeni bir yaşam inşa etmek için … gençlik örgütlenmesi yapılırken Kürt, Arap, Süryani, Çerkes ve Türkmen genci örgütlendi. Kentin 15 kilometre güneydoğusundaki Cib El-Kecli köyü çetelerden temizlendi. DAİŞ çetecileri Minbic yenilgisinin ardından Bablı sivilleri kaçırıyor. Hesekê'de ise Baas güçleri Asayiş'e saldırdı. Sayfa 7

Havuz medyası lâl kesildi

Havuz medysının yanında kendisini ana akım medya olarak addeden Hürriyet, NTV, CNN Türk, Milliyet gibi gazete ve televizyonlar tepki çekti. HDP Eşbaşkanı Figen Yüksekdağ, "Darbe gecesi CNN Türk basıldığında basın özgürlüğü savunuculuğu yapanlar, Özgür Gündem basılırken kör, sağır ve dilsiz. Utançtır" dedi. Sayfa 4-5

Kayyum Yasası geri çekilsin



Amed'teki 69 sivil toplum örgütü, belediyelere kayyum atanmasını ön gören AKP'nin ısrar ettiği Torba Yasa'sına karşı Diyarbakır Barosu Adli Hizmet Binası'nda basın toplantısı düzenleyerek, tasarının bir an önce geri çekilmesini istedi. Sayfa 6

Nr. 187 September / Oktober 2016 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 187 September/Oktober 2016

Zusätzlich im Internet:



Das Verbot von Özgür Gündem wird nicht hingenommen. Trotz Verbot erscheint sie weiter, wechselnd bei verschiedenen Verlagen und im Handverkauf. Foto: DIHA



Seit April 2015 wird Abdullah Öcalan totalisoliert. Er hat keinerlei Kontakt zur Außenwelt. Wie hier in Efrîn demonstrieren Tausende für seine Freiheit. Foto: hawarnews



Nach 73 Tagen hartem Kampf konnte in Nordsyrien Minbic befreit werden. Überglücklich wurden die KämpferInnen der SDF von den BewohnerInnen empfangen. Foto: YÖP

Liebe Leserinnen und Leser,

der Kampf um Befreiung kennt keine Verschnaufpausen. Und so überschlagen sich auch in diesem Sommer die Ereignisse. Man muss sich nur einmal schlaglichtartig die Geschehnisse der letzten zwei Monate vergegenwärtigen, um einen Eindruck von der Intensität der aktuellen Phase zu gewinnen: der gescheiterte Militärputsch in der Türkei, die Verhängung der Ausgangssperre durch Erdoğan und die darauffolgende Hexenjagd gegen alle Oppositionellen im Land, die anhaltende Totalisolation Abdullah Öcalans auf der Gefängnisinsel Imralı, die erfolgreiche Operation zur Befreiung von Minbic in Rojava (Westkurdistan), das Verbot der kurdischen Tageszeitung Özgür Gündem in der Türkei und Nordkurdistan, die erfolgreichen Aktionen der HPG und YJA-Star gegen Militär und die Polizei in Nordkurdistan, die Fortsetzung der Hinrichtungspolitik Irans gegen kurdische AktivistInnen in Rojhilat (Ostkurdistan), die Auseinandersetzungen zwischen der syrischen Armee und den Verteidigungseinheiten Rojavas in Hesekê, die weitere Verfolgung und Verurteilung kurdischer AktivistInnen in Deutschland und das Austragungsverbot für das Internationale Kurdische Kulturfestival in Köln im September.

Der Überblick macht deutlich: Wir befinden uns in einer Phase, in der die Angriffe verschiedenster Kreise auf die kurdische Freiheitsbewegung deutlich zunehmen. Klar ist aber auch, dass diese Angriffe letztlich die Folge der eigenen Angst dieser Kreise sind. Denn die Begeisterung in den Gesellschaften des Mittleren Ostens für die kurdische Freiheitsbewegung und ihre Vorstellung von einem befreiten Leben wächst von Tag zu Tag. Wer die Bilder aus dem gerade befreiten Minbic gesehen hat, konnte in den Augen der Menschen lesen, welche Erleichterung und Hoffnungen sie mit dem Sieg der Demokratischen Kräfte Syriens über den IS verbanden. Und diese Hoffnung versetzt die Herrschenden im Mittleren Osten und darüber hinaus in Angst. Und so treibt diese Angst um den eigenen Machtverlust den diplomatischen Verkehr zwischen den Regionalmächten an, die sich in der antikurdischen Koalition wiederfinden. Besonders deutlich wird das im Falle der Türkei, die ihre Außenpolitik praktisch nach der Prämisse gestaltet, wie und mit wem sie die Errungenschaften der kurdischen Freiheitsbewegung zunichtemachen kann. Und so wundert es kaum, dass der türkische Präsident in unterwürfiger Pose in Moskau versucht, die Wogen zu glätten, während sein Außenminister das antikurdische Bündnis mit Iran zu restaurieren sucht. Selbst von den Anti-Assad-Sprechchören aus den Reihen der türkischen Regierung ist kaum noch etwas zu hören. Denn die größte Gefahr für Ankara sind derzeit die Errungenschaften in Rojava und der kurdischen Freiheitsbewegung. Aus diesem Grund wäre auch ein neuerlicher Schulterschluss mit dem Baath-Regime im Kampf gegen die KurdInnen in nächster Zeit keine große Überraschung mehr.

Doch wie gesagt, immer mehr Menschen schöpfen derzeit aus dem Kampf und der Perspektive der kurdischen Freiheitsbewegung Hoffnung für eine bessere Welt. Und aus dieser Hoffnung entwickelt sich eine Kraft, gegen die keine Bündnisse zwischen den Machthabenden dieser Welt standhalten können. Lasst uns Teil dieser Kraft sein!

Eure Redaktion

Eine Analyse der politischen Strategien

Die Kehrtwendungen der Türkei

Resul Solgün, Kolumnist

Nach der »One-Minute-Krise« vom Davos-Gipfel am 29. Januar 2009 und der Blaue-Marmara-Krise vom 31. Mai 2010, als das Schiff Marmara, das die Gaza-Blockade durchbrechen sollte, angegriffen worden war, hatte die Türkei ihre Beziehungen zu Israel abgebrochen und für deren Normalisierung drei Bedingungen gestellt: Israel sollte sich für den Angriff entschuldigen, Schmerzensgeld an die Hinterbliebenen der Opfer zahlen sowie die Gaza-Blockade beenden.

Am 17. Dezember 2010 hatte Mohamed Bouazizi mit seiner Selbstverbrennung den so genannten »arabischen Frühling« in Gang gesetzt und den Beginn einer neuen Phase eingeleitet. Mit den Aufständen in Tunesien, Libyen, Ägypten und Syrien wurde eine Kettenreaktion ausgelöst, die die gesamte arabische Region beeinflusste. Der blutigste Teil dieser Phase wurde in Syrien durchlebt.

In dem seit dem Skyes-Picot-Abkommen laufenden Prozess mussten repressive Staatsoberhäupter und Regierungen zurücktreten, in nationalistischen Staaten, die mit der Etablierung des Kapitalismus im Mittleren Osten entstanden waren, wurden sie von neuen Regierungen im Namen des »gemäßigten Islam« abgelöst. Tunesien, Ägypten und Libyen sind einige Beispiele. Die von bonapartistisch-nationalistisch-säkularen Regierungen unterdrückte und seit Jahren ignorierte Ideologie der Muslimbrüder stieg wie aus der Büchse der Pandora an die Oberfläche und wurde gar mit dem arabischen Frühling im gesamten Mittleren Osten zur Regierungsmacht, in Tunesien mit Al-Nahda, in Ägypten mit Ikhvan und in Libyen mit der nationalen Übergangsregierung, ebenso in Marokko.

Eine andere Version des arabischen Frühlings haben wir in der Phase der Ergenekon-Verfahren in der Türkei erlebt. Mit der Ergenekon-Operation und dem Sturz der mit dem Westen kompatiblen kemalistisch-säkular-nationalistischen Kräfte wurde die AKP unterstützt. Die Option der »Reaktion auf den Fundamentalismus« wurde dem Militär aus der Hand genommen und somit begann der Liquidationsprozess der nationalistisch-säkularen Regierung in der Türkei.

Die Bezeichnung »Covorsitzende des Groß-Nahost-Projektes (BOP)«, eine Anspielung auf die AKP und R. T. Erdoğan, verweist auf diese Entwicklung. Für diese Aufgabe waren die AKP und Tayyip Erdoğan wie maßgeschneidert. Erdoğan freute sich auf diese Mission. Die AKP war dafür zwar freiwillig bereit, aber unvorbereitet. Widersprüchliche Äußerungen über Libyen wiesen darauf hin. Anschließend wurden einige für diese Mission geeignete WissenschaftlerInnen, wie Ahmet Davutoğlu, in die Politik geholt.

Wie zu Beginn des arabischen Frühlings haben, nachdem alle Vorbereitungen abgeschlossen waren, dessen größte Unterstützer, Katar und der Katar-nahe Sender Al Jazeera, alle Proteste live übertragen.

Als die in Tunesien, Ägypten, Libyen und Syrien entfachten Aufstände Bahrain erreichten, hatten die Panzer Saudi-Arabiens bereits die Stadt überrollt, die Straßen waren mit Betonblöcken versperrt und Hunderte von Menschen tot und Tausende verhaftet. Da diese Ereignisse aber nicht so populär waren wie in Tunesien, Ägypten und Syrien, kamen sie nicht einmal in die Nachrichten.

Als das Feuer des arabischen Frühlings Syrien erreichte, reichte es nicht aus, die Gegebenheiten zu verändern. Assad und Syrien leisteten trotz des ganzen politischen Drucks Widerstand und resignierten nicht. Erdoğan, der Assad als seinen »Bruder« bezeichnet hatte, forderte in immer dringlicherem Tonfall dessen Rückzug, wurde ihm nach einer Weile zum Feind. Zu dieser Zeit sagte Fehim Taştekin bereits, die »Revolution in Syrien« sei den externen Faktoren ausgeliefert.

Als die Kräfte des Syrischen Nationalrats (engl. SNC) und der Freien Syrischen Armee (FSA) erst von Katar und dann Saudi-Arabien aus langsam von der Schattenregierung zu Oberbefehlshabern aufstiegen, wurden dschihadistische Gruppen wie Ahrar al-Scham, die Islamische Armee und die von Al-Qaida abstammende Al-Nusra-Front aufgeteilt und der Islamische Staat (IS) entwickelt. Als die syrische Revolution sich

immer weiter vom revolutionären Geist entfernte und der Ruf nach der Scharia aufkam, war es bereits 2014.

Wurde der arabische Frühling in einen arabischen Winter verwandelt? Die »friedlichen Forderungen« wurden von schweren und sogar Chemiewaffen abgelöst. Ende 2010 hatten die Proteste in Libyen, Ägypten und Syrien den Punkt der militärischen Gewalt erreicht. An die Stelle der protestierenden Volksmassen strömten aus aller Welt tausende DschihadistInnen nach Libyen, Syrien und Irak. Als der IS Mûsil (Mossul) eroberte, hatte er bereits eine starke Armee wie andere Staaten dieser Welt und präsentierte sich als noch reichere Organisation. 2014 wurde die Zahl von IS-Militanten auf 100 000 geschätzt.

Es war die Rede vom Verlust von mehr als der Hälfte des syrischen Territoriums. Im Norden Syriens hatten die KurdInnen die autonome Region Rojava (Westkurdistan) ausgerufen. Nach der Zerschlagung des Aufstands von Qamişlo 2004 hatten sie entschieden, den arabischen Frühling in einen kurdischen Sommer zu verwandeln. Mit dem Widerstand von Kobanê gegen den IS wurde der Übergang zu einer neuen Phase eingeleitet. Die ganze Welt begrüßte den Widerstand der Kämpferinnen der Frauenverteidigungseinheiten (YPJ) gegen den IS, sie hatte mit der Schlacht um Kobanê die Revolution in Rojava kennengelernt. Die KurdInnen erhielten mit der Rojava-Revolution auf internationaler Bühne die Gelegenheit zu legitimen Schritten.

Sie machten sowohl in Rojava als auch in Bakûr (Nordkurdistan) Fortschritte auf politischer Ebene. Während die AKP sich auf die KurdInnen in Syrien konzentrierte, wollte sie keine Auseinandersetzung mit den KurdInnen im eigenen Land, daher leitete sie den historischen Friedensprozess mit der PKK ein. Während dieser in Bakûr andauerte, hatte sie den Krieg anscheinend auf Rojava verlagert. Alle DschihadistInnen von IS, Al-Nusra, Ahrar al-Scham, die über die Türkei einfielen, attackierten die Volksverteidigungseinheiten (YPG) – die große Abrechnung, die eigentlich nach dem Sturz Assads erfolgen sollte.

Nachdem alle dschihadistischen Kräfte nicht den Fall Syriens erreicht hatten, war die Rede von Bombardierungen und Bodentruppen. Die USA, die ihren Fokus vor der Schlacht um Kobanê vom Sturz Assads auf den Kampf gegen den IS richteten, konnten nicht überzeugt werden. Die Äußerung Obamas in einem Gespräch mit Hakan Fidan *[Chef des Inlandsgeheimdienstes MIT]* und Erdoğan »Wir beide wissen, was Sie mit Ihren Dschihadisten tun« verdeutlichte, dass der Chemiewaffenangriff in der Stadt Ghuta *[2013]* nicht von der syrischen Armee, sondern vom IS gekommen war, der von Saudi-Arabien und der Türkei ausgerüstet und unterstützt wurde.

Tageszeitung Özgür Gündem verboten

Am 26.8.2016 wurde die Tageszeitung Özgür Gündem in der Türkei verboten. Das Verbot von Özgür Gündem ist ein neuerlicher Akt der Zensur und Gleichschaltung der Medien. Hatte es die Türkei noch nie sehr genau mit Presse- und Meinungsfreiheit genommen, sind das seit dem gescheiterten »Putschversuch« vom 15. Juli und der anschließenden Verhängung des Ausnahmezustands nur noch Fremdworte, die man in der Türkei vergeblich wird suchen können.

Dabei hat Özgür Gündem viele Opfer für die Entwicklung von Demokratie und Pressefreiheit gebracht. In den 90er Jahren fielen Duzende ihrer JournalistInnen und MitarbeiterInnen dem Staatsterror und extralegalen Hinrichtungen zum Opfer. Ihre Zentrale in Istanbul wurde sogar Ziel eines Bombenattentats. Seit dem 7. Juni dieses Jahres wird sie mit Ermittlungsverfahren überhäuft. Aus Solidarität mit der Zeitung wurde daraufhin die Kampagne »Einen Tag lang Bereitschafsdienst als Chefredakteur« ins Leben gerufen. AkademikerInnen, JournalistInnen, RedakteurInnen stellten sich einen Tag lang der Zeitung als ChefredakteurIn zur Verfügung. Doch selbst diese bekamen die Verfolgung der Zeitung durch das Regime zu spüren. Drei an der Kampagne Beteiligte, die Akademikerin Şebnem Korur Fincancı, der Journalist Erol Önderoğlu und der Schriftsteller Ahmet Nesin, wurden inhaftiert und erst nach weltweiten Protesten Tage später wieder aus der Haft entlassen. Der Journalist Celal Başlangıç kommentierte das jetzige Verbot: »Zuerst haben sie alle Zeitungen, Fernsehkanäle und Verlage, die sie der Nähe zu Gülen bezichtigten, verboten. Ohnehin haben sie immer schon oppositionelle Internetseiten verboten. Dann kam die Reihe an die TIB (Telekommunikationsbehörde). Jetzt kommen sie wieder zurück zu den Kurden und gehen gegen diese vor.«

Mittlerweile wurde eine Solidaritätskampagne unter der Parole »Wache für eine freie Presse« initiiert. Es werden alle zur Solidarität mit Özgür Gündem aufgerufen, denn die Pressefreiheit kann nicht nur von JounalistInnen verteidigt werden. Sie geht alle an. Es ist nicht nur das Recht der JournalistInnen zu informieren, sondern auch das Recht des Lesers, sich informieren zu können. Demokratie geht alle an. ♦

Als der Türkei alle Türen in den USA verschlossen waren, wurden neue gesucht. Die gemeinsamen Erklärungen mit Frankreich, Saudi-Arabien und Israel über Bodentruppeneinsätze und gemeinsame Manöver in Syrien und die Bildung einer »Islamischen Allianz gegen den Terror« folgten. All diese Zusammenschlüsse fungierten wie Probedurchläufe für den Plan gegen Syrien.

Die historische Gelegenheit, die durch das Osmanische Reich und das Sykes-Picot-Abkommen zurechtgeschnittenen Grenzen zugunsten der Türkei und Saudi-Arabiens zu verändern, durfte nicht verpasst werden. Das Projekt der »strategischen Tiefe« war der Versuch, die Territorien Rojava, Başûr (Südkurdistan) und einige sunnitische Gebiete miteinander zu verbinden. Die Städte Mûsil, Heleb (Aleppo) und Kerkûk (Kirkuk) sollten der Türkei zugeschlagen und in ihnen die türkische Währung eingeführt werden. Selbst der syrische Arm der Al-Qaida, die Al-Nusra-Front, hatte sich zugunsten der von der Türkei unterstützten turkmenischen Kräfte von der Achse Azaz-Minbic (Manbidsch) zurückgezogen. Anschließend folgte die Forderung nach Annexion durch diese Truppen.

Warum das syrische Regime trotz allem nicht fiel, hing von diversen Faktoren ab. Entscheidend war ohne Zweifel die Verlagerung des Ziels, Assad zu stürzen, auf die Bekämpfung des Islamischen Staats. Der Kampf der USA gegen den IS führte dazu, dass sie den kompatibelsten Partner der letzten fünfzig Jahre kennenlernten: die YPG. In der Schlacht um Kobanê hatte sich der IS trotz der enormen Unterstützung durch die Türkei nicht behaupten können. Die anschließende Zusammenarbeit zwischen USA und YPG hatte die Spielchen der Türkei durchkreuzt. Obwohl Letztere mehrfach versuchte, die YPG mit der PKK in Verbindung zu bringen, entschieden sich die USA nicht für die AKP.

Vor der Kooperation mit den YPG erkannten die USA die Gefahr des islamistischen Terrors und brachen die Unterstützung ab. Die mit dem Geld und den Waffenlieferungen Hillary Clintons und John McCains überschütteten DschihadistInnen hatten den US-Konsul von Libyen ermordet und sich mit dem Einsatz von Chemiewaffen in Ghuta positioniert. Die USA suchten nach Strategien gegen den islamistischen Terror, der sich über Pakistan, Afghanistan, Irak bis nach Tunesien ausbreitete und immer stärker wurde. Eine solche Strategie hatte bis zur Schlacht um Kobanê nicht entwickelt werden können. Die USA sind ein Staat, der die Zusammenarbeit mit nahestehenden regionalen Kräften schätzte. Der Golfkrieg, die Irakinvasion, die Angriffe in Afghanistan … In Syrien sind sie in diesem Sinne die Zusammenarbeit mit den YPG eingegangen. Die Praxis der Ausbildung und Ausrüstung war zuvor schon ausprobiert worden. Auch in Syrien wurde es versucht; als das Programm erfolglos blieb, wurde es beendet. Oder zutreffender, es wurde entschieden, das Programm mit den YPG zu realisieren.

Zwischen den Islamisten bestehen abgestufte Beziehungen: Türkei, Tunesien, Libyen, Ägypten, Afghanistan … Die als moderat Geltenden können nach einer Weile zu den Waffen greifen und sich statt der »demokratischen Politik« der Scharia zuwenden. Die oberste Sprosse auf dieser Leiter nimmt zweifellos der IS ein. Als Jordanien diese Gefahr erkannte, entzog es den dschihadistischen Kräften die Unterstützung und schloss











Der Karikaturist Doğan Güzel war ebenfalls unter den Festgenommen von Özgür Gündem. 22 der festgenommen Mitarbeiter von Özgür Gündem wurden inzwischen wieder frei gelassen. Zana Kaya, İnan Kızılkaya und Aslı Erdoğan sind weiterhin in Haft. Stand: 18.08.2016.

Der im Comic erwähnte Apê Musa / Musa Anter schrieb Kommentare für Özgür Gündem. Er wurde am 20. November 1992 ermordet.
Mehmet Şenol arbeitete ebenfalls für Özgür Gündem, er ging später in die Berge zur Guerilla und verlor dort sein Leben.

sich der Anti-IS-Koalition an. Die Türkei und Saudi-Arabien hatten aber zu viel in die DschihadistInnen in Syrien investiert und konnten sich nicht mehr einfach zurückziehen, sie waren inzwischen viel zu eng mit ihnen verflochten. Sie konnten sich nicht so einfach wie Jordanien oder Katar aus diesem Schlamassel ziehen. Die Kräfteverhältnisse hatten sich im Vergleich zum Beginn des Krieges verändert und die Bündnisse auch. Außerdem war inzwischen auch Russland in Syrien vertreten. Die USA wollten aber nicht wegen Assad den dritten Weltkrieg vom Zaun brechen.

Im September 2015 hatte Russland tatsächlich Operationen in Syrien begonnen. Es hatte seinem engsten Partner im Mittleren Osten von Beginn des Krieges an zur Seite gestanden und schließlich das Kriegsbeil ausgegraben. Einer der Faktoren für den ausbleibenden Fall Syriens ist die Präsenz Russlands auf diesem Feld. Assad musste zunächst von Iran, dann von der Hisbollah und schließlich von Russland Unterstützung fordern.

Als der Versuch, in Syrien einzumarschieren und das große Osmanische Reich neuzugründen, keinerlei Unterstützung von außen fand, musste die Türkei die in Davos begonnene und mit der Marmara-Krise fortgesetzte »antiisraelische« Politik beenden. Die arrogante Haltung der Türkei und deren geheime Aktivitäten zogen die Aufmerksamkeit der USA auf sich. Sie war gezwungen, die zerstörerische Kriegs- und Bauökonomie durch die Weiterleitung der Erdgasvorkommen aus dem Mittelmeer nach Europa gemeinsam mit Russland, Nordzypern und Israel schnellstmöglich in eine reale Ökonomie umzusetzen. Dies war zugleich der diplomatische Erfolg Russlands. Die arrogante Haltung der Türkei und deren geheime Aktivitäten zogen die Aufmerksamkeit der USA auf sich. Die Festnahme von Reza Zerrab[1] in den USA, der IWF-Bericht über Staaten, die mit dem IS Erdölhandel betreiben, der US-Kontakt mit den YPG, die Ablehnung des Flüchtlingsabkommens durch die Vereinten Nationen, die Annahme des vom Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) abgelehnten, aber von den UN angenommenen Falles der Zerstörungen in Cizîr und Sûr sowie die Teilnahme Bidens am Gerichtsverfahren Can Dündars aus Solidarität ... Das waren alles Resultate des politischen Drucks der USA auf die Türkei.

Russland thematisierte diesbezüglich im UN-Sicherheitsrat die Präsenz der Türkischen Streitkräfte (TSK) in Başika in der Autonomen Region Kurdistan in Irak und die Bombardierung Rojavas durch die TSK und unterstützte dies mit den Berichten über Cizîr (Cizre) und Amed-(Diyarbakır-)Sûr sowie dem Ölhandelsbericht bei den Vereinten Nationen. USA wie Russland kritisierten die Türkei, es reiche. Als zu diesem politischen Druck auch noch ein Wirtschaftsembargo kam, folgten Hilferufe aus der türkischen Wirtschaft. Ein Aspekt betraf das Schwarzgeld, das seit dem arabischen Frühling über Iran und Saudi-Arabien in die Türkei geflossen und auf Milliardenhöhe gestiegen war.

Wenn die AKP nicht zu ihrer Ursprungsfunktion zurückkehrte, könnte sie wegen Korruption und Kriegsverbrechen verklagt werden, und genau an diesem Punkt wurden die scharfen Kehrtwendungen der Türkei sichtbar. Mit dem Putsch gegen die Regierung der Muslimbrüder in Ägypten und dem Sturz von Nahda in Tunesien waren die größten Unterstützer der AKP weggefallen. Die AKP-Regierung war die erste und zugleich letzte Repräsentantin der Muslimbruderschaft, aber ihre Außenpolitik wurde von Niederlagen dominiert. Die Erpressung der EU mit der »Flüchtlingskarte«, der Abschuss der russischen SU24, damit die NATO gegen Russland interveniere, die Vertreibungen und Massaker in Cizîr und Sûr … alle erdenklichen illegalen Spielchen hat die AKP versucht.

Während die Anerkennung der KurdInnen in Rojava kurz vor ihrer Legitimation durch einen politischen Status stand, machte die AKP ihren Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu, der dem Präsidialsystem ablehnend gegenüberstand, für ihre Niederlagen verantwortlich und setzte ihn ab, gleichzeitig legte er die Bezeichnung »feindliche Staaten« beiseite. Auf Druck Saudi-Arabiens folgte die Billigung des durch einen Putsch an die Macht gekommenen ägyptischen Präsidenten Sisi. Auf israelischen Druck hin wurden die Hamas, Gaza und die NGO IHH »verkauft«. Mit der Entschuldigung an Putin, den Präsidenten Russlands, wurden die Verluste im Tourismus, in der Landwirtschaft und bei Bauprojekten wieder einzuholen versucht.

Nach dem Entschuldigungsbrief äußerte Erdoğan auf dem NATO-Gipfel vom 8. bis 9. Juli 2016, das Schwarze Meer sei in eine russische See verwandelt worden, und er führte Gespräche mit Poroschenko, um auf die »zunehmende Bedrohung« durch Russland aufmerksam zu machen.

Einer der Gründe, welche die Türkei in diese Lage brachten, war ihre große Furcht vor einem politischen Status für und der Gründung der Föderation in Rojava – sie nennt es »westlich des Fırat« (des Euphrat) – und dann der anschließenden Forderung der KurdInnen in Nordkurdistan nach Selbstverwaltung, die sich mit Panzern und Hubschraubern nicht mehr unterdrücken ließe. Während sie Teile Syriens zu besetzen suchte, drohte ihr der Verlust eigenen Bodens. Aufgrund der drohenden Gefahr wurde der »Friedensprozess« nach den Parlamentswahlen vom 7. Juni und 1. November 2015 auf Eis gelegt und die kurdischen Provinzen wurden aus Panzern beschossen. Die

1 Iranischer Unternehmer, der in den USA festsitzt, weil er das US-Embargo gegen Iran unterwandert und Millionengeschäfte gemacht hat. Dabei soll er sehr eng mit der Familie Erdoğan gearbeitet haben.

Die Frage, wer hinter dem Putsch steckt, kann meiner Meinung nach nicht mit Verschwörungstheorien oder »Spielchen« beantwortet werden. Erdoğans Regime, das für die USA und Europa bedrohlich war, hat sowohl von innen als auch von aussen viel Kritik auf sich gezogen. Die islamischen Praktiken im Bildungsbereich; ein Justizsystem, das nichts mit dem Parteinamen von Gerechtigkeit und Fortschritt zu tun hat, dafür aber wird ein Einparteienregime entwickelt; eine Türkei, die sich von »Atatürks Prinzipien und Revolution« entfernt; und dann noch die Türkei, die mit der Gefahr einer Spaltung konfrontiert keinerlei Erfolge gegen die PKK verzeichnet und die Lösung in der Bombardierung und Zerstörung von Städten sucht.

AKP verlor nicht nur außen- sondern auch innenpolitisch.

Sie brauchte dringend Unterstützung von außen. Die Türkei hatte die Handelsbeziehungen mit Israel von 2010 bis 2016 Schritt für Schritt verstärkt. Angesichts der ökonomischen Daten ist dies offensichtlich. Die stärksten Handelsbeziehungen in der Geschichte der Türkei haben wir in dieser Phase erlebt. Mit dem arabischen Frühling begann das Spiel gemäß dem Motto »Eroberung des Mittleren Ostens« und folglich wurden die Beziehungen bewusst strapaziert. Der Sturz Syriens und die Machtübernahme durch die Muslimbruderschaft wurden besonders von Saudi-Arabien, der Türkei und Israel gefordert. Da Israel sich noch immer im Kriegszustand mit Syrien befindet, war es der größte Profiteur dieser Spielchen. Die medizinische Behandlung von Al-Qaida-Milizionären in israelischen Krankenhäusern und die Frage israelischer Waffen warfen ein Licht auf die Unterstützung Israels für AI-Qaida, wenn auch nicht in dem Umfang wie diejenige der Türkei.

Die Phase des Beginns der Beziehungen mit Israel war wegen Hamas und Gaza von Bedeutung. Als Beschützerin Palästinas hatte die Türkei die Unterstützung der gesamten islamischen Welt erfahren und somit die Rolle des »Kalifen des gemäßigten Islam« gespielt. Türkische Filme liefen von Marokko bis Kasachstan und waren ein weiterer Pluspunkt für Erdoğan. Dieses Theater wurde mit dem Projekt des Transports von Erdgas aus dem Mittelmeer vor Gaza über Nordzypern nach Europa beendet. Die nie aufgekündigte Partnerschaft mit Israel wurde erneuert und gefestigt.

War dieses Spiel mit Israel auch mit Russland möglich? Welche Erwartungen an die Türkei hatte Russland? Die seit fünf Jahren anhaltende Aufrüstung und Ausbildung von DschihadistInnen zu beenden und auf Plattformen wie in Genf III Waffenstillstandsforderungen nicht abzulehnen. Die anderen Forderungen wie die nach Entschuldigung und Entschädigung usw. waren nicht so wichtig wie die beiden, keine Rechte mehr auf den Verbündeten Syrien geltend zu machen und die verdeckte Unterstützung dschihadistischer Kräfte einzustellen. Dasselbe ließe sich auch über Irak sagen. Zum Beispiel die Beendigung der Präsenz der TSK, die sich auf Einladung der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) in Südkurdistan aufhalten.

Erdoğan und die AKP waren sich im Falle einer Übereinkunft mit Russland über diese Entwicklung im Klaren. Die Frage lautete nun, was nach der Einstellung der Unterstützung mit den ganzen DschihadistInnen in Syrien und Irak und den 2,7 Millionen syrischen Flüchtlingen in der Türkei passieren sollte? Ferner noch, in was für eine ökonomische Lage würde die Türkei geraten, wenn Saudi-Arabien seine gesamten milliardenschweren Investitionen in den Sturz Assads zurückziehen würde?

Sieht man den gesamten Prozess im Zusammenhang, ist es viel einfacher, den gescheiterten Putsch zu verstehen. Einerseits die nicht abnehmenden Spannungen zwischen Syrien und der Türkei und andererseits die Frage der Flüchtlinge, die Europa »bedrohen«. Die Türkei zwischen endlosem Hin und Her und dann noch ein gescheiterter Putsch, der die Aussichtslosigkeit illustriert.

Die Frage, wer hinter dem Putsch steckt, kann meiner Meinung nach nicht mit Verschwörungstheorien oder »Spielchen« beantwortet werden. Erdoğans Regime, das für die USA und Europa bedrohlich war, hat sowohl von innen als auch von außen viel Kritik auf sich gezogen. Die islamischen Praktiken im Bildungsbereich; ein Justizsystem, das nichts mit dem Parteinamen von Gerechtigkeit und Fortschritt zu tun hat, dafür aber wird ein Einparteienregime entwickelt; eine Türkei, die sich von »Atatürks Prinzipien und Revolution« entfernt; und dann noch die Türkei, die mit der Gefahr einer Spaltung konfrontiert keinerlei Erfolge gegen die PKK verzeichnet und die Lösung in der Bombardierung und Zerstörung von Städten sucht ... Das sind die Bedingungen, unter denen es zum Putschversuch kam. Damit die Kette der Staaten, die nach dem Sykes-Picot-Abkommen gegründet wurden und nun zerfallen, nicht um die Türkei ergänzt wird.

Nachdem sich die Argumentationen und Repressionen, die für den Staat die Funktion von Klebstoff hatten, mit dem Projekt des »gemäßigten Islam« abschwächten, haben die jahrelang in der Türkei unterdrückten Völker ihre demokratischen Forderungen zu artikulieren begonnen. Den Putsch nur mit innenpolitischen oder nur mit außenpolitischen Entwicklungen zu begründen, ist falsch. So wie wir in den Bedingungen des Putsches bei der Ergenekon-Phase das Gegenteil erlebt haben, so ist die äußere Unterstützung eine Bedingung gewesen. Die Äußerungen Erdoğans und seiner AnhängerInnen im Hinblick auf Fethullah Gülen und die USA zeigen das; alle reden von der zweiten Welle und weil die Umstände sich nicht geändert haben, ist eine zweite Welle eine Wahrscheinlichkeit.

Wenn wir die internationalen Reaktionen auf den Putschversuch analysieren, sehen wir zwei unterschiedliche Gruppen. Eine Seite sagt: »Auch beim Putsch ist Folter verboten und die Haltung zur Verfassung zählt«, und die andere: »Wir unterstützen die Bemühungen der Türkei, ihre nationale Sicherheit zu wahren«, hierbei zeigte China die klarste Haltung. Die USA drohten mit NATO-Ausschluss und brachten eine Erklärung nach der anderen heraus, ganz im Gegensatz zur Haltung Russlands.

Wenn die AKP in dieser Situation die Haltung einnimmt, dass sie auf Distanz geht zu den Staaten, die den Putschversuch unterstützt haben, dann bleibt ihr nichts anderes übrig, als die Schlüssel für das Land dem Russland- und Iran-Block zu übergeben. Denn kurzfristige Rettungstaktiken scheinen gegen Russland nicht aufzugehen. Wenn aber die Türkei ihren Platz an der Seite der USA einnehmen sollte, scheinen die zweite Welle des Putsches oder der Rücktritt Erdoğans unumgänglich. Die Umstände verlangen nicht mehr nach einer »gemäßigt islamischen« Regierung, sondern drängen eine bonapartistisch-nationalistisch-säkulare Diktatur auf.

Die Haltung Russlands entspricht dem keineswegs. Während die Türkei versuchen wird, ihre künftige Politik an diese Beziehung anzupassen, und sogar bereit ist, auf die EU-Mitgliedschaft zu verzichten, spricht es lediglich von der Aufhebung des Wirtschaftsembargos. Die Drohungen der AKP haben sich mit dem Erdoğan-Putin-Treffen noch weiter verschärft. Sie ging sogar so weit, mit dem NATO-Austritt zu drohen.

Im Vorfeld war eigentlich schon klar, dass dieses Treffen mit einer Enttäuschung enden würde. Die Türkei, die seit 1923 *[ihrer Gründung]* erst unter britischem, später unter US-Mandat gestanden hatte, war auch nach dem 27. Mai 1960 *[dem ersten Militärputsch der modernen Türkei]* nicht zu sofortigen Veränderungen in der Lage. Die Türkei, die organisch mit der NATO verbunden und von ihr abhängig ist, befindet sich nicht in der Position, auf Russland Einfluss zu nehmen, damit dieses ein neues Militärbündnis eingeht.

Während die AKP ihre Beziehung zu Russland im Rahmen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) als Alternative zur NATO preist, erwartet Russland von der Türkei das Ende ihrer Syrienpolitik. Lawrow brachte das ganz klar zum Ausdruck, als er sagte, die Aufnahme der Beziehungen zur Türkei hingen davon ab.

Trotz dieser Erwartungen scheinen die AKP und ihre Gefolgschaft große Hoffnungen in die Beziehungen zu Russland gesteckt zu haben. Denn sie beschuldigen die USA, Fethullah Gülen zu protegieren und damit indirekt den Putsch unterstützt zu haben. Auch die neue KurdInnenpolitik der USA stellt für die Türkei ein großes Problem dar. Als die Kräfte der YPG und SDF (Demokratischen Kräfte Syriens) nach einer Militäroffensive Minbic befreien konnten, erklärte die AKP einige Stunden vor der Befreiung, die Kräfte der Partei der Demokratischen Einheit (PYD) müssten sich aus Minbic zurückziehen.

Die Türkei sieht es als eine Bedrohung an, dass die USA ihr Greater Middle East Project durch die Zusammenarbeit mit der PYD entlang einer kurdischen Achse neu formieren. Sie registriert diesen Wandel und stellt sich gegen USA und EU und versucht sie dazu zu bewegen, zur Ursprungsform des GMEP zurückzukehren, indem sie mit ihrem Rückzug droht. Weil sie den Putschversuch als einen Reflex auf diese Nötigung der AKP betrachtet, beschuldigt sie die USA, durch die Unterstützung Fethullah Gülens am Putsch beteiligt gewesen zu sein, und sieht keine andere Möglichkeit, als sich in die Arme Russlands zu werfen.

Dieses wird die Türkei unter diesen Bedingungen des AKP-Regimes nicht in sein Netzwerk einbeziehen. Auch die USA werden mit dieser Türkei nicht weiter zusammengehen. Die Türkei ist an einen Punkt gelangt, an dem sie dieses aktuelle Paradox nur mithilfe legaler Politik lösen kann und sich für illegale Methoden entschieden hat. Sowohl die Unterstützung von Al-Qaida, die Zerstörung kurdischer Städte wie Cizîr und Sûr als auch der letzte Putschversuch sind deutlichster Ausdruck ihrer Ausweglosigkeit.

Die AKP ist isoliert und hat keine Handlungsmöglichkeiten mehr. Sie versucht sich – während der Entstehungsgrund der Türkei, Sykes-Picot, zusammenbricht – aus dieser Lage zu befreien, in die sie sich selbst hineinmanövriert hat und in der sie sogar auf die Republikanische Volkspartei (CHP) und die Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) angewiesen ist. CHP und MHP sind sich dessen bewusst. ♦

Über Ursachen und Auswirkungen des Putschversuchs

Ohne die Lösung der kurdischen Frage wird der Putschmechanismus immer aktuell sein

Interview mit Cemil Bayık

Cemil Bayık, Co-Vorsitzender der Gemeinschaft der Gesellschaften in Kurdistan (KCK), hat in einem langen, am 7. und 8. August in ANF und Yeni Özgür Politika erschienenen Interview wichtige Erklärungen und Einschätzungen über die Entwicklungen in der Türkei und Kurdistan gegeben. Darin geht es sowohl um die Ursachen des erfolglosen Putschversuchs als auch um dessen mögliche Auswirkungen auf die gesamte Türkei und Kurdistan. Auch die Frage der Sorge um Abdullah Öcalan sowie die Frage, wie sich die Türkei zu Rojava verhalten wird, sind Grundlagen des Interviews. Wir haben es redaktionell überarbeitet und gekürzt.



Cemil Bayık Foto: hawarnews

Welcher Zusammenhang besteht zwischen dem AKP-internen Personalwechsel und dem Kampf der Kurden?

Alle politischen Entwicklungen seit Gründung der türkischen Republik werden bestimmt von der kurdischen Frage und dem Kampf des kurdischen Volkes. Auch in den Zeiten, in denen dessen Freiheits- und Demokratiekampf nicht sehr aktiv erscheint und der Eindruck erweckt werden kann, ihr Einfluss auf die Politik sei in den Hintergrund getreten, auch in diesen Zeiten ist die Politik der Regierungen auf die kurdische Frage ausgerichtet. Aber in den Zeiten des starken Freiheitskampfes bestimmt sie die Politik des türkischen Staates absolut. Denn dessen Hauptpolitik, dessen Hauptstrategie besteht darin, die Kurden innerhalb des Nationalstaates zu vernichten und zu verschmelzen. Alle politischen Entwicklungen der jüngsten Zeit sollten im Zusammenhang des Freiheitskampfes der Kurden gesehen werden. Denn der türkische Staat hat seine Innen- wie auch seine Außenpolitik darauf ausgerichtet, die kurdische Befreiungsbewegung zu liquidieren. Das führt zwangsläufig dazu, dass seine Innen- und Außenpolitik immer wieder mit Problemen konfrontiert ist. Die Tatsache, dass die Türkei ihre Außenpolitik ausschließlich auf ihre Kurdenfeindlichkeit ausgerichtet hat, ist Ausdruck ihrer Erfolglosigkeit.

Früher konnte sie mit Iran, Irak und Syrien auf der Grundlage der Kurdenfeindlichkeit Bündnisse schließen und pflegen. Aber auch damals war das mit Problemen verbunden. So führte ihre Beziehung z. B. mit Iran oder mit Syrien zu Problemen mit den anderen Bündnispartnern. Denn sie hatte ihre Hauptpolitik an die USA, EU und NATO angelehnt. Aber als sie ihre Beziehungen nicht entsprechend praktizieren konnte, kam es immer wieder zu Problemen. Der Mittlere Osten ist die Region, wo das Kräftegleichgewicht der Welt gebildet wird. Vor diesem Hintergrund führt kurdenfeindliche Politik hier immer zu Widersprüchen mit der Politik anderer Staaten und das wiederum zu Widersprüchen und Auseinandersetzungen innerhalb der Türkei. Die enge Beziehung zum Islamischen Staat (IS) ist der Grund, warum die Türkei als ein Land wahrgenommen wird, das mit ihm zusammenarbeitet. Diese Tat-

sache hat dazu geführt, dass die Außenpolitik der Türkei sehr problematisch und krisenhaft ist. Wenn diese Art der Außenpolitik nicht das gewünschte Resultat bringt, wird sie innenpolitisch hinterfragt.

Die Türkei wollte in Zusammenarbeit mit dem Islamischen Staat (IS) und anderen ihrer Verbündeten die Revolution in Rojava zerschlagen, die Freiheitsbewegung liquidieren und im Mittleren Osten ihren Einfluss und ihre Wirkung verstärken. Das traf nicht ein und führte dazu, dass auch die Innenpolitik immer weiter in die Krise rutschte. Der Wechsel in der AKP-Führung und die Revision des Kabinetts haben unmittelbar mit der Erfolglosigkeit der Außen- und der Innenpolitik zu tun, die auf die Bekämpfung der kurdischen Bewegung ausgerichtet waren. Als Folge mussten auch Änderungen in ihrer Außenpolitik und ihren Bündnissen vorgenommen werden. Das wiederum hat dazu geführt, dass sich innenpolitisch die Kräfteverhältnisse ändern.

Verbal hegte die AKP den Anspruch, Reformen durchzuführen und demokratische Schritte zu unternehmen. Aber weil sie keine Lösungspolitik für die kurdische Frage hatte, fuhr sie eine harte Politik gegen die Kurden. Diese repressive Politik ließ sich nicht nur auf die Kurden begrenzen und wirkte sich als antidemokratische Autorität auf das gesamte Land aus. Das wiederum führte zu inneren Konflikten und Widersprüchen. Um die eigene Position zu stärken, suchte sie die Nähe der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), von Ergenekon *[Teil des tiefen Staates]* und anderen antidemokratischen Kräften in der Türkei. Die Partei musste entsprechend diesen antidemokratischen Bündnissen neu gestaltet werden. Das hatte automatisch Auswirkungen auf die innerparteilichen Verhältnisse in der AKP.

Im letzen Jahr wurden mehrere Kräfte und Kreise ausgeschlossen, so auch Ahmet Davutoğlu, der ein Jahr zuvor Ministerpräsident geworden war. Das alles hat unmittelbar mit dem kurdischen Freiheitskampf zu tun. Wäre alles nach Plan verlaufen und Erdoğan und der Palast hätten ihre Herrschaft in Kurdistan errichtet, wäre es nicht zu dieser Trennung gekommen und Davutoğlu noch auf seinem Posten. Davutoğlu war Erdoğans Liebling, als er dessen Berater oder Außenminister war. Daher wurde er zum Ministerpräsidenten aufgewertet. Warum wurde er trotzdem aus der Politik gedrängt? Weil ihr Erfolg ausblieb. Denn Kabinett und politische Haltung Davutoğlus standen nicht im Einklang mit dem Bündnis. Und das war das Ergebnis seiner antikurdischen Politik.

Kurz nachdem Davutoğlu hatte gehen müssen, fand ein misslungener Putschversuch statt. Welche Beziehung hat diese Entwicklung zur kurdischen Frage und zum Widerstand?

Dieser Putschversuch hat unmittelbar mit der kurdischen Frage zu tun. In der Geschichte der türkischen Republik hat die ungelöste kurdische Frage immer dazu geführt, dass Kräfte mit dem Anspruch, das Problem lösen zu können, meinten, die Türkei regieren zu müssen, und den Putsch vollzogen. Die Demokratisierung in der Türkei entwickelt sich nicht und die Politik normalisiert sich nicht, solange die kurdische Frage nicht gelöst wird. Und solange die Türkei sich nicht demokratisiert, weil sie die kurdische Frage nicht löst, nimmt die Politik auch keine normale Wende. Die Politik wird nicht auf demokratischem Wege betrieben, sondern wer sich als stark erachtet, entwickelt immer bestimmte Vorwände für die Machtergreifung.

Dieser Putschversuch hat unmittelbar mit der kurdischen Frage zu tun. In der Geschichte der türkischen Republik hat die ungelöste kurdische Frage immer dazu geführt, dass Kräfte mit dem Anspruch, das Problem lösen zu können, meinten, die Türkei regieren zu müssen, und den Putsch vollzogen.

Weil die ungelöste kurdische Frage die Türkei daran hindert, Stabilität und Frieden zu entfalten, und sie ständig in Konflikte und Auseinandersetzungen verwickelt, gibt es immer welche, die im Namen des Vaterlandes und der Nation eine gewaltsame Machtübernahme anstreben. Der Vorsitzende Abdullah Öcalan hat diesen Zusammenhang als »Putschmechanismus« definiert. Er hat immer gemahnt, dass dieser Putschmechanismus, solange die kurdische Frage nicht gelöst ist, greifen könnte. Dieser Realität sollten sich alle politischen Kräfte in der Türkei bewusst werden. Das bedeutet zugleich, dass diejenigen Regierungen, die in der Kurdenpolitik des Staates erfolglos sind, jederzeit innerhalb des Staates von anderen Kräften weggeputscht werden. Denn die Unterdrückung und Liquidierung der Kurden ist die Hauptpolitik, die Hauptstrategie des türkischen Staates. Wer sich als eigentliche den Staat vertretende Kraft sieht (Armee, Polizei oder andere), wird gegen diejenigen, die mit dieser Politik keinen Erfolg haben, einen Putsch versuchen. Bis heute war das in der Türkei die Armee. Jetzt wird die Polizei gestärkt, und sie kann morgen einen Putschversuch unternehmen. Solange die Hauptparadigmen des Staates sich nicht ändern, die Türkei sich nicht demokratisiert, wird die ausbleibende Lösung der kurdischen Frage Instabilität und Krise produzieren. Andere



werden unter dem Vorwand, Krise und Instabilität zu bekämpfen, Anspruch auf die Machtübernahme anmelden. Es ist ein Teufelskreis. Der jüngste Putschversuch verlief ebenfalls nach diesem Muster.

Es herrschte Unmut wegen der Außenpolitik. Es kam zu Problemen in den internationalen Beziehungen und in der Regionalpolitik. Die Streitigkeiten und Probleme mit unterschiedlichen Staaten nach außen hatten zu innenpolitischen Problemen geführt. Dieser Unmut war in allen gesellschaftlichen und politischen Kreisen zu spüren. Ergänzt wurde dies durch die starke Polarisierung und Auseinandersetzungen im Inland. Eine gesellschaftliche Realität, ständig in Streit und Konflikt. Bürgerkriegsähnliche Verhältnisse bestimmten den Alltag in der Türkei. Auch wenn dieser Kampf nicht auf allen Ebenen mit Waffengewalt geführt wurde, so doch sehr stark psychologisch, politisch und gesellschaftlich. Das führte dazu, dass ein bestimmter Kreis innerhalb der Armee die Existenz dieser Konflikte als gesellschaftliche Legitimierung für einen Putschversuch benutzte. In ihrer Deklaration sprachen sie sich für die Verbesserung der Beziehungen mit der Außenwelt und die Lösung der inneren Probleme aus. Sie hätten geputscht, um Stabilität und Frieden zu bringen.

In dieser Deklaration wurde auf alle von der Gesellschaft thematisierten Fragen eingegangen, mit dem Ziel, die gesellschaftliche Unterstützung zu erreichen und die Macht zu ergreifen.

Wenn all diese Probleme Resultat der ungelösten kurdischen Frage sind, so ist der Putschversuch ebenfalls ein Ergebnis der ungelösten kurdischen Frage im Allgemeinen und aber auch das Ergebnis des erfolglosen Krieges des türkischen Staates in Kurdistan.

Weil die Staatsdoktrin noch immer unverändert ist, ist die Regel, um an die Macht zu kommen, noch immer Kurdenfeindlichkeit. Wer an die Macht will, muss äußerste Kurden- und Apo-Feindseligkeit zeigen. Sowohl Machtergreifung als auch Machtverlust hängen sehr eng mit der kurdischen Frage zusammen. Der jüngste Putschversuch mag erfolglos geblieben sein, aber solange die kurdische Frage nicht gelöst ist, wird sie den Weg für neue Putsche ebnen. Doch wer die kurdische Frage löst, wird auch diese Grundlage für den Putschmechanismus beseitigen.

Der Putschversuch ist gescheitert und die AKP-Regierung geht mit neuen Einheiten ihren Weg. Wird es der AKP gelingen, ihre Macht und ihre Politik, kurzum ihre Hegemonie zu festigen und ihr Ziel zu erreichen?

Dieses jüngste Putschvorhaben stellt einen Wendepunkt in der Geschichte der Türkei dar. Es scheint so, als werde sich vieles ändern. Es werden neue Kräfteverhältnisse entstehen. Wir werden über die Türkei sprechen als »vor dem Putsch« und »nach dem Putsch«.

Auch wenn die AKP-Regierung versucht, den gesellschaftlichen Gegenwind zum Putsch hinter sich zu sammeln, die

gesamte Opposition zum Schweigen zu bringen, alle dazu zwingen will, sich neben sie zu stellen, um den Eindruck zu erwecken, alle Entwicklungen bestimmen zu können, so ist offensichtlich, dass auch in Zukunft die Politik in der Türkei äußerst angespannt und konfliktreich verlaufen wird. Denn es bestehen politische und historische Realitäten, die Konflikte produzieren. Dies nicht zu sehen und sich nur mit den Ergebnissen zu befassen, wird zu keinem Erfolg führen.

Die AKP-Regierung bezweckt gemeinsam mit ihren faschistischen Bündnispartnern, die Kurden und die demokratischen Kräfte zu zerschlagen, um eine neue Türkei zu errichten, die ihrer Vorstellung von kurdischer Verleugnung und Genozid entspricht. Ist das überhaupt möglich? Die Entwicklungen außerhalb wie innerhalb werden nicht zulassen, dass eine solche Türkei entsteht.

Die Türkei wird sich zwangsläufig verändern, es ist nicht möglich, dass sie wie früher weiterexistiert. Wer also wird diese nötige Veränderung vorantreiben? Wird sie radikal vollzogen werden oder begrenzt, werden die Verhältnisse nur restauriert werden? Werden die Probleme vollständig gelöst werden oder nur teilweise, so dass einige Probleme weiterhin bestehen? Werden sie grundlegend gelöst werden, so dass sich die Türkei wirklich in ein freies und demokratisches Land verwandelt, in dem Stabilität und Frieden gewährleistet sind, das auch seine Rolle bei der Entwicklung von Frieden, Stabilität und Demokratie für die gesamte Region übernehmen wird? All das werden wir in Zukunft sehen. Vor diesem Hintergrund kann gesagt werden, dass der Kampf in der Türkei nicht beendet ist und weiter andauern wird. Genau diese Probleme wurden von den Putschisten als Vorwand genommen, um die Machtergreifung zu versuchen. Das Vorhaben ist zwar abgewehrt, aber die historischen, politischen und sozialen Ursachen für diesen Putschversuch sind nicht verschwunden.

Werden diese Realitäten berücksichtigt, wird sich die Türkei aufgrund inneren und äußeren Zwangs reorganisieren müssen. Wer welchen Kampf führt, wird in dieser Reorganisierungsphase den Ausgang bestimmen. Die AKP-Regierung könnte sich nach dem misslungenen Putsch als Demokratiebefürworterin darstellen und den Anspruch formulieren, diese neue Türkei gestalten zu wollen. Erdoğan war bis zum Putschversuch bemüht, durch die Einführung des Präsidialsystems und einen hegemonialen Machtaufbau die neue Türkei zu formen. Die Putschisten haben interveniert: »Nicht du, wir werden es machen.« Jetzt, wo sie gescheitert sind, wird es Erdoğan da gelingen, das allein durchzuführen, ohne dass sich auf dem Weg neue Hindernisse auftun? Das ist unrealistisch. Denn mit der Mentalität, dem Verständnis und der Politik Erdoğans und folglich der AKP-Regierung können in der Türkei nicht Frieden und Demokratie geschaffen und folglich keine Stabilität erreicht werden. Eine AKP-Regierung, die für die Demokratisierung keine ernsthaften Schritte unternimmt und ihre Hegemonie anstrebt, wird ruinös enden ...

Was können Sie zur Stellung der Armee, der Polizei sowie der sich bildenden »zivilen Wächter« sagen?

Die Armee hat ihr Prestige verloren. Die Armee, die seit Gründung der türkischen Republik eine große Rolle bei der Entwicklung der türkischen Gesellschaft und Politik spielt, ist verwundet. Das ging so weit, dass sogar die Generäle von der Polizei befreit wurden. Das wird sich auf ihre bisherige Rolle negativ auswirken, sie wird sie einbüßen. Früher wurde die Polizei sehr ausgenutzt, jetzt scheint es, als habe ein Teil ihr Prestige aufpoliert, aber wir dürfen ihre antigesellschaftliche Haltung nicht vergessen. Die Aufgabe der Polizei ist eine antigesellschaftliche Position. Weil sie bei allen gesellschaftlichen Problemen eingesetzt wird, steht sie ständig in der Konfrontation mit der Gesellschaft. Folglich können wir sagen, dass die Armee- und Polizeieinheiten, die von den Hegemonialkräften eingesetzt und benutzt werden, ihre schwächste Stellung innehaben.

Die AKP versucht diesen Putschversuch dafür zu nutzen, für sich eine gesellschaftliche Stärke aufzubauen. Der Grund dafür, dass sie über Wochen die Bevölkerung auf die Straßen ruft, die Plätze füllt und permanent Ansprachen hält, ist das Bestreben, eine Gesellschaft entsprechend ihrer Mentalität zu organisieren. So ist ihr ein chauvinistisch-nationalistischer Wandel in der Gesellschaft gelungen. Sie hat in der Gegenputschatmosphäre den Nationalismus und den religiösen Fanatismus vereint, um eine neue gesellschaftliche Sicht zu organisieren, die kurdenfeindlich und zugleich auch anderen ethnischen und religiösen Identitäten feindlich gesonnen ist. Früher war die MHP um den Aufbau einer solchen Kraft bemüht gewesen, ohne großen Erfolg. Die AKP versucht jetzt unter ihrer Demokratiemaske, Nationalismus, religiösen Fanatismus und Konfessionalismus vereinend, eine neue gesellschaftliche Struktur zu schaffen. Das stellt eine große Gefahr für die Völker der Türkei dar. Denn sollte es ihr gelingen, würden alle verschiedenen ethnischen und religiösen Identitäten ständig durch diese gesellschaftliche Sicht bedroht werden. Denn diese neue Sicht ist monistischer, sunnitischer und chauvinistischer türkischer Nationalismus. Folglich sind alle, die keine Türken und Sunniten sind, Angriffsziele dieser Gruppe.

Wir müssen den Charakter dieser religiös-fanatischen und nationalistischen »zivilen Wächter« sehen, die Erdoğan mit seiner feindseligen Sprache und Haltung entwickelt hat. Welche Gefahr sie für die Gesellschaft darstellen, dessen sollte sich jeder bewusst werden. Noch wird es nicht ausreichend gese-

hen. Vielmehr werden sie als einem Militärputsch abgeneigte Massen wahrgenommen. Zu Beginn waren sie tatsächlich gegen den Putsch auf der Straße. Sicherlich waren unter ihnen Gruppen, die vom MIT oder anderen Spezialkriegskräften organsiert und mobilisiert worden waren. Ein anderer Teil war sowieso Unterstützer der AKP. Aber ein weiterer Teil wiederum war auf der Straße, um seine Haltung gegen den Putsch kundzutun.

Die Gegenputschkultur war von den Revolutionären, Sozialisten und der kurdischen Freiheitsbewegung entwickelt worden. Sie waren die in der Vergangenheit am meisten von Putsch Betroffenen gewesen. Diese Kultur wurde von der AKP genutzt. Die anfänglich gegen den Putsch auf die Straße gegangenen Massen haben mit der Zeit einen Wandel vollzogen. Eine Menschenmenge, die durch nationalistischen und religiösen Fanatismus motiviert ist. Sie entwickelt sich zunehmend zu einer gefährlichen politisierten Masse gegen die Kurden und die demokratischen Kräfte, gegen unterschiedliche ethnische und religiöse Gruppen.

Alle faschistischen Kräfte schaffen solche Gesellschaften. Auch Erdoğan ist in seinem Sprachgebrauch und seiner Haltung eine Führungskraft mit faschistischem Charakter. Er hat jetzt entsprechend seiner Mentalität eine Masse geschaffen, die er dementsprechend mobilisieren kann.

Der Ausnahmezustand wurde von der türkischen Bevölkerung stillschweigend hingenommen. Wie wird die AKP das nutzen, um den Staat neu zu gestalten?

Es ist in gewisser Weise verständlich, dass sie den Ausnahmezustand (OHAL) ohne Gegenreaktion hingenommen haben. Erdoğan hat den OHAL eingeführt, als sei er eine Gegenmaßnahme, um die Putschisten zu bekämpfen. Diejenigen, die kein Geschichtsbewusstsein darüber haben, was mit dem OHAL in der Vergangenheit angerichtet wurde und was in Zukunft angerichtet werden könnte, haben es stillschweigend hingenommen. OHAL bedeutet Antidemokratie und Antigesellschaft. Er bedeutet den Eingriff in alle Lebensbereiche der Gesellschaft. Es ist eine Maßnahme, mit welcher der Staat die Gesellschaft und das Individuum negiert und ein politisches Regime führt, das die Gesellschaft neutralisiert. Folglich haben wir es mit dem Schweigen einer Gesellschaft zur Beschränkung ihrer eigenen Freiheiten, ihrer demokratischen Lebensformen zu tun. Erdoğan betreibt Demagogie, indem er den OHAL in der Türkei mit dem Ausnahmezustand in Frankreich und anderen Ländern vergleicht, als wäre die Türkei ein demokratisches Land.

Der OHAL wird nicht von langer Dauer sein. Sie werden darauf achten, nicht die Reaktionen der Bevölkerung zu provozieren. Wenn sie im Westen des Landes den OHAL, das Unterdrückungssystem und die Repression ähnlich wie in Kurdistan anwenden würden, würde das zu Reaktionen in der Bevölkerung führen, die sich dann mit dem Demokratiekampf des kurdischen Volkes vereinen und gegen das Regime wenden könnte.

Manche emotionalen Reaktionen aufseiten der Kurden, wie z. B. »Wir leben seit Jahren unter dem OHAL, jetzt sollen sie mal sehen, wie das ist, um uns zu verstehen!«, ist eine falsche und emotionale Annäherungsweise. Das würde sowohl den OHAL in Kurdistan legitimieren als auch den Kampf dagegen schwächen.

Der Staat wird versuchen, diesen landesweiten OHAL zu benutzen, um den Freiheitskampf in Kurdistan zu hemmen, indem das Volk noch mehr eingeschüchtert werden soll. Die Angriffe seit dem 24. Juli letzten Jahres haben das Ziel, die Kurden einzuschüchtern, zu unterdrücken, um ihr Genozidsystem in Kurdistan zu vervollständigen. Vor diesem Hintergrund sind die Angriffe vom 24. Juli 2015 genozidale Angriffe. Der landesweite OHAL bedeutet, dass die Angriffe vom 24. Juli noch forciert werden. Die Dosis der Angriffe in Kurdistan wird erhöht werden.

Mit dem jetzigen landesweiten OHAL werden alle wenn auch formaljuristischen Regeln und Normen in Kurdistan beiseitegeschoben. Sie werden ein System errichten, in dem jegliche Repression und Unterdrückungsmaßnahme zur Normalität erklärt wird. Ein totales Willkürregime wird herrschen. Folglich sollte jeder, der sich Demokrat nennt, jeder Kurde gegen den OHAL ankämpfen und also auch gegen die AKP, die diesen OHAL eingeführt hat.

Können Sie etwas über den gegenwärtigen Zustand des türkischen Staates, den Verlauf seiner internen Auseinandersetzungen, die Positionierung der militärischen und politischen Kraft der Kurden sowie über die Kriegs- und Friedensstrategie sagen?

Der türkische Staat ist infolge der auf Kurdenfeindlichkeit aufgebauten Innen- und Außenpolitik der AKP-Regierung in eine Sackgasse geraten. Sie zwingt diese Animosität jedem auf. Sie ist darum bemüht, alle politischen Kräfte und Gemeinschaften im In- wie auch im Ausland an ihrem Kurdengenozid zu beteiligen. Das wiederum führt zu falscher Innen- und Außenpolitik, mit deren schwierigen Resultaten die Völker der Türkei konfrontiert werden. Die Entwicklungen allein des letzten Jahres reichen aus, um zu verdeutlichen, in was für eine

Lage die AKP-Regierung die Türkei manövriert hat. Die Resultate einer Politik, mit der, anstatt die kurdische Frage auf demokratisch-politischem Wege zu lösen, der kurdische Befreiungskampf mit Gewalt bekämpft werden soll, sind offensichtlich. Die Untaten des türkischen Staates, seine Angriffe auf die Kurden, die demokratischen Kräfte, die Intellektuellen und Journalisten sind nicht zu verheimlichen.

Es gab einen erfolglosen Putschversuch. Anstatt ihn zum Anlass zu nehmen, mit ernsthaften Demokratisierungsschritten Putschen endgültig den Boden zu entziehen, wurde er benutzt, um jede Art von Opposition gegen sich selbst zum Schweigen zu bringen. Alle, die sich der eigenen Politik widersetzen, werden zu Verrätern und Feinden erklärt, die sich der eigenen Politik widersetzen. Die Gesundheit der Türkei ist auf allen Ebenen angeschlagen. Sie erinnert an den »kranken Mann am Bosporus« vom 19. Jahrhundert. Das ist nicht wie behauptet durch Angriffe von außen passiert, sondern allein die Hegemonialbestrebungen der monistischen AKP, die alle zum Schweigen zu bringen versucht, um die eigene Macht zu festigen, haben das Land in diesen Zustand versetzt.

Nach dem misslungenen Putsch versucht Erdoğan die Haltung gegen ihn zur Notwendigkeit für die Demokratie zu erklären, und alle, die sich nicht öffentlich gegen den Putsch positionieren, und diejenigen, die nicht an seiner Seite stehen, als dessen Befürworter abzustempeln. Auf diese Weise versucht er alle Oppositionellen auf seine Seite zu ziehen. Die AKP versucht sogar die Republikanische Volkspartei (CHP) für die eigenen Interessen einzuspannen. Die MHP hat sie so weit. Kann dieser Zustand lange anhalten? Nein, kann er nicht. Die vor dem Putschversuch herrschenden bürgerkriegsähnlichen Zustände in Politik und Gesellschaft werden erneut auf die Tagesordnung kommen. Es sieht nicht danach aus, als sei die AKP, die vorher die Türkei polarisiert und gespalten hat, durch den Putsch zur Besinnung gekommen. Ihre Reaktionen auf den Putsch verdeutlichen, dass diese Besinnung nicht eingetreten ist. Daher ist mit weiteren gesellschaftlichen und politischen Konflikten zu rechnen.

Vor allem, dass Erdoğan die Bevölkerung aufgerufen hat, auf die Straße zu gehen, um sie nach seiner eigenen Mentalität zu formen, ist Anzeichen dafür, dass die Polarisierung und der Bürgerkriegszustand aus der Zeit vor dem Putsch noch weiter zugespitzt werden sollen. Sie werden extreme Formen annehmen. Diese Realität sollten sowohl die Demokratische Partei der Völker (HDP) als auch alle anderen demokratischen und linken, sozialistischen Kräfte sehen. Sogar die CHP ist aufgefordert, diese Gefahr zu erkennen. Auch wenn die gegenwärtige Atmosphäre den Anschein einer entschärften Bürgerkriegssituation erweckt, so entspricht das nicht der Realität. Die Politik der AKP hat nicht die Qualität, die Polarisierung in der Türkei aufzuheben, damit alle unterschiedlichen Gemeinschaften frei und demokratisch leben können. Vielmehr sehen wir, dass die AKP-Regierung die politische und gesellschaftliche Atmosphäre nach dem Putsch dazu nutzt, ihr autoritäres, hegemoniales System zu errichten.

Alle werden als Fethullah-Mitglieder hingestellt und folglich als Putschbefürworter abgestempelt, um alle Institutionen auf den Kopf stellen und die eigenen Kader und Gefolgsleute in diese Institutionen platzieren zu können mit dem Ziel, Staat und Gesellschaft unter Kontrolle zu bringen. Auch wenn die AKP an bestimmten Punkten Bündnisse mit CHP oder MHP eingeht, zu dem einen Thema mit der MHP, zu dem anderen mit der CHP, so ist dennoch erkennbar, dass keine Schritte in Richtung Demokratisierung der Türkei unternommen werden. Sie wird vielmehr oberflächliche, unfruchtbare Gesetze verabschieden, um – die Opposition an sich bindend – ihr monistisch-hegemoniales System noch weiter zu institutionalisieren.

Es steht zu erwarten, dass sich die AKP der CHP und MHP punktuell zurückhaltend annähert, um ihre durch den Putschversuch erfahrene Erschütterung zu überwinden. Eine Konfrontation könnte ihr schaden. Sie wird ihren Ton und ihre Haltung ihnen gegenüber mäßigen, um die Opposition ruhig zu halten, und sich im Gegenzug auf allen Ebenen regenerieren. Vor diesem Hintergrund sollte sich niemand täuschen lassen, weder die CHP noch deren Basis. Sobald sich die AKP gefangen hat, wird sie sich auch gegen die CHP richten, um sie einzuschränken. Die AKP versucht seit Längerem, um ihre Macht zu festigen, die MHP immer mehr zu vereinnahmen. Mit ihren nationalistisch-chauvinistischen Praktiken und ihrer kurdenfeindlichen Politik versucht sie die MHP überflüssig zu machen.

Die Situation der Kurden ist etwas anders. Die AKP-Regierung wird den Krieg gegen die Kurden fortsetzen. Denn sie hat keine Lösung für die kurdische Frage. Trotz all der Mühen unseres Vorsitzenden und unserer Bewegung ist es uns

Vor allem, dass Erdoğan die Bevölkerung aufgerufen hat, auf die Strasse zu gehen, um sie nach seiner eigenen Mentalität zu formen, ist Anzeichen dafür, dass die Polarisierung und der Bürgerkriegszustand aus der Zeit vor dem Putsch noch weiter zugespitzt werden sollen. Sie werden extreme Formen annehmen.

nicht gelungen, die AKP zu einer Lösung zu bewegen. Einige oberflächliche und auf Hinhalten ausgerichtete Maßnahmen dienten dem Zeitgewinn und einer Stabilisierung der eigenen Position. Als Übereinkünfte wie die von Dolmabahçe die AKP, die Regierung und den Staat zu konkreten Schritten zwangen, wurden der Prozess und die Ergebnisse einseitig abgelehnt. Das bedeutet, dass die AKP-Regierung weder mental noch politisch eine Annäherung an eine Lösung zeigt. Von einer AKP, die sogar vor der Zeit des Bündnisses mit der MHP und den »Ulusalçi«-Nationalisten auftretende Lösungschancen für die kurdische Frage nicht genutzt hat, kann jetzt, wo sie in einem Bündnis mit der MHP, den Ergenekon- und chauvinistischen Kräften steht, in dieser Richtung nichts erwartet werden.



Yeni Özgür Politika

Özgür Gündem

DİZ ÇÖKMEYİZ!

Özgür Gündem Gazetesi önceki gün kapatıldı, binası polis tarafından talan edildi. 24 gazeteci elleri arkadan bağlı, işkence edilerek gözaltına alındı; yazarların, dağıtımcıların, yönetim kurulu üyelerinin evleri basıldı; kapıları, camları kırıldı. Okurların ve çalışanların mesajı net: "Özgür Gündem halktır, susturamazsınız, diz çöktüremezsiniz!"

Gündem

BOYUN EĞMEYECEĞİZ

Mezarlarınıza tükürecegiz

Susanlara da sıra gelecek

GAZETECİLER SUSMA HAKKINI KULLANIYOR

ARAMA DEĞİL TALAN YAPILDI

Uluslararası destek

RSF

IFJ

Paul Mattson

Özgür Basın hiç susmadı ki...

Gerçeğin ufku

Amed'te 28 polis Qers'te 22 asker

HPG

Qırıx'a da zulüm

QIRIX

Politika

Dema xwerêveberiyan

Aus Solidarität erschien die Tageszeitung Yeni Özgür Politika in Europa als Özgür Gündem. Foto: YÖP

Solange die AKP-Regierung nicht klar und deutlich erklärt, dass sie die kurdische Frage lösen will, und ohne dass sie entsprechende Schritte unternimmt, wird die kurdische Befreiungsbewegung taktischen Annäherungen der AKP kein grünes Licht geben. Die Bewegung wird weder sich selbst noch die Bevölkerung betrügen. Selbstverständlich wird jeder demokratisch-politische Lösungsansatz von uns beantwortet werden. Wir haben sogar nach dem Putschversuch diskutiert, ob wir nicht an die AKP appellieren sollten, die kurdische Frage auf demokratisch-politischem Wege zu lösen, diese Polarisierung und Spannungserzeugung zu beenden, Schritte zur Demokratisierung der Türkei zu unternehmen, damit wir im Gegenzug ebenfalls unserer Verantwortung für Demokratisierung, Normalisierung, Frieden und Stabilität nachkommen könnten.

Aber weil sie den OHAL verhängt hat und gegen die Befreiungsbewegung eine äußerst feindselige Politik an den Tag gelegt hat, haben wir die Sinnlosigkeit eines solchen Appells erkannt. Der würde in der gegenwärtigen Situation sogar die Bestrebungen der AKP zu ihrer monistischen Hegemonialpolitik gegenüber allen demokratischen Kräften und dem kurdischen Volk stützen, daher haben wir davon Abstand genommen.

Eine Politik gegen den Putsch wäre es, statt den OHAL zu erklären, Schritte in Richtung Demokratisierung zu machen. Nur so könnte die Unterstützung aller Gesellschaftsbereiche erreicht werden und wir hätten eine politische Atmosphäre geschaffen, in der die Putschisten keinen Putsch mehr wagen würden. Weder hat die AKP eine solche Mentalität, noch lassen die aktuellen Bündnisse und politischen Annäherungen einen solchen Schritt zu. Im Gegenteil, die gegenwärtigen Bündnisse, die politische Ausrichtung und Mentalität sind von Kurdenfeindlichkeit geprägt. Sie bezweckt mit dem OHAL, das System der genozidalkolonialistischen Politik gegen die Kurden noch weiter zu vertiefen. Folglich sind wir momentan darauf bedacht, gegen die faschistische AKP-Regierung und ihre Bündnisse Widerstand zu leisten und zu verhindern, dass sie mit ihrem OHAL-System die Unterdrückung des kurdischen Volkes forciert; wir wollen das kurdische Volk gegen die Angriffe der kolonialfaschistischen Kräfte organisieren, damit es Widerstand leisten kann.

Wir sind der Auffassung, dass im Falle fehlender demokratisch-politischer Wege zur Lösung der kurdischen Frage das kurdische Volk richtig beraten ist, unter Inanspruchnahme der Selbstverwaltung das

Problem aus eigener demokratisch-gesellschaftlicher Kraft zu lösen.

Ohne Widerstand ist es in der Türkei nicht möglich, die Demokratisierung des Landes und die Lösung der kurdischen Frage zu erreichen. Letztere kann nicht ohne demokratische Mentalität gelöst werden, daher sind es die demokratischen Kräfte, die das tun werden. Regierungen, die sich demokratisiert haben, werden imstande sein, sie zu lösen.

Aber die regulären Parteien in der Türkei sind ein Teil der Strategie und Politik, mit denen die Kurden unter kolonialen Verhältnissen gehalten werden sollen. Nur unter dieser Voraussetzung werden sie geduldet.

Wir sind der Auffassung, dass Strategien für den Frieden und Stabilität nur über den gemeinsamen Kampf der demokratischen Kräfte entwickelt werden können. Wenn sie sich alle zu einem Block vereinen und demokratische Politik in allen Lebensbereichen praktiziert wird, auf der Straße, am Arbeitsplatz, im Stadtteil, dann kann die Demokratisierung der Türkei gelingen. Wir haben unsere Strategie, Taktik und Politik darauf ausgerichtet. Eine Demokratisierung der Türkei und die Lösung der kurdischen Frage von den Herrschenden zu erwarten ist nur Selbstbetrug.

So wie sich die Lösungslosigkeit in der kurdischen Frage in Form von Krieg gegen das kurdische Volk auswirkt, wenn sogar Städte und Stadtteile dem Erdboden gleichgemacht werden, so wird die Frage nach der Gesundheit und Sicherheit von Öcalan immer einen hohen Stellenwert haben. In einer Zeit gewaltsam ausgetragener Machtkämpfe und gegenseitigen Tötens ist es nur natürlich, dass das kurdische Volk höchst sensibel ist und besorgt um die Sicherheit und Gesundheit ihres Repräsentanten.

Die Sorge um Öcalan ist mit dem Putschversuch gewachsen. Mit dem OHAL wurde die Isolation auf Imralı legalisiert.

Wenn der Hauptgrund für die politischen Krisen in der Türkei aus der ungelösten kurdischen Frage resultiert, dann sollten die Gesundheit, Sicherheit und Freiheit unseres Vorsitzenden Abdullah Öcalan von allen als wichtig erachtet werden. So wie sich die Lösungslosigkeit in der kurdischen Frage in Form von Krieg gegen das kurdische Volk auswirkt, wenn sogar Städte und Stadtteile dem Erdboden gleichgemacht werden, so wird die Frage nach der Gesundheit und Sicherheit von Öcalan immer einen hohen Stellenwert haben. In einer Zeit gewaltsam ausgetragener Machtkämpfe und gegenseitigen Tötens ist es nur natürlich, dass das kurdische Volk höchst sensibel ist und besorgt um die Sicherheit und Gesundheit ihres Repräsentanten, weil die politische Atmosphäre kurdenfeindlich ist. In der Türkei herrscht absolute AKP-Willkür. Alle Gesetze und Regeln sind außer Kraft, die AKP regiert eigenmächtig. Wenn wir uns die Geschichte anschauen, sind es immer solche verworrenen Situationen, die äußerst gefährlich sind. Zeiten, in denen nicht klar ist, wer zu wem gehört, in denen die Machtkämpfe sehr heftig und komplex sind. In solchen Zeiten werden die gefährlichsten Komplotte vorbereitet und politische Morde verübt.

Wir haben gesehen, dass die Putschisten in allen Bereichen des Militärs organisiert und wozu sie fähig sind. Daher reicht es nicht aus, wenn die Regierung erklärt, unserem Vorsitzenden Öcalan ginge es gut. Die Sorge des kurdischen Volkes wird nicht enden, solange seine Anwälte oder Familienangehörige ihn nicht gesehen und sich nicht seines Gesundheitszustands versichert haben.

Die AKP ist nicht sauber, auf sie ist kein Verlass, sie lügt ununterbrochen. Daher werden wir Regierungserklärungen nicht glauben. Mit der OHAL-Anwendung wurde die gesamte Kommunikation auf Imralı verboten. Jeder Gefangene hat das Recht, unter bestimmten Umständen Anwälte oder Familienangehörige zu sehen. Öcalan werden diese Rechte willkürlich beschnitten. Seit dem 27. Juli 2011 dürfen seine Anwälte nicht mehr zu ihm. Seit dem 5. April 2015 darf niemand mehr zu ihm, weder die Familie noch die HDP-Delegation. Angesichts dieser feindseligen Politik ist es nur natürlich, dass die Sorge groß ist.

Die AKP-nahen Medien behaupten, hinter diesem Putschversuch steckten die USA und Ihre Bewegung habe ebenfalls vorher Kenntnis gehabt. Was sagen Sie dazu?

Diese Behauptungen dienen der Verschleierung des wahren Gesichts der AKP. Wie bereits gesagt, Politik und Mentalität der AKP haben diesem Putschversuch Tür und Tor geöffnet. Die Putschisten waren von Erdoğan und AKP persönlich in der Armee gestärkt und in Schlüsselpositionen gebracht worden. Sie wurden im Krieg gegen das kurdische Volk benutzt,

dafür erhielten sie die Initiative. Aus dieser Initiative und Stärkung haben sie die Möglichkeiten erhalten, sich für diesen Putsch zu organisieren. Hätte Erdoğan ihnen nicht diese grenzenlose Initiative erteilt, ihnen Immunität verliehen für all ihre Taten, hätte er für sie keine Sonderregeln erlassen, dann hätten sie nicht diese Möglichkeiten, sich so zu organisieren.

War es nicht Erdoğan selbst, der von den USA und der EU die Unterstützung erhielt, um die oppositionellen Kräfte zu beseitigen? Wurden nicht im Gegenzug den USA und der EU nahestehende Offiziere und Generäle innerhalb der Armee befördert? Wurden die Putschisten nicht in der AKP-Regierungszeit bestärkt? Diese Realität liegt auf der Hand. Diese Regierung war es, die mit der Fethullah-Gemeinde ein Bündnis einging, um gemeinsam die Opposition zu bekämpfen. Wurden der Fethullah-Gemeinde nicht viele Zugeständnisse gemacht, u. a. dass sie sich innerhalb der Armee stärken? Erdoğan persönlich trägt Verantwortung dafür, dass die Fethullah-Anhänger innerhalb der Armee derart befördert wurden.

Wir betrachten nicht alle am Putsch Beteiligten als Fethullah-Anhänger. Dass die AKP sie alle so darstellt, hat damit zu tun, dass sie ihr wahres Gesicht und ihre Verantwortung für diesen Putschversuch verschleiern will. Wie gesagt, die falsche Außen- und Innenpolitik der AKP sowie die kurdenfeindliche Politik haben diesen Putsch befördert. Wir denken auch, dass die Fethullah-Gemeinde involviert war. Aber auch AKP-Gegner haben teilgenommen. Es wird klar, dass es ebenfalls ein Bündnis gab.

Es waren auch US-nahe Generäle und Offiziere involviert. Vielleicht haben sie angenommen, ihr Vorhaben würde von den USA unterstützt werden. Die Differenzen zwischen den USA und der AKP sowie die US- und EU-Kritik an der AKP könnten diese Kreise ermutigt haben. Inwieweit die USA hinter diesem Putschversuch standen, können wir nicht sagen. Eines ist jedoch klar. Die türkische Armee ist eine NATO-Armee. Sie partizipiert an der NATO-Kultur, die Werte der NATO bestehen in gewisser Weise. Es ist unvorstellbar, dass eine so weit mit der NATO verquickte Armee sich nicht von dieser beeinflussen lässt. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass die Putschisten auch die NATO angetestet haben. Obwohl sich gewisse Kommandanten innerhalb der Befehlskette nicht am Putsch beteiligt haben, dennoch eine Entschlossenheit zur Durchführung bestand, kann als Signal gedeutet werden, dass sie auf externe Unterstützung gesetzt haben. Wenn der Putsch nicht zur Frühgeburt gezwungen wurde und wenn sie nicht infiltriert worden wären, wären vielleicht heute die Putschisten an der Macht. Weil sie keine Minderheit darstellen, kann es sein, dass sie zu den USA und der NATO gewisse Kontakte geknüpft und vielleicht sogar Zustimmung von ihnen erfahren haben. Über unterschiedliche Kanäle mögen sie die US- und EU-Haltung zur AKP in Erfahrung gebracht haben. Vor allem in der letzten Zeit waren die USA und die EU äußerst unzufrieden mit der AKP-Politik. Aber auch dieser Unmut ist auf die AKP selbst zurückzuführen.

Die Behauptung, wir hätten im Vorfeld Kenntnis gehabt über den konkreten Putschversuch, entspricht nicht der Wahrheit. Wir haben oftmals die Möglichkeit solcher Entwicklungen zur Sprache gebracht. Der Vorsitzende hatte schon vor Jahren immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass die ungelöste kurdische Frage den Putschmechanismus in Gang setzen werde. Das hat aber nichts mit Prophezeiung oder vorheriger Information zu tun, sondern ist das Ergebnis logischer Analyse und politischer Vorausschau.

Welche Verbindung kann dieser Putschversuch mit uns haben? Sowohl die Fethullah-Gemeinde als auch die kemalistischen Nationalisten oder andere ihrer Bündnisse sind alle kurdenfeindlich. Es geht um Kräfte, die im Bestreben, die Befreiungsbewegung zu liquidieren, miteinander konkurrieren. Ist es nicht Erdoğan, der immer wieder erklärt, dass hinter den Festnahmen der KCK-Operationen die Fethullah-Gemeinde steht? Es handelt sich um Kräfte, die sich durch ihre antikurdische Politik in Bürokratie und Militär gestärkt haben. Vor diesem Hintergrund ist diese Behauptung nicht haltbar.

Wir wiederholen: Wenn die AKP-Regierung sich nicht demokratisiert und auf dieser Grundlage nicht die kurdische Frage löst, wird sie immer wieder den Putschmechanismus in Gang setzen. Unabhängig von der AKP, die Dialektik der türkischen Politik ist darauf aufgebaut. Solange die Demokratisierung nicht vollzogen und die kurdische Frage nicht gelöst ist, werden immer irgendwelche Kräfte unter dem Vorwand, die Einheit und Unteilbarkeit der Türkei verteidigen zu wollen, die Macht an sich zu reißen versuchen.

Wie werden sich die jüngsten Entwicklungen in der Türkei auf Rojava auswirken?

Wie bereits gesagt, die AKP-Regierung hat nach dem Putschversuch nicht den Weg der Demokratisierung eingeschlagen. Im Gegenteil, die Türkei ist noch undemokratischer geworden. Sie ist noch kurdenfeindlicher geworden und ihre Beziehungen zu faschistischen, chauvinistischen und nationalistischen Kräften haben sich intensiviert. Vor diesem Hintergrund wird die Aggression des türkischen Staates gegen Rojava nicht reduziert werden, sondern zunehmen. Faschistische Regime lenken die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von inneren Problemen immer nach außen. Ständig wurden die Partei der Demokratischen Einheit (PYD) und die Frauenverteidigungseinheiten (YPJ) als Feinde und Terroristen dargestellt, immer wieder

wurde erklärt, es werde nicht zugelassen, dass die Kurden an ihrer Grenze etwas aufbauen. Auf diese Weise wurde ein äußerer Feind produziert, um die Wut und Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf Rojava zu lenken. Folglich wird der türkische Staat auch jetzt, um von inneren Problemen abzulenken, seine Feindseligkeit gegen Rojava steigern. Er wird mit allen Mitteln zu verhindern suchen, dass die Kurden den Status eines freien und demokratischen Lebens in Rojava erlangen. Er erhält auch nach dem Putschversuch seine Beziehungen zum IS aufrecht.

Zeitweilige Erklärungen gegen den IS werden nur abgegeben, um die Verbindung zu ihm zu verschleiern. In der Praxis ist der ein Bündnispartner der Türkei und umgekehrt. Der IS findet in der Region keinen verlässlicheren Partner als die Türkei. Daher sind sie aufeinander angewiesen. Die Türkei hat ihre ganze Außenpolitik darauf ausgerichtet, die Revolution in Rojava zu zerschlagen. Ihre Bündnisse in der Region dienen einzig diesem Zweck. Sie lässt den IS die Revolution in Rojava angreifen, unterstützt ihn in Minbic.

Auch der jüngste Angriff in Qamişlo wurde von der AKP angeleitet. Sie verfolgt die Strategie, Rojava mit solchen Angriffen zu schwächen, die Revolution mit inneren Problemen zu beschäftigen, um ihren Einfluss auf Syrien zu reduzieren. Die AKP setzt den IS noch immer als Instrument gegen die Revolution in Rojava ein.

Sie setzt die USA mit der Behauptung unter Druck, sie würden hinter dem Putschversuch stecken, um im Gegenzug Unterstützung für die Rojava-Politik zu bekommen. Das ist der eigentliche Grund, warum Erdoğan ständig die USA und die EU der Putschbeteiligung beschuldigt, nämlich um die Differenzen in der Rojava-Politik zu seinen Gunsten zu verändern. Des Weiteren handelt er nach der Devise »Angriff ist die beste Verteidigung«, um so von seiner Schuld und Verantwortung abzulenken.

Kurzum: Die AKP versucht, um sich auf den Beinen zu halten, mit faschistisch-chauvinistischen Kräften im Inland Bündnisse zu schließen und nach außen immer ein Feindbild zu bewahren, um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung nach draußen zu lenken. Die Türkei, wo der Chauvinismus nach dem Putsch hochgepeitscht wurde, ist nicht nur für Rojava, sondern für das gesamte kurdische Volk eine Gefahr, denn sie will über die Kurdenfeindschaft vom Unmut im Inneren und von außen ablenken. Sie denkt, über die Kurdenfeindschaft kann sie ihre Macht noch weiter festigen. Daher ist die Zunahme ihrer Angriffe auf die Kurden sowohl in Rojava als auch in der Türkei zu erwarten. ♦



Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf – Keine deutsche Unterstützung des türkischen Staatsterrors | Ffm. Foto: Archiv

Die KurdInnenfrage der Türkei:

Von der Lösungsphase zum bewaffneten Konflikt – vom Konflikt zum Putsch

Devriş Çimen, Journalist

Im Folgenden eine Analyse zum einen der Probleme der Türkei im Zusammenhang der Entwicklungen im Mittleren Osten vor dem Hintergrund des versuchten Militärputsches und der außenpolitischen Konflikte mit allen Staaten, zum anderen der Auswirkungen auf die Lösung der kurdischen Frage und die im Verborgenen stattfindenden Entwicklungen seit dem Wiederaufflammen des bewaffneten Konflikts mit der PKK.

Nach Beginn des Arabischen Frühlings führte die Stiftung für Wirtschaftliche und Soziale Studien der Türkei (Türkiye Ekonomik ve Sosyal Etüdler Vakfi, TESEV) 2011 eine Untersuchung durch, betitelt »Die Wahrnehmung der Türkei im Mittleren Osten« (»Ortadoğu'da Türkiye Algısı«). Die Studie ergab, dass die Türkei in 16 Staaten der Region von 78 % der Befragten als sympathischstes Land betrachtet wurde. 77 % der Befragten benannten die Türkei zudem als das Land, das zum Frieden im Mittleren Osten am meisten beiträgt. Ob die Türkei für die Staaten des Mittleren Ostens als ein erfolgreiches Modell dienen könnte, beantworteten 61 % der TeilnehmerInnen mit »Ja«. Zudem gaben 71 % an, dass die Türkei bei der Lösung der Probleme in der Region eine aktivere Rolle spielen sollte. Auf dem ersten Platz sahen die Befragten mit 25 % die Türkei in zehn Jahren als die stärkste Wirtschaftsmacht der Region. Als Grund für diese Einschätzungen gaben 32 % die Demokratie, 25 % die Wirtschaft und 23 % die muslimische Identität der Türkei an.[1]

1 Ortadoğu'da Türkiye Algısı 2011, TESEV, Mensur Akgün, Sabiha Senyücel Gündoğar, http://tesev.org.tr/tr/yayin/ortadoguda-turkiye-algisi-2011/

Der Weg der AKP an die Macht

Heute jedoch haben diese Angaben ihre Gültigkeit verloren. Die politischen Entwicklungen im Mittleren Osten und der Welt gehen sehr rasch vonstatten.

Die antidemokratische Staatsdoktrin der Türkei fußt auf der Verfassung des Landes. Mit der AKP kam bei den Parlamentswahlen am 3. November 2002 eine Regierung an die Macht, mit der sich nicht die offizielle Staatsdoktrin, sondern nur der Name der regierenden Partei änderte. Denn die heutige Türkei verfügt weder über eine stabile Demokratie oder Wirtschaft, noch bieten die politischen Rahmenbedingungen eine stabile Grundlage für die innenpolitischen Dynamiken. Ganz im Gegenteil entwickelt sich die Türkei heute eher in Richtung Ägyptens, Syriens oder Iraks. Zudem sind sich verschiedene Gruppen in der Türkei bei folgendem Aspekt einig: Ohne die sehr engen politischen, strategischen, wirtschaftlichen und militärischen Verbindungen zu den USA und der EU hätte die AKP 15 Monate nach ihrer Gründung nicht zu einer Regierungspartei und später zur alleinherrschenden Partei werden können. Aufgrund der strategischen Bedeutung der Türkei für den Westen wollte dieser mit der AKP als wichtiger Akteurin ein gemäßigtes, neoliberales und akzeptables islamisches Modell im Nahen und Mittleren Osten etablieren. Dabei spielte bis vor Kurzem noch die Gülen-Bewegung auch eine Rolle.

Von »Null-Problem-Politik« zu Problemen mit allen

Dabei ist es sinnvoll, die oben genannte TESEV-Studie und den Aufstieg der Türkei im Nahen und Mittleren Osten zu betrachten.



Kein ziviler, kein militärischer Putsch – radikale Demokratie! Foto: DIHA

In vergangenen Tagen, als Ahmet Davutoğlu noch als renommierter Professor für internationale Beziehungen galt und vor seinem eigentlichen Aufstieg stand, zog er mit seinem 2001 veröffentlichten Buch »Strategische Tiefe«[2] die Aufmerksamkeit auf sich. Der AKP-Politiker Abdullah Gül, der 2002 bei den Wahlen zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, war stark von den Überlegungen Davutoğlus beeinflusst und wurde kurze Zeit später auch Außenminister. Um die »Null-Problem-Politik mit den Nachbarn« umzusetzen, machte der damalige Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan 2009 Davutoğlu zum Außenminister.

Ahmet Davutoğlu sagte als Außenminister: »Ich glaube daran, dass unser Land, das jetzt schon die positiven Auswirkungen der ›Null-Problem-Politik‹ erntet, wie die Wellen eines Steines, den man ins Wasser fallen lässt, zuerst im Zentrum und anschließend im gesamten Umfeld zu spüren sein wird.«[3] Später verfiel er jedoch in die Position eines Politikers, dessen Strategie im Schatten des Präsidenten zugrunde ging, und das Land, das er regierte, hatte außen- wie innenpolitische Probleme in jeglicher Hinsicht. Dies verdeutlicht uns zudem ein konkretes Beispiel, wie die theoretischen Strategien der Türkei in der Praxis nicht umgesetzt werden. Schlussendlich wurde Davutoğlu durch Erdoğan, ob nun aufgrund des Imageverlusts oder des Fehlschlagens der »Null-Problem-Politik«, zum Rücktritt gezwungen.[4] Als Nachfolger ernannte Erdoğan nun Binali Yıldırım, um seine Vision von der sog. »Neuen Türkei«[5], die zugeschnitten ist auf die AKP-Politik, besser umzusetzen. In der Realität wird die Türkei nicht vom Ministerpräsidenten regiert, sondern vom Präsidenten der Republik.

Vom gegenseitigen Nutzen zum Putschversuch

Noch einen Punkt dürfen wir nicht vergessen. Nämlich dass die AKP keine homogene Partei ist, sondern eine Partei

2 Stratejik Derinlik – Türkiye'nin Uluslararası Konumu, Ahmet Davutoğlu, Küre Yayınları, İstanbul, 2001

3 Komşular ile sıfır sorun politikamız, http://www.mfa.gov.tr/komsularla-sifir-sorun-politikamiz.tr.mfa

4 Davutoğlu'nun istifası: Şimdi ne olacak?, http://www.bbc.com/turkce/haberler/2016/05/160505_davutoglu_analiz_arslan

5 »Yeni Türkiye'yi İnşa Etmek İçin Öz Güveni Yüksek Bir Nesil Yetiştirmek Zorundayız«, http://www.tccb.gov.tr/haberler/410/41281/yeni-turkiyeyi-insa-etmek-icin-oz-guveni-yuksek-bir-nesil-yetistirmek-zorundayiz.html

aus dem Zusammenschluss vieler Milieus, die aufgrund ihrer neoliberalen, neoosmanischen und islamischen Organisierung gemeinsame Interessen zusammenführen. Die einflussreichste Gruppe in diesem Zusammenschluss ist die jetzt als terroristisch geltende Organisierung der Fethullah-Gülen-Gemeinde. Diese Gemeinde organisiert sich seit fast vierzig Jahren und hat auch schon vor der AKP-Herrschaft Einfluss auf die Regierenden gehabt. Während der AKP-Herrschaft hat die Gemeinde aufgrund gemeinsamer Interessen mit ihr den Zenit ihrer Macht erreicht.

Immer wieder spielte Erdoğan in seinen Reden mit den Worten »diese Wege sind wir gemeinsam gegangen« auf die Gülen-Gemeinde an. Er hat sie bis vor zwei Jahren so viel machen lassen, dass er jetzt in dieser Situation angelangt ist. All jene RichterInnen, Sicherheitskräfte, StaatsanwältInnen, Generäle und RektorInnen dieser Gemeinde, die eingestellt wurden, werden heute als PutschistInnen verhaftet. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass unter jeder Einstellung dieser Personen, die heute als »GülenistInnen« aus dem Amt entfernt oder verhaftet werden, die Unterschrift eines AKP-Zuständigen steht. Sogar eine oberflächliche Untersuchung kann dies nachweisen. Selbst Erdoğan und seine AKP-Verantwortlichen leugnen diese Tatsache nicht. Wir dürfen unter dem Staubwirbel des Putschversuches eines nicht vergessen, nämlich dass dieses Interessenbündnis wie auf einem Rachefeldzug gegen jegliche Opposition und allen voran die KurdInnen gekämpft hat.

Nach dem Putschversuch vom 15. Juli, bei dem 237 Menschen gestorben sind, erklärte Erdoğan den Ausnahmezustand. Auf Grundlage der Ausnahmezustandsgesetze entließ er schließlich bis zu hunderttausend Personen vom Militär, von der Polizei, der Bürokratie, den Ministerien sowie den Schulen und Universitäten. Unzählige Medieninstitutionen wurden geschlossen, zahlreiche JournalistInnen ins Gefängnis gesteckt. Bevor wir weitermachen, müssen wir also Folgendes feststellen: All diese Menschen gehörten zu der Basis, die die AKP erst so stark gemacht hat. Wenn jemand zur Rechenschaft gezogen werden muss, dann sind das in erster Linie Tayyip Erdoğan und seine AKP-Führung. Denn der Putschversuch war ein Ergebnis ihrer Politik.

Kriegskonzept statt Lösungsphase

Die »strategische Tiefe«, den »Vorbildcharakter« und das »Lösungsmodell« der Türkei sehen wir im dramatischen Umbruch im Krieg gegen die PKK, in den Zerstörungen der Städte in der Region Kurdistan und zuletzt dem gescheiterten Militärputsch und der Ausrufung des Ausnahmezustands. Wir können sagen, dass die Probleme in der Außenpolitik und der Putschversuch im Inneren ihre Quelle in der Politik der Verleugnung und Vernichtung der KurdInnen sowie in der Aufhebung aller möglichen demokratischen Prinzipien haben. Die Normalisierung der Verhältnisse in der Türkei setzt deren Demokratisierung voraus. Im Konkreten bedeutet das die Lösung der kurdischen Frage und die Beendigung jeder anderen antidemokratischen Politik.

Aber gegen eine solche Demokratisierung regt sich Widerstand bei der AKP und anderen innenpolitischen Dynamiken der Türkei. Die »Friedensphase« 2013–2015, die nach langen Bemühungen und einseitigen Waffenstillständen der kurdischen Seite entwickelt worden und schließlich als ein Konsens-Dokument in die 10-Punkte-Lösungsdeklaration[6] gemündet war, blieb wirkungslos, weil die dort aufgeführten notwendigen Schritte vom türkischen Staat und der Regierung nicht umgesetzt wurden. Der Staat nutzte diese »Friedensphase«, um neue »Militärstationen«, »Sicherheitsstaudämme« und Verkehrswege zu errichten und das Dorfschützersystem aufzustocken. Der Menschenrechtsverein in der Türkei IHD erklärte damals, dass vor allem diese Praxis des Staates die Friedensphase gefährde.[7] Ein weiterer Aspekt in diesem Zusammenhang ist, dass Erdoğan trotz seines Wissens und seiner Zustimmung zur Dolmabahçe-Deklaration vom 28. Februar 2015, die zu großen Hoffnungen und Erwartungen in der Öffentlichkeit geführt hatte, kurz danach mit Äußerungen wie »Es gibt keine kurdische Frage«[8] auftrat und schließlich am 5. April 2015 eine Totalisolation Abdullah Öcalans verhängte, die bis heute anhält. Diese negative Entwicklung mündete schließlich darein, dass er sich mit der Erklärung »Ich finde diese Sitzung nicht richtig«[9] gegen die Forderung aus der Dolmabahçe-Deklaration nach einer Monitoring-Gruppe aussprach.

Das eigentlich Interessante ist, dass es bei dem Inhalt der Sitzung, der in die Öffentlichkeit geraten ist und die Erdoğan als »nicht richtig« bewertet hat, darum ging, dass die Türkei für ihre Demokratisierung größere Schritte unternehmen müsse. Das, worüber sich bei diesem Treffen geeinigt wurde, war nicht die Lösung der kurdischen Frage, sondern vielmehr der Fahrplan für den Eintritt der Türkei in eine Demokratie, die sie nie war. Denn die staatliche Ideologie der türkischen Republik hat einen undemokratischen Charakter, den Erdoğan in allen Bereichen schützt und der die politische Weltanschauung und das Skelett der AKP bildet. Die Folge dieses Charakters ist ein Erdoğan, der den Fahrplan für ein Höchstmaß an Demokratie ablehnt.

---

6 Ortak açıklamanın tam metni, http://www.aljazeera.com.tr/haber/ortak-aciklamanin-tam-metni

7 İHD'den süreç uyarısı, http://www.aljazeera.com.tr/haber/ihdden-surec-uyarisi

8 Erdoğan: ›Kürt sorunu var‹ demek ayrımcılıktır, http://www.aljazeera.com.tr/haber/erdogan-kurt-sorunu-var-demek-ayrimciliktir

9 Erdoğan: Dolmabahçe Mutabakatı Doğru Değil, http://www.amerikaninsesi.com/content/erdogan-dolmabahce-mutabakini-dogru-bulmuyorum/2690354.html

Nach den Wahlen wurde die Demokratie ausgehebelt

Es ist eine Türkei entstanden, deren Innen- und Außenpolitik nicht zueinander passen. Als Folge dessen stützt sich die Türkei wieder auf die Politik der Gewalt. Nachdem Erdoğan den Fahrplan für ein Höchstmaß an Demokratie abgelehnt hatte, begann die Gewaltphase. Dass in Riha (Urfa) zwei PolizistInnen ermordet wurden, nahm er als Vorwand und begann am 24. Juli 2015 mit Dutzenden Flugzeugen die Guerilla in den Medya-Verteidigungsgebieten grenzübergreifend zu bombardieren. Diese Eskalation der Gewalt können wir damit in Verbindung bringen, dass die AKP mit dem 13,1%-Erfolg der Demokratischen Partei der Völker (HDP) bei den Parlamentswahlen vom 7. Juni 2015 ihre Alleinherrschaft verloren hat und die Lösung der kurdischen Frage die Grundlagen ihrer politischen Weltanschauung erschüttern würde.

Die AKP und Erdoğan haben diese Ergebnisse nicht ertragen können und einen politischen Putsch angezettelt. Indem Erdoğan eine Regierungsbildung verhinderte, führte er das Land in die Neuwahlen am 1. November. Dabei haben die AKP Erdoğans und Davutoğlus mit allen möglichen Tricks und Betrügereien die Herrschaft an sich gerissen. Hierbei muss erwähnt werden, dass sie das ohne Zustimmung aus tieferen Kreisen des Staates nicht hätten tun können. Ohne dieses Einvernehmen wäre die AKP nicht erneut an die Macht gekommen. Und heute, nach dem Putschversuch vom 15. Juli, wäre ohne dieses Einvernehmen – in politischer Vertretung durch CHP und MHP – ein Weiterregieren nicht möglich. Insofern kann gesagt werden, dass es sich hier um einen Kompromiss zwischen der türkisch-nationalistischen Staatsdoktrin und ihren tiefen Strukturen und der AKP handelte, die mit allen Mitteln an der Macht bleiben wollte. Als Folge dessen hat die AKP die Aufgabe übernommen, erneut den Krieg gegen das kurdische Volk zu entfesseln. Mit dem politischen Putsch vom 1. November ist die AKP wiederum an die Macht gelangt, allerdings auch zu einer Kriegsregierung geworden, wie ihre Vorgängerinnen.

Seit Monaten werden kurdische Städte bombardiert. Im letzten Jahr sind Hunderte ZivilistInnen ermordet, die Menschenrechte mit Füßen getreten, in kurdischen Städten und Regionen der Ausnahmezustand ausgerufen und die Ausnahmezustandsjustiz praktiziert worden. Medien, die dies berichten und aufdecken wollten, sind geschlossen und zum Schweigen gebracht, Dutzende JournalistInnen verhaftet und ins Gefängnis gesteckt worden. AkademikerInnen, die sich gegen diese Kriegsstrategie stellten, wurden ihres Amtes enthoben und eingekerkert. Die AKP-Türkei, die mit einer Putsch-Justiz gegen die KurdInnen und andere demokratische Kräfte kämpfte, ist heute mit einem neuen Putschversuch in ihren eigenen Reihen beschäftigt.

Putschversuch ist ein Machtkampf

Die AKP mit einem solchen antidemokratischen Staatscharakter betreibt eine Außenpolitik, die mit all ihren Nachbarländern Konflikte schürt. Sie tritt das internationale Recht und alle internationalen Verpflichtungen mit Füßen, fliegt immer wieder grenzüberschreitende Militäroperationen gegen zivile Siedlungsgebiete und PKK-Stellungen in Irak. Sie stationiert türkische Soldaten in der irakischen Stadt Bashiqa. In Syrien sieht sie das kurdische Demokratische-Autonomie-Gebiet Rojava (Westkurdistan) als Bedrohung an und interveniert ständig dagegen. Dafür scheut sie nicht einmal davor zurück, wie mehrmals der internationalen Presse zu entnehmen war, den Islamischen Staat (IS) bei seinen Angriffen gegen Rojava politisch und logistisch zu unterstützen. Sie hat des Weiteren die drei Millionen syrischen Flüchtlinge in der Türkei als Faustpfand zur Erpressung der EU eingesetzt, um politischen Druck auszuüben. Sie hat die USA oder andere ihrer Bündnispartner vor die Wahl gestellt »Entweder wir oder die KurdInnen«. Sie hat sogar auf Kosten der kurdischen Frage einen Flüchtlingsdeal mit Deutschland abgeschlossen. Folglich sahen sich die Völker und demokratischen Kräfte in dieser von Gewalt und Chaos geprägten negativen Entwicklung mit Erdoğan und der AKP-Regierung konfrontiert, die ein monistisches Regime errichten wollen. Die Kovorsitzenden des Exekutivrates der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) machten in ihrer Erklärung zum Putschversuch am 15. Juli 2016 auf die Machtkämpfe innerhalb des Regimes aufmerksam: »Wir haben es mit dem Machtkampf darum zu tun, wer dieses von Antidemokratie und Kurdenfeindlichkeit geprägte Regime regieren wird. Daher kann es keine Option für demokratische Kräfte sein, sich auf die Seite dieser Kräfte zu schlagen.«[10] Auch der Journalist Ahmet Şık schrieb: »Nicht die Demokratie, sondern das parlamentarische System wurde geschützt. Der einziger Gewinner in diesem Machtkampf zwischen den uniformierten und den zivilen FaschistInnen ist der Faschismus selbst.«[11]

Voice of America berichtete am 22. Februar 2016 mit Bezug auf AnalystInnen: »Eine Türkei, die mit all ihren Nachbarn Probleme hat, mit Russland kurz vor einem Krieg steht, nicht mal mit ihrem engsten Verbündeten Washington klarkommt, hat eine ›katastrophale‹ Außenpolitik.«[12] Das Traurige ist aber,

---

10 KCK'den Darbe girişime ilişkin açıklama, http://anfturkce.net/kurdistan/kck-den-darbe-girisimine-iliskin-aciklama

11 Ahmet Şık darbenin perde arkasını anlattı: Neden 15 Temmuz?, http://www.cumhuriyet.com.tr/haber/turkiye/568551/Ahmet_Sik_darbenin_perde_arkasini_anlatti__Neden_15_Temmuz_.html

12 ABD İncirlik Üssü'ne Alternatif Arar mı?, http://www.amerikaninsesi.com/content/abd-incirlik-ussu-ne-alternatif-arar-mi/3201989.html



Özgür Gündem

ATILIM Gazetesi özel sayısıdır/ 17 Ağustos 2016 Çarşamba

BOYUN EĞMEYECEĞİZ*

*Gazetemiz editörlerinin gözaltına alınmadan önce belirledikleri manşettir.

EDİTÖRDEN

15 Temmuz darbe girişimini savuşturup meydanlarda 'demokrasi havarisi' kesilen faşist Saray darbecileri, gazetemiz hakkında önce kapatma kararı verdi, ardından gazete binamızı basarak terör estirdi. Editörlerimiz ve çalışanlarımızı darp ederek gözaltına aldılar, gazetemizin çıkmasını engellemek için bilgisayarlarımıza el koydular. Binamızın kapısına mühür vurdular. Gazetemiz bugüne kadar çok kez kapatıldı, çalışanlarımız gözaltına alındı, tutuklandı, kaçırıldı, sokak ortasında infaz edildi, bürolarımız bombalandı... Fakat asla geri adım atmadık, faşizmin önünde diz çökmedik. Bugün de Saray diktatörlüğünüze, OHAL'inize boyun eğmeyeceğiz. Halka gerçekleri ulaştırmaya, Saray darbecilerinin, katliamcıların suçlarını ifşa etmeye devam edeceğiz. Biz Ape Musa'nın, Gurbetelli'nin mirasçılarıyız. Bugüne kadar susmadık, bundan sonra da susmayacağız...

'Özgür Gündem'in sesini yarına taşıyacağız

SUSMADIK, SUSTURAMAYACAKSINIZ!

Einen Tag nach dem Verbot erschien eine 4-seitige Ausgabe der Özgür Gündem über die Festnahmen der JournalistInnen in Istanbul. Foto: DIHA

dass in diesen und ähnlichen Bewertungen der innere undemokratische Charakter und der Krieg gegen die KurdInnen nicht gesehen werden. Interessant dabei ist, dass es, obwohl die Türkei trotz solch großer Probleme nach außen hin auch antidemokratisch nach innen agierte, weder von den UN, den USA, der EU noch von anderen Institutionen irgendwelche politischen Sanktionen oder Embargos gab. Auch wenn das wie ein unerhebliches Detail erscheint, illustriert es das Wesen dieser Politik. Denn jede Sanktion würde die Türkei ein Stück weit zur Demokratisierung drängen. Während die Außenpolitik als »Katastrophe« bezeichnet wird, wird die katastrophale Faschisierung im Inneren gebilligt.

Dann stellt sich die Frage, woher Erdoğan und die AKP-Regierung die Kraft für ihre Außenpolitik schöpfen, die einzig und allein die Kurdenfeindlichkeit in ihr Zentrum stellt.

In der Türkei genießt verleugnerische, gewalttätige und rassistische Politik gesetzliche Sicherheit

Die offizielle Staatsdoktrin der Türkei ist auf der Verleugnung verschiedenster »anderer« ethnischer und religiöser Gruppen aufgebaut; noch immer werden die ersten Sätze in der Präambel und den unabänderlichen Eingangsartikeln der türkischen Verfassung – über die »türkischen nationalen Interessen«, die »türkische Existenz«, die »Unteilbarkeit von Staatsgebiet und Staatsvolk«, die »geschichtlichen und ideellen Werte des Türkentums«, den »Nationalismus Atatürks« – als Kernstück türkischer Ideologie angesehen und zeigen in Artikel 3 »Der Staat Türkei ist ein in seinem Staatsgebiet und Staatsvolk unteilbares Ganzes. Seine Sprache ist Türkisch. (…)«[13], dass der Staat eine nur auf dem Türkentum gründende Republik ist. Daran erinnernd, dass die aktuelle Verfassung noch dieselbe Putschverfassung ist, die 1982 von der Militärjunta erstellt wurde, sollten wir fortfahren.

Der auf den vom zerschlagenen und besiegten Osmanischen Reich übrig gebliebenen Regionen Anatoliens und Kurdistans errichtete und an die türkische Ethnie angelehnte türkische Staat hat seine Existenz durch die Verleugnung anderer Ethnien innerhalb des eigenen Staates gesichert. Wir wissen nun, dass nach dem Ersten Weltkrieg die Siegermächte England und Frankreich die Region Kurdistan ihren geopolitischen Interessen gemäß auf die Türkei, Iran, Irak und Syrien verteilt und dadurch die KurdInnen ihrer gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Rechte beraubt haben.

13 Türkiye Cumhuriyeti Anayasası, https://www.tbmm.gov.tr/anayasa/anayasa82.htm

Diese vier von den internationalen Mächten unterstützten und bewilligten Staaten fingen an, gegen die unter ihre Herrschaft gefallenen KurdInnen eine ausbeuterische, diskriminierende, verleugnende und assimilierende Politik anzuwenden. Durch die bis zum Sprachverbot reichende Assimilationspolitik der Türkei wurde nun begonnen, mithilfe der dazu geänderten Verfassung bis hin zu Bildung und Politik gewisse Werte zu entwickeln, die gegen alles Nichttürkische gerichtet sind. Verfassung und Bildungswesen in der Türkei sind noch immer von solchen politischen Problemen geprägt. Dabei bekam das kurdische Volk jedoch nur Verleugnung, Assimilation, Verbot und Vernichtung zu spüren. Der gegen diese Missstände ins Leben gerufene, militärisch und politisch legitime Kampf wurde kriminalisiert und dieser Widerstand wurde mit staatlicher Gewalt zu unterdrücken versucht. Die verschiedensten Regierungen machten sich in der Vergangenheit daran, diese Ziele durchzusetzen; heute ist es die AKP. Wenn sich also der Name der Ausführenden ändert, bleibt es bei der Umsetzung doch derselbe verleugnende, zerstörerische und assimilierende türkische Staat.

KurdInnen bleiben bei den Menschenrechten außen vor

Gerade weil die KurdInnen beim Internationalen (zwischenstaatlichen wäre angebrachter) Gerichtshof außen vor bleiben, werden die Bewegung, ihre Organisationen und PolitikerInnen, die im Namen des kurdischen Volkes Widerstand leisten, als TerroristInnen, SeparatistInnen verboten und im günstigsten Falle als SpalterInnen angesehen. Der Staat, der vom Hegemon monopolisiert wurde, wird nicht, wie es eigentlich sein sollte, auf den Menschenrechten eines jeden Individuums gegründet, sondern fällt dem eigenen Profit der Mächtigen zum Opfer. Und dieses Chaos, in dem das kurdische Volk permanent steckt, ist nur diesen profitorientierten Zusammenschlüssen geschuldet.

Konkret: Die UN-Generalversammlung hat in der Präambel ihrer Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte betont, »damit der Mensch nicht gezwungen wird, als letztes Mittel zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung zu greifen«,[14] und Artikel für Artikel die dazu nötigen Schritte aufgelistet.

Sagen wir, das kurdische Volk sieht wegen der am eigenen Leib erlebten Gewalt und Unterdrückung Aufstand und Widerstand als einzige Lösung; wie kann beispielsweise ein UN-Mitglied trotz der Vernichtung kurdischer Dörfer in der Türkei, trotz des Verbots von Sprache und Kultur, trotz unzähliger ungeklärter Morde im kurdischen Gebiet, trotz der überdurchschnittlich hohen Präsenz von Banden, Spezialkräften und Militär in den kurdischen Gebieten ein Volk noch immer als terroristisch klassifizieren, obwohl diese Menschen ihre eigene Selbstverteidigung als existenziell betrachten? Der heute andauernde Widerstandskampf in Nordkurdistan wird von der Türkei mit Panzern in den Städten, bombardierenden Hubschraubern zu unterbinden versucht, wobei die türkische Regierung bei diesem menschenrechtsverletzenden Vorgehen nicht von den UN zur Rechenschaft gezogen wird. Dieses passive Verhalten gegenüber der Türkei ist eine indirekte Billigung des Vorgehens gegen die KurdInnen.

Eine Sprache, eine Flagge, eine Religion, ein Staat

Während der türkische Staatspräsident R. T. Erdoğan immer wieder »eine Sprache, eine Flagge, eine Religion, einen Staat«[15] anspricht, bringt er eine einheitliche, stark zentralisierte Staatsdoktrin zum Ausdruck. Wann immer in der Öffentlichkeit die kollektiven Rechte des kurdischen Volkes verlangt oder diskutiert wurden, haben er und ähnliche Staatsoberhäupter der Vergangenheit auf diese einfältigen, nationalistischen, rassistischen und einförmigen Worte zurückgegriffen. Eine ähnliche Haltung zeigte er auch bei ArmenierInnen, AssyrerInnen, LasInnen, TscherkessInnen, AlevitInnen und ChristInnen.

In der Türkei leben mindestens 44 ethnische und religiöse Gemeinschaften

Auch wenn es bei laufenden Diskussionen so scheint, als handele es sich oftmals lediglich um KurdInnen, TürkInnen, AlevitInnen und SunnitInnen, richtet sich das Mantra »ein Volk, eine Religion« genau so gegen ArmenierInnen, AraberInnen, TscherkessInnen, RumänInnen, PomakInnen, LasInnen, TurkmenInnen, AssyrerInnen, Hamschenzi, GeorgierInnen, Pontus-GriechInnen, TschetschenInnen, TatarInnen, Azeri, YörükInnen, ÊzîdInnen, ChristInnen, NestorianerInnen, ChaldäerInnen, JüdInnen, DschafaritInnen, AlawitInnen und viele andere ethnische und religiöse Gruppen. Ein Teil dieser Volksgruppen hat sich aufgrund der in der Vergangenheit von staatlicher Seite erfahrenen Assimilationspolitik, Unterdrückung, Verleugnung und undemokratischen Politik aus zunehmender Angst verschlossen, ja sich als Schutz sogar einer »Autoassimilation« unterworfen. Das aus den Überbleibseln des Osmanischen Reiches entstandene nationalistische und separatistische Verständnis sorgt dafür, dass zum einen durch Erziehung und Bildung mit Positionen wie »Glücklich ist, wer sich TürkIn nennen kann« die Leugnung von Vielfältigkeit entwickelt wird und zum anderen durch Drohkulissen

14 İnsan hakları evrensel beyannamesi, http://www.ohchr.org/EN/UDHR/Pages/Language.aspx?LangID=trk

15 »Tek dil değil, tek bayrak, tek din, tek devlet dedik!«, http://www.haberturk.com/gundem/haber/739892-tek-dil-degil-tek-bayrak-tek-din-tek-devlet-dedik-

wie »Die Türkei ist von drei Seiten vom Meer umgeben und von vier Seiten von Feinden«[16] eine Art paranoides Volksempfinden entsteht. Während ihrer gesamten Erziehungs- und Bildungszeit werden die Menschen mit der Angst erzogen, in welch einer verfluchten Region sie leben und dass sie jeden Moment von inner- wie von außerhalb mit dem Feind konfrontiert werden könnten. Eine der einflussreichsten Tageszeitungen beispielsweise, die Hürriyet, ist mit ihren faschistischen und nationalistischen Parolen wie »Die Türkei gehört den TürkInnen«[17] eine Quintessenz dieser angstgefütterten Erziehung der vergangenen Jahrzehnte. Während sich der türkische Staatspräsident wie z. B. nach dem Putschversuch vom 15. Juli am 2. August mit einer Rede äußert – »Dieses Ereignis wurde nicht nur in der Türkei geplant; das Drehbuch wurde draußen geschrieben, aber die AkteurInnen sind in diesem Land.«[18] –, steht nach den eben erwähnten Erziehungsmethoden ohnehin schon ein Volk bereit, das als psychologische Masse diese Paranoia und Propaganda annehmen wird. Ohne ein Großteil der türkischen Bevölkerung zu befragen ist es einfacher, das Vertrauen und den Beifall für Erdoğan durch diese Erinnerungen zu verstehen. Nachdem diese Dinge gesagt sind, wird die Demokratiefeindlichkeit der AKP verschleiert und sich komplett auf die Feinde im Ausland konzentriert.

Der KurdInnenhass Erdoğans ist ein TürkInnenproblem

Diese sich an Paranoia, Tabus und Ängste anlehnende Lehre macht es offensichtlich, dass gleichzeitig ein TürkInnenproblem entstanden ist. Während die kurdische Seite zur Lösung der KurdInnenfrage oftmals mit Deklarationen, Konsensdokumenten und Roadmaps an die Öffentlichkeit getreten ist, bevorzugte das vorherrschende »TürkInnenproblem« keine friedliche Lösung, sondern ging die Sache als autokratischer Staat an und kriminalisierte die eine Lösung Suchenden. Dieses Problem ist so tief verwurzelt, dass die Grundrechte allen voran der KurdInnen, gefolgt von (wie oben aufgezählt) etlichen anderen Volks- und Konfessionsgruppen, der überempfindlichen türkischen Identität zum Opfer fallen. So wie es die türkische Überempfindlichkeit in der Vergangenheit mit ihren rassistischen, chauvinistischen Parteien mit dem Stolz, der Kultur und der Herkunft als »legitim« angesehen hat, diese Werte mit Füßen zu treten, so führt das die AKP seit der Machtübernahme 2002 mit einer noch durchdachteren und pragmatischen Politik weiter.

Wir haben nun versucht zu erklären, wie in der Türkei und in Nordkurdistan jeweils an die kurdische Frage herangegangen wird. Mit dieser Art Politik wird auch dem in Rojava und Başûr entstehenden Status für die KurdInnen gegenübergetreten.

Entweder wir oder die KurdInnen

Wenn wir es nun konkretisieren: Erdoğan sagte in der Anfangsphase der Aufstände in Syrien (im Juli 2012), dass sie es »niemals zulassen werden«[19], dass Syrien gespalten wird und dort etwas Neues entsteht. Um das zu erreichen, setzte er alles in seiner Macht Stehende ein. Er ging sogar so weit, seine Verbündeten, die USA mit ihrem Präsidenten Obama, zu erpressen und vor die Wahl zu stellen: »Entweder wir oder die KurdInnen«, im Sinne von: »Sind wir deine PartnerInnen oder die TerroristInnen in Syrien?«[20] Aber was Erdoğan nicht sah oder nicht sehen wollte – der Mittlere Osten und die KurdInnen haben sich verändert. Der Direktor des Mittelostprogramms der USA, Henri Barkley (Wilson Center), schrieb am 25. Februar 2012, dass die KurdInnen in ihrer gesamten Geschichte noch nie so einflussreich gewesen seien. Er erwähnte ebenfalls in Anbetracht der KurdInnen, die in Irak und Syrien das Kräftegleichgewicht bestimmen und sich in der Türkei im Aufstand befinden: »Egal ob Klein- oder Großmacht, sie wird sich mit den Forderungen der KurdInnen befassen müssen.«[21]

Denn die KurdInnen stellten nicht nur Forderungen, sondern entwickelten im Chaos des Mittleren Ostens praktische Lösungsansätze wie zum Beispiel in Rojava und Bakûr (West- und Nordkurdistan), wo Volksgruppen friedlich miteinander leben und sich artikulieren können. Zudem entwickelte sich ein Kampf, der sich auf die Befreiung und Beteiligung der Frauen sowohl im militärischen Bereich (Volks-/Frauenverteidigungseinheiten, YPG/YPJ) als auch im gesellschaftlichen Bereich stützt. Das führte dazu, dass die KurdInnen in der Weltöffentlichkeit immer sichtbarer wurden. Mit ihrem politischen und gesellschaftlichen System, das sie gegen das Chaos des Mittleren Ostens und gegen den IS aufbauten, erlangen sie strategische Bedeutung.

---

16 Türkiye'nin yeni düşmanları, http://www.radikal.com.tr/yazarlar/eyup-can/turkiyenin-yeni-dusmanlari-1141589/

17 «Hürriyet, Aydın Doğan'ındır"!, http://www.aksam.com.tr/yazarlar/hurriyet-aydin-doganindir-c2/haber-289852

18 Erdoğan: İçeride aktörleri olan ama senaryosu dışarıda yazılan bir darbe hareketidir, http://www.hurriyet.com.tr/yerel-haberler/ankara-haberleri/erdogan-iceride-aktorleri-olan-ama-senaryosu-d_318100/

19 Başbakan: Suriye'nin kuzeyinde bir oluşuma izin vermeyiz, http://www.zaman.com.tr/politika_basbakan-suriyenin-kuzeyinde-bir-olusuma-izin-vermeyiz_1323183.html

20 Erdoğan'dan Obama'ya: Senin ortağın ben miyim yoksa teröristler mi?, http://www.cumhuriyet.com.tr/haber/siyaset/477038/Erdogan_dan_Obama_ya__Senin_ortagin_ben_miyim_yoksa_teroristler_mi_.html

21 Kurds are now key to a Middle East solution, http://www.ft.com/cms/s/0/5087293e-db1c-11e5-a72f-1e7744c66818.html#axzz41tJMVMIS

Wir wollen den Fehler in Irak jetzt in Syrien nicht wiederholen

Die Äußerung Erdoğans gegenüber Obama »Entweder wir oder die KurdInnen« stützt sich ebenfalls darauf. Aber es gibt auch einen Hintergrund für diese Aussage. Was sie Ende Januar im Hinblick auf Syrien zur Sprache brachten, ist Ausdruck des kurdInnenfeindlichen politischen Bewusstseins. »Wir wollen keinen neuen Irak. Was heißt das? Nordirak ... Jetzt soll Nordsyrien entstehen. Unmöglich, dass wir das akzeptieren. Wir wissen, dass unsere Last als Türkei groß ist, wir sind gezwungen unsere Haltung zu bewahren. Ansonsten haben wir nach Nordirak hier ein Nordsyrien. Diese Strukturen können in Zukunft große Probleme bereiten.«[22]

Für Erdoğan und den türkischen Staat stellt es ein Problem dar, wenn die KurdInnen einen Status haben, frei sind, sich selbst verwalten und organisiert sind. Damit es nicht zum »Problem« wird, sind sie so weit gegangen, mit dschihadistischen Organisationen wie IS und Al-Nusra Bündnisse einzugehen. Ihr Hauptproblem ist nicht, wie sie behaupten, Assad, sondern ihre KurdInnenfeindlichkeit. Erdoğan sagte am 7. Februar 2016 hinsichtlich der föderativen kurdischen Regierung in Nordirak, die seit 2003 besteht: »Wir wollen den Fehler in Irak jetzt in Syrien nicht wiederholen (…) Hätten wir am 1. März *[2003]* die Stationierung von US-Truppen für den Irak-Krieg nicht abgelehnt, wäre die Türkei in Irak, hätte sich Irak nicht so entwickelt. Wäre der Antrag angenommen worden, säße die Türkei mit am Tisch (…).«[23]

Was mit Fehler gemeint ist, ist der politische Status, den die KurdInnen in Irak erhalten haben. Auch wenn heute die VertreterInnen der Regionalregierung Kurdistan (KRG) in der Türkei »freundschaftlich« empfangen werden und sich aufgrund des Erdöl- und -gashandels »gute« nachbarschaftliche Beziehungen entwickelt haben sollten, zeigen diese jüngsten Äußerungen, dass dies für die unterbewusste KurdInnenfeindlichkeit keinen Unterschied macht.

Es wird nichts unversucht gelassen, um zu verhindern, dass die KurdInnen ihre Grundrechte erhalten und sich aus der Kolonialisierung befreien. Wie in der Geschichte in dem Artikel von Ümit Kıvanç »Dieselbe Regel auch in der Außenpolitik: Der Kurde soll seine Mutter nicht sehen«[24]. In der Geschichte warten ein Kurde, ein Türke und ein Lase auf ihre Hinrichtung. Es ist Tradition, sie werden nach ihrem letzten Wunsch gefragt. Der Lase sagt: »Es soll mir eine Lehre sein«, der Kurde überlegt und ihm fällt seine Mutter ein, die er sehr liebt: »Ich möchte, bevor ich sterbe, meine Mutter sehen«, sagt er. Als der Türke an der Reihe ist, sagt er, ohne zu überlegen: »Der Kurde soll seine Mutter nicht sehen!« Was im Kopf von Erdoğan vorgeht und zur Sprache kommt, ähnelt sehr dieser Geschichte. Er setzt alles außer Kraft, Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheiten, damit sie nicht auch von KurdInnen beansprucht und genutzt werden.

Erdoğan-Sackgasse kann nur mit Demokratie überwunden werden

Begriffe wie Frieden, Geschwisterlichkeit und Demokratie werden von den KurdInnen anders gefüllt als von der türkischen Politik. Während Erstere Einheit (Zusammengehörigkeit) und Demokratie fordern, lädt die herrschende türkische Politik zur »Konformität«, die aus der monistischen und diskriminierenden Politik resultiert. Was genau ist diese »Konformität«? Das Rechtssystem funktioniert nicht, vieles wird über Bestechung, Korruption und Beziehungen abgewickelt; das parlamentarische System arbeitet nicht, die Verfassung ist eine Putsch-Verfassung und auch wenn eine neue Verfassung diskutiert wird, wird ihr ethnischer Charakter aufrechterhalten (»nur für TürkInnen«); die GouverneurInnen und LandrätInnen verhindern die Entwicklung lokaler Demokratie; Freiheit und Demokratie werden nur verbal geäußert, ohne Umsetzung; Regierung und Politik sind intransparent; die Opposition wird unterdrückt und verhaftet, es gibt keine Pressefreiheit; die Wirtschaftspolitik versagt; Bildung, Recht und NGOs haben ihre Unabhängigkeit verloren; die Türkei ist mit allen Nachbarländern verfeindet, liegt mit allen Bündnispartnern, allen voran den USA und der EU, im Streit ... Wird denn aber nicht gesehen, dass diese Konformität eines Mannes, der, um Präsident zu werden, ein Präsidialsystem mit diktatorischen Zügen zur Diskussion gestellt hat, genau zu all diesen Problemen beiträgt?

Wenn die Türkei sich nicht radikal zu einer pluralistischen Demokratie wandelt – dafür stellt die Lösungsdeklaration[25], die mit Öcalan und der PKK erarbeitet wurde, einen wichtigen Wegweiser dar –, wird sie ihre antidemokratische, monistische, assimilierende Putschpolitik, die seit ihrer Entstehung 1923 bis heute in unterschiedlichen Phasen praktiziert worden ist, wiederholen. Ein solcher Staat wird sich, abgesehen davon, kein Demokratiemodell für die Region zu sein, zunehmend in ein Land wie Irak unter Saddam oder Ägypten unter Mubarak und Syrien unter Assad verwandeln, die heute in der Region allesamt überwunden werden. ♦

---

22 Erdogan: »Kuzey Suriye« istemeyiz, http://hurriyet.com.tr/erdogan-kuzey-suriye-istmeyiz-28056851

23 Irak`taki hataya düsmezelim, http://www.hurriyet.com.tr/iraktaki-hataya-dusmeyelim-40050485

24 Dış politikada da aynı düstur: Kürt anasını görmesin, http://www.radikal.com.tr/yazarlar/umit-kivanc/dis-politika-da-ayni-dustur-kurt-anasini-gormesin-1511455/

25 Ortak aciklamanin tam metni, http/www.aljazeera.com.tr/haber/ortak-aciklamanin-tam-metni

Putsch und Gegenputsch in der Türkei

Eine Säuberungswelle folgt auf die nächste ...

Michael Knapp und Elke Dangeleit

Der Putschversuch von Fraktionen des türkischen Militärs beherrscht seit Wochen die internationale Medienlandschaft. Schnell waren sich Bundesregierung und US-Regierung einig, dass die »Demokratie« gegen die Putschisten verteidigt werden müsse. Doch wer steht in der Türkei noch für Demokratie? Ist es nicht vielmehr so, dass eine autoritäre Macht versucht hat, den autoritären Machthaber vom Thron zu stürzen?

Panzer rollen in Ankara und Istanbul, Redaktionen werden besetzt, Häuser werden bombardiert. Über Nacht gelang es Erdoğan, Hunderttausende gegen die Militärs auf die Straßen zu mobilisieren. Republikpräsident Erdoğan findet sich in der »von Gott geschenkten« Rolle eines Führers der Massen gegen einen Putsch gegen die Demokratie wieder. Zwar kritisieren die internationalen Medien sachte, dass Erdoğan ebenfalls kein lupenreiner Demokrat sei. Aber es wird darüber hinweggesehen, dass die Machtkonzentration um die AKP-Regierung der letzten 13 Monate selbst die Kriterien eines Putsches zu erfüllen scheint.

Der Putsch des Regimes begann im Juni 2015

Schon vor den Wahlen im Juni 2015 wurde ein Gesetz verabschiedet, das die Befugnisse der unter AKP-Kontrolle stehenden Polizeikräfte enorm erweiterte. Nach den Wahlen am 7. Juni 2015 sorgte Erdoğan dafür, dass keine Regierungskoalition zustande kam. Stattdessen wurde der noch im März erfolgversprechende Friedensprozess mit der PKK durch Bombardierungen der Kandil-Berge im Nordirak vollständig beendet und auf militärische Eskalation gesetzt. Die Zeit bis zu den Neuwahlen im November war von Angriffen des Militärs, Anschlägen durch Dschihadisten auf Gegner des AKP-Staates und Festnahmekampagnen geprägt. Gleichzeitig wurde die Pressefreiheit massiv eingeschränkt. Schon während der Wahlkämpfe war zu beobachten, dass die Regierung Erdoğan auf die Unterstützung der konservativen und islamistischen Bevölkerungsteile setzt und diese zu Angriffen auf Gegner mobilisieren kann. So wurden hunderte Büros der linken, oppositionellen Demokratischen Partei der Völker (HDP) wie auch Zeitungen, die nicht im Sinne Erdoğans berichteten, von seinen Anhängern belagert und verwüstet, Oppositionelle auf offener Straße angegriffen. Die Polizei, die sonst jegliche Kundgebung mit Tränengas aufzulösen weiß, hielt sich weitgehend zurück. Dass solche Pogrome geduldet werden und die Regierung sich auf einen jederzeit mobilisierbaren Lynchmob stützt, der den Willen des Führers antizipiert und exekutiert, stellt ein Charakteristikum eines diktatorischen Regimes mit faschistischen Zügen dar.

Dieses System begann ab Sommer 2015 dutzende Ausgangssperren über die kurdischen Regionen zu verhängen. Diese Ausgangssperren waren nach türkischer Verfassung vollkommen illegal, da das Regime diese über die Provinzgouverneure ausführen ließ, die dazu nicht befugt waren. Die Provinzgouverneure sind Verwaltungsbeamte des Staates, die von der AKP-Regierung eingesetzt werden. Der nationale Gerichtshof und die Verfassungsgerichte, die zu solchen Maßnahmen berechtigt sind, wurden von der AKP-Regierung nicht in die Entscheidung einbezogen. Den Ausgangssperren und Konflikten in den Regionen folgten systematische Stadtzerstörungen und Massaker wie wir sie in Cizîr (Cizre), Nisêbîn (Nusaybin), Sûr/Amed (Sur/Diyarbakır) und vielen anderen Orten erleben mussten. Dass im Osten des Landes schwerste Kriegsverbrechen an der Bevölkerung begangen wurden, haben die türkischen Massenmedien, die zu einem großen Teil der AKP und Erdoğan gehören, verschwiegen. Wir können mittlerweile von fast einer Million Binnenflüchtlingen aus der kurdischen Region der Türkei sprechen. Weiterhin wurde der Konflikt paramilitarisiert, indem dschihadistische oder als Dschihadisten auftretende Einheiten Verbrechen im Stil des sogenannten Islamischen Staats (IS) an der kurdischen Bevölkerung begingen. Zuletzt deutlich wurde dies, als vermutlich Söldner der der AKP nahestehenden »Sicherheitsfirma« SADAT A.Ş. mehr als 34 Dorfbewohner bei Licê hinrichten und verbrennen woll-

ten. Dies wurde allein durch das Eingreifen eines Militärs verhindert.[1]

Journalisten, Anwälten oder Forensiker, die zu diesen Themen arbeiteten, wurden bedroht, angeklagt und inhaftiert. Die Immunität von mehr als hundert Abgeordneten insbesondere der HDP wurde aufgehoben, bei den Beratungen im Parlament kam es zu massiven gewalttätigen Angriffen und Einschüchterungsversuchen gegenüber Abgeordneten der HDP.

Es kam zum Einsatz von Kriegsflugzeugen, Panzern, Artillerie und Soldaten gegen Teile der eigenen Bevölkerung. Wir können hier konstatieren, dass das Erdoğan-Regime schon vor dem Putschversuch und seinem Gegenputsch bis auf die absolute Macht im Staat alle Elemente einer faschistischen Diktatur besaß.

Schon seit längerem Unmut im Militär

Im Militär herrschte schon zuvor große Unruhe und Unmut über den sinnlosen Krieg, den die Armee in Kurdistan führt. Eine kaum zu beziffernde Anzahl von Soldaten wurde in Auseinandersetzungen mit der kurdischen Guerilla getötet. Die Mehrzahl dieser Soldaten wird auf anonymen Friedhöfen bestattet und deren Familien höchstens finanziell abgefunden. Berufssoldaten müssen eine Erklärung unterschreiben, dass ihr Tod geheim gehalten werden kann. Die angeblich so erfolgreichen Operationen gegen die Guerilla werden von dutzenden Videos erfolgreicher Guerillaangriffe auf Militärbasen, Konvoys u. ä. Lügen gestraft. Der Krieg, der die PKK vernichten sollte, ist zu einem blutigen Abnutzungskrieg geworden, in dem monatlich hunderte Soldaten ihr Leben lassen.

Bereits Anfang Januar berichtete die kurdische Nachrichtenagentur ANF unter Angabe von Namen, dass in Şirnex (Şırnak) 23 Soldaten, darunter 12 Offiziere der Spezialeinheiten, wegen der Menschenrechtsverletzungen gegen die kurdische Bevölkerung desertiert seien. Über ihr Schicksal gibt es keine weiteren Informationen. Auch die von der Regierung eingesetzten »Dorfschützer«, die dem Çakırsögüt-Polizeiregiment in Şirnex in der Provinz Cizîr unterstellt waren, hatten ihre Waffen niedergelegt, um nicht weiter Bestandteil der Aggressionen gegen kurdische Zivilisten zu sein.[2]

Laut der Informationsstelle Kurdistan, ISKU, die sich auf die Nachrichtenagentur ANF beruft, wandte sich im Januar 2016 ein Polizist aus dem Altstadtviertel Sûr/Amed anonym an die Medien.[3]

Während türkische Medien von Erfolgen gegen »PKK-Terroristen« berichteten, bei denen Polizei und Militär »Hand in Hand« zusammenarbeiten würden, spricht der Polizist von einer enormen Demoralisierung bei den Polizeikräften und den Militärs. Viele Soldaten und Polizisten würden Befehle verweigern, was von den Vorgesetzten nicht akzeptiert werde.

Er berichtet weiter, dass das türkische Militär und die Polizei große Verluste in Sûr/Amed erlitten hätten, dies aber von der Regierung verheimlicht werde. »Die Leichenhäuser sind voll von getöteten Polizisten und Soldaten«, so der Beamte. Auch das Volksverteidigungszentrum HSM spricht in einer Jahresbilanz vom 26.07.2016 von mehr als 2 982 getöteten Polizisten und Soldaten und etwa 1 146 Verletzten.[4]

Der Polizist bezeichnet die neben den Polizeikräften und dem Militär im Auftrag der Regierung operierenden Esadullah-Einheiten als eine Einheit von IS-Kämpfern, die keiner kenne und die unabhängig operierten: Diese Mannschaft bestehe aus Menschen, die verschiedene Sprachen sprechen und deren verstorbene Mitglieder keine offizielle Bestattung erhalten. Dies gelte offiziell ebenfalls für die große Zahl von Berufssoldaten, die systematisch heimlich bestattet würden.

Der Unmut im Militär könnte einer der Gründe für den Putschversuch sein. Für die kurdische Bevölkerung ist das, was die Bevölkerung in Ankara und Istanbul in dieser Nacht erlebte, nichts als Alltag. Ein Putsch bedeutet für viele nur den Austausch eines Regimes durch das nächste. Der Dilettantismus in der Durchführung des Putschversuchs, mit wenigen Soldaten und Flugzeugen die zweitgrößte NATO-Armee schlagen zu wollen, wirft jedoch die Frage auf, ob der Putsch nicht auch von Regierungsseite wenn nicht initiiert, so doch toleriert war. Diese Frage wird sich nicht klar beantworten lassen. Deniz Yücel formulierte denn auch in der Welt, dass nun der eigentliche Putsch beginne.[5] Möglicherweise wäre es aber treffender festzustellen, dass der Putsch des AKP-Regimes am 7. Juni 2015 mit der Sabotage der Wahlen begann.

Erdoğan ermächtigt seine Anhänger zur Selbstjustiz

Erdoğan reagierte auf die Aktionen von Teilen des Militärs mit einem Aufruf zum Widerstand. Seine Anhänger wurden

1 http://www.heise.de/tp/news/Tuerkei-Eine-Geheimarmee-fuer-Erdoğan-3274132.html

2 https://isku.blackblogs.org/986/23-soldaten-der-tuerkische-armee-desertieren-in-sirnex/

3 https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=959861684091521&id=860515587359465&fref=nf&pnref=story

4 http://anfturkce.net/kurdistan/hsm-1-yillik-savas-bilancosunu-acikladi-2982-asker-ve-polis-olduruldu

5 http://www.welt.de/politik/ausland/article157090810/Der-eigentliche-Putsch-beginnt-jetzt-erst.html

unter anderem über die Lautsprecher der Moscheen auf die Straßen mobilisiert und blockierten die wenigen putschenden Militäreinheiten. Die AKP scheint über ein gut funktionierendes Mobilisierungsnetz zu verfügen. Anders ist es nicht zu erklären, dass binnen kürzester Zeit Zehntausende zum Flughafen gekommen waren, um den Auftritt Erdoğans zu begrüßen. Sie riefen ihm in frenetischer Begeisterung zu: »Hier die Armee, hier der Kommandant.« Oder: »Sag es und wir töten, sag es und wir sterben«, »Allahu akbar!« – »Gott ist groß!« [6]

Immer wieder kam es zu den unter Dschihadisten beliebten »Tekbir«-Rufen – was so viel wie »Ein einziger *[Gott]*« bedeutet. Es ist der Schlachtruf, unter dem der IS immer wieder Massaker an Êzîden, Aleviten, Christen oder Muslimen begeht. Durch die enge Zusammenarbeit mit dschihadistischen Gruppen ist die Türkei durchsetzt von IS und anderen Zellen. Das Vorgehen gegen einige der Putschisten erinnert eben an diese Gruppen. So wurde nach Angaben der linken Zeitung Birgün ein Soldat von einer großen Menschengruppe unter Jubelrufen von einer der Bosporus-Brücken hinuntergeworfen.[7] Weiterhin gibt es in türkischen Medien Berichte darüber, dass ebenfalls auf einer der Bosporus-Brücken ein Soldat, der sich der Masse ergeben hatte, enthauptet worden sei. Die dazu als Beleg im Netz verbreiteten Bilder sollen aber angeblich Männer zeigen, die versuchten, einen verletzten Soldaten vor dem Mob zu schützen.[8]

Ein deutsch-türkischer Journalist postete auf facebook, wie ein Soldat vom Mob ausgepeitscht, andere zusammengeschlagen wurden.[9]

In Ankara war eine der ersten Handlungen der »Demonstranten für die Demokratie«, das Denkmal für die über 100 durch den IS im Oktober 2015 in Ankara ermordeten Friedensaktivisten zu zerstören.

Auch in Städten wie Meletî (Malatya), Dîlok (Antep) und in anderen Orten kam es zu schweren Angriffen durch Anhänger der AKP und MHP. So plünderten diese in Meletî als oppositionell geltende Buchhandlungen und stachelten zu Angriffen auf Aleviten und Armenier auf, die ebenfalls für den Putsch verantwortlich gemacht wurden. So erklärte der AKP-Vorsitzende des Kreises Albistan (Elbistan) die Anhänger Fethullah Gülens unter »Allahu akbar«-Rufen zu Armeniern: »Wir werden denen, die den Namen des Islam benutzen, aber in Wirklichkeit Armenier sind und die Religion verkaufen, keine Gelegenheit bieten.«[10] Gerade in den alevitisch geprägten Regionen Albistan, Gurgum (Maraş) und Meletî wecken die Demonstrationen große Befürchtungen. Bei sektiererischen Angriffen von islamistischen Nationalisten wurden in Gurgum 1978 hunderte alevitische Männer, Frauen und Kinder ermordet, weitere Massaker folgten in Albistan, Çorum und Sêwas (Sivas), wo 1993 ein Mob von 5 000 ein Hotel in Brand steckte und unter »Allahu akbar«-Rufen 38 alevitische Intellektuelle verbrannte. Die Polizei griff damals nicht ein. Die Verfolgung insbesondere kurdischer Alevitinnen und Aleviten durch den türkischen Staat, Nationalisten und Islamisten hat sich tief ins Gedächtnis der Region eingebrannt. 2007 schnitten in Meletî Islamisten und Nationalisten, die dem in Berlin als gemeinnützig anerkannten Verein »Alperen Ocaklari« nahestehen, drei christlichen Missionaren die Kehlen durch. Dieses nationalistisch, religiös-extremistische Potential stellt in der gesamten Grenzregion der kurdischen Gebiete in der Türkei eine enorme Bedrohung dar, die sich immer wieder auch auf das gesamte Land mit ihrer sunnitischen Vorherrschaft auswirkt.

Der Putschversuch angeblicher Gülenisten ermöglichte dem AKP-Regime nun, seine Machtbasis nahezu absolut auszubauen. Während vorher Unzufriedenheit im kriegsmüden Militär herrschte und das Regime auch durch das Fehlen einer absoluten Mehrheit im Parlament und seine systematischen Verfassungsbrüche politisch, militärisch und juristisch angreifbar wurde, fand mit der Verhängung des Ausnahmezustands eine Gleichschaltung in allen Bereichen der Gesellschaft statt. Dass das Vorhaben Militär und Justiz zu »säubern« schon länger geplant war, belegen unter anderem Erklärungen, die Erdoğan bereits vor dem Putsch abgeben hatte.

Regime konsolidiert Präsidialdiktatur durch Ausnahmezustand

Durch einen noch sicherer und unangefochtener agierenden Erdoğan zeichnet sich eine weitere Eskalation in der Türkei ab. Eine Säuberungswelle folgt auf die nächste. Insbesondere das in Kurdistan eingesetzte Militär ist von dieser Kampagne betroffen, obwohl sich die Putschisten im Militär überwiegend in Istanbul und Ankara befanden. Eine Hegemonie im öffentlichen Diskurs lässt eine faschistische Dialektik zwischen Erdoğan und den von ihm mobilisierten Massen entstehen. Die Massen fordern die von Erdoğan gewünschte Todesstrafe und Erdoğan gibt sich demokratisch, indem er sich als Anwalt dieses »Volkswillens«, der eigentlich sein eigener ist, geriert. Ebenfalls ein typisches Moment faschistischer Herrschaft.

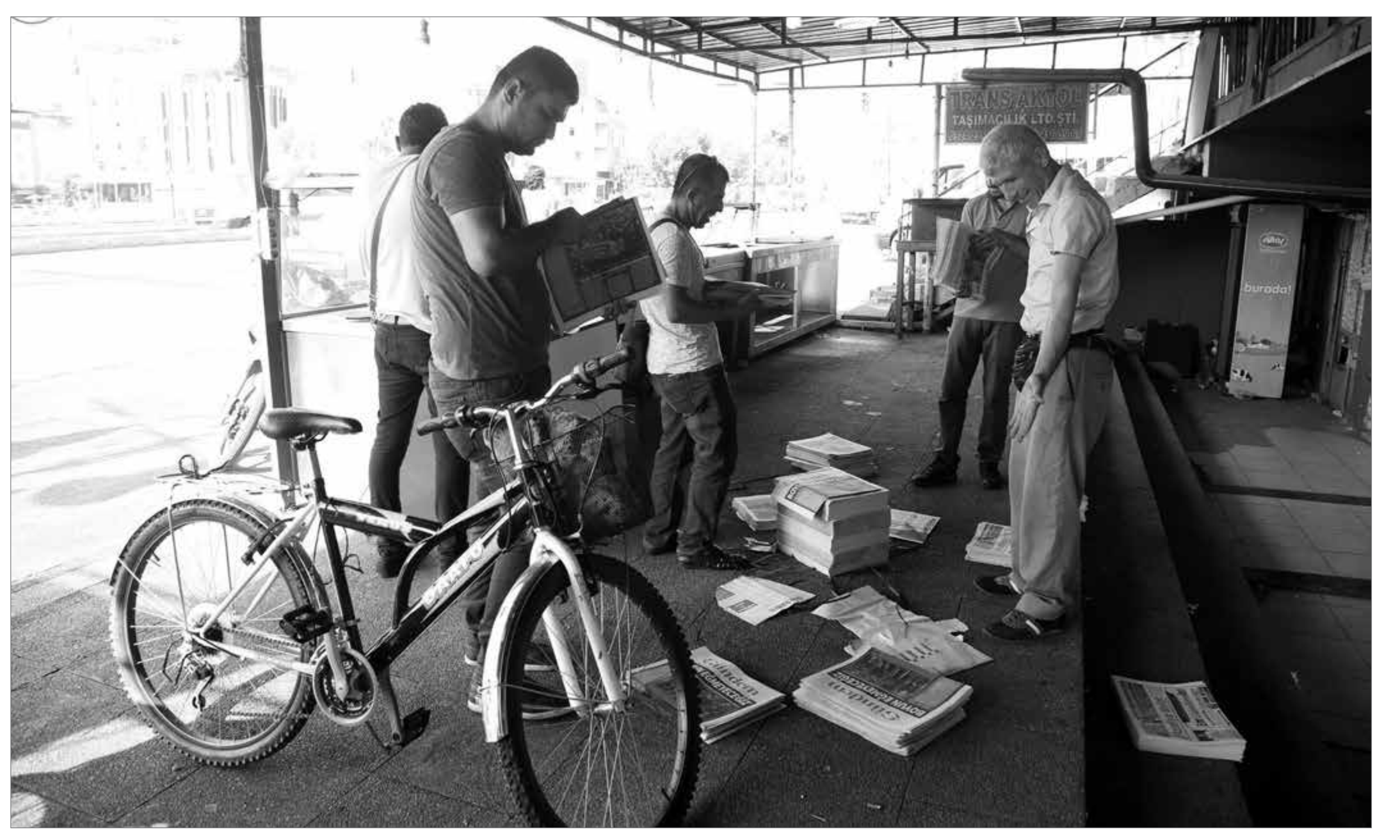
6 http://www.welt.de/politik/ausland/article157090810/Der-eigentliche-Putsch-beginnt-jetzt-erst.html

7 http://www.birgun.net/haber-detay/bogazici-koprusu-nde-asagi-atin-nidalariyla-bir-asker-linc-edildi-120179.html

8 http://www.habervaktim.com/haber/477202/cuntanin-darbe-girisimine-katilan-askerin-basi-kesildi.html

9 https://www.facebook.com/photo.php?fbid=10207032654680194&set=pcb.10207032666560491&type=3&theater

10 http://www.elbistankaynarca.com/elbistan-demokrasi-mitinginde-tek-yurek-oldu-21166h.htm



An vielen Orten wird die Özgür Gündem auf den Straßen verkauft, ein starkes Zeichen der Solidarität. Foto: DIHA

Der Generalsekretär der AKP forderte ebenfalls die Wiedereinführung der Todesstrafe.[11] Auch die europäische Menschenrechtskonvention hat die Türkei ausgesetzt.[12]

Die kurdische Freiheitsbewegung ruft im Zusammenhang mit dem Putsch und Gegenputsch dazu auf, eine demokratische Volksfront gegen das Regime des zivilen Putsches (AKP) und des Gegenputsches (Teile des Militärs) zu bilden.

Doch wer wird es noch wagen, nachdem der Mob losgelassen ist, sich offen gegen das Regime zu stellen? Die Gefahr ist groß, dass nun die islamistischen und faschistischen Kräfte in der türkischen Gesellschaft ermutigt worden sind, offen gegen Minderheiten und Regimekritiker vorzugehen. Es ist zu befürchten, dass sich Übergriffe wie der Überfall auf einen Plattenladen im Mai in Istanbul mehren. Jugendliche hatten sich in dem Musikgeschäft getroffen, um die Neuerscheinung einer Band zu feiern. Ihr Vergehen: Sie haben während des Ramadans geraucht und Bier getrunken. Die Täter: aufgebrachte Bürger aus der Nachbarschaft.[13]

Ausnahmezustand – Präsidialdiktatur – abgesegnet von Parlamentsmehrheit

Am 21. Juli wurde der Ausnahmezustand von einer Parlamentsmehrheit von 356 Stimmen beschlossen. Wie zu erwarten war, unterstützten die AKP und die rechtsextreme MHP den Ausnahmezustand, doch schlossen sich dem Lager der Unterstützer auch einige Abgeordnete der kemalistischen CHP an. Trotz verbaler Verurteilung des Ausnahmezustands als militärische Umsetzung des Präsidialsystems kam die CHP-Fraktion der AKP entgegen, indem sie den Fraktionszwang für die Abstimmung aufhob. Begründet wurde diese Haltung mit innerparteilicher Demokratie, sicherlich spielte dabei aber auch Selbstschutz eine Rolle, da die CHP selbst fürchtet, ins

11 http://de.sputniknews.com/politik/20160721/311633818/Erdoğan-eu-wiederaufnahme-todesstrafe-respektieren.html

12 http://www.focus.de/politik/ausland/nach-verkuendung-des-ausnahmezustands-tuerkei-will-europaeische-menschenrechtskonvention-aussetzen_id_5750796.html

13 http://www.welt.de/politik/ausland/article156327089/Alkohol-im-Ramadan-Wir-fackeln-euch-ab.html

Lager der Putschisten gerückt zu werden.[14] Allein die Fraktion der Demokratischen Partei der Völker (HDP) stellte sich geschlossen gegen den Ausnahmezustand und die Ausschaltung des Parlaments. Diese durch Notstandsmaßnahmen faktisch umgesetzte Präsidialdiktatur, das Regieren per Dekret, verleiht dem Republikpräsidenten eine weit höhere Macht, als sie durch die Umsetzung eines Präsidialsystems möglich gewesen wäre. Was in den kurdischen Regionen schon längst auch nach türkischen Rechtsnormen illegale Staatspraxis war, wurde nun legalisiert – Gouverneure können nun über Ausgangssperren, Versammlungen, Enteignungen etc. entscheiden – die Frist für Inhaftierungen ohne Kontakt zur Außenwelt wurde von 48 Stunden auf 30 Tage verlängert. Tausende von Einrichtungen, Schulen etc., die der Gülen-Bewegung nahestehen sollen, wurden geschlossen.[15]

Die Legalisierung dieser Praxis kündigt einerseits ihre erweiterte Anwendung an, andererseits die juristische Absicherung des Vorgehens in den kurdischen Gebieten und im ganzen Land. Denn die Regierung ist nicht nur militärisch, sondern auch verfassungsrechtlich wegen ihrer Praxis der Ausgangssperren und Stadtzerstörungen in den kurdischen Regionen angreifbar. Auch wenn eine Klageerhebung von Seiten der türkischen Justiz gegenüber Erdoğan in den letzten Monaten unwahrscheinlich erschien, wurde nun anscheinend die Justiz von den letzten Verdächtigen »gesäubert« und die Justiz gleichgeschaltet – mehr als 3 000 Richter aller Ebenen wurden entlassen, 800 Richter, Staatsanwälte festgenommen. In anderen Sektoren sieht es ähnlich aus. Die Zahl der Inhaftierten und Entlassenen schlüsselte sich für die Süddeutsche am 21. Juli folgendermaßen auf:

- 30 der 81 Gouverneure
- 8 777 Beamte des Innenministeriums, darunter 7899 Polizisten
- 2 745 Justizbeamte, darunter Richter, Staatsanwälte und Mitglieder des Hohen Rates der Justiz
- 100 Mitarbeiter des Geheimdienstes MIT
- 21 700 Lehrer oder andere Bedienstete des Bildungsministeriums
- 1 500 Beamte des Finanzministeriums
- 393 Mitarbeiter des Familienministeriums
- fast 200 Mitarbeiter der höchsten Gerichte
- 100 Mitarbeiter des Nachrichtendienstes
- 21 000 Privatlehrern wurde die Arbeitserlaubnis entzogen
- 1 577 Dekane und die Rektoren aller Universitäten wurden von der Hochschulverwaltung am Dienstag aufgerufen, ihren Rücktritt einzureichen. Einem Medienbericht zufolge wurde allen Akademikern bis auf Weiteres die Ausreise verboten.
- 492 Geistliche und Religionslehrer der staatlichen Behörde für religiöse Angelegenheiten (Diyanet)
- 257 Mitarbeiter der Staatskanzlei von Ministerpräsident Binali Yıldırım[16]

Die Zahlen erhöhen sich täglich. Der Journalist Kerem Schamberger gab am 4. August, also eine gute Woche später, folgende Zahlen auf facebook bekannt:

- 25 917 Menschen befinden sich in Untersuchungshaft
- 13 419 Menschen befinden sich in Haft (dies ist ein Unterschied zur Untersuchungshaft)

Damit sitzen nun fast 40 000 Menschen in türkischen Gefängnissen.

Von mehreren hundert Gefangenen gibt es seit dem 16. Juli keinerlei Informationen über ihren Verbleib. Die Familien haben keinerlei Kontakt. Insgesamt wurden bisher 74 562 Reisepässe annulliert.[17]

Ein derartig massiver Austausch von Funktionären auf allen Ebenen des Staates charakterisiert Putschregime auf dem Weg zu konsolidierten Diktaturen und lässt weitere Eskalationen erwarten. Man muss allerdings feststellen, dass es die Erdoğan-Regierung mit massiver Gewalt geschafft hat, die linke und kurdische Opposition zu isolieren. Die kurdische Bewegung und die HDP sind im Moment die einzigen, zwar starken, aber isolierten Pole des Widerstands. Gegen diese Isolierung rufen kurdische Abgeordnete, zivilgesellschaftliche Organisationen, die HDP, wie auch die PKK, zur Bildung eines Demokratieblocks gegen jede Form des Putschismus auf.

Historische Parallelen zum italienischen Faschismus

Nachd em Erdoğan bereits Anfang 2016 Hitler-Deutschland als Beispiel für ein funktionierendes Präsidialsystem genannt hatte,[18] drängen sich Vergleiche zum Faschismus auf. Allerdings liegt – auch wenn Parallelen zur Strategie Hitlers zu Beginn seiner Macht offensichtlich erscheinen – der Vergleich mit Mussolinis Faschismus näher. Mussolini wurde durch den Aufmarsch seiner 20 000 »Schwarzhemden« an die Macht gebracht. Der König ließ ihn gewähren, während die »Schwarzhemden« Rom terrorisierten. Ähnlich wie bei Mus-

14 https://www.chp.org.tr/Haberler/4/tum-ohal-fiili-bir-baskanlik-provasina-donusmemelidir-25621.aspx

15 http://www.donaukurier.de/nachrichten/topnews/Tuerkei-Umsturz-Streitkraefte-Justiz-Tuerkische-Regierung-schliesst-tausende-mutmassliche-Guelen-Einrichtungen;art154776,3246695

16 http://www.sueddeutsche.de/politik/nach-putschversuch-festnahmen-in-der-tuerkei-zehntausende-entlassungen-inhaftierte-ohne-rechte-1.3085149

17 https://www.facebook.com/kerem.schamberger?fref=pb&hc_location=friends_tab&pnref=friends.all

18 http://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-recep-tayyip-Erdoğan-nennt-hitler-deutschland-als-beispiel-fuer-praesidialsystem-a-1070162.html

solinis Marsch auf Rom 1922, bei dem Mussolini die Macht der faschistischen Partei durchzusetzen suchte, nutzte Erdoğan die von ihm einberufenen Massenversammlungen, um seine Machtposition zu stärken, und regiert seitdem legitimiert und gestützt auf seine Massenbewegung. Die Ähnlichkeit mit dem Mussolini-Faschismus lässt sich an folgenden Beispielen deutlich zeigen: Mussolini änderte das Wahlgesetz, brachte seine Partei an die Macht und setzte auf Förderung der Ökonomie durch Großprojekte. Während Mussolini den römischen Imperialismus glorifizierte, ließ sich Erdoğan einen osmanischen Palast errichten und verfolgt eine neoosmanische Restaurationspolitik. Um seine Macht zu konsolidieren, verschaffte sich Mussolini die sofortige Kontrolle über Medien und Polizei – Erdoğan konzentrierte nach dem Putschversuch alle Macht auf sich und sein Amt und ließ dutzende Zeitungen verbieten und zensieren, ganze Redaktionen austauschen, während das Medienimperium der AKP floriert. Ähnlich wie die faschistischen Medien in Italien die Niederlagen Mussolinis 1923 in Korfu zu Siegen umdeuteten, glorifizieren die Medien das angeblich erfolgreiche Vorgehen gegen die PKK und verkünden immer neue offensichtliche Lügen. Aufgrund der Diskurshoheit der Medien des AKP-Regimes zweifeln jedoch die wenigsten diese Unwahrheiten an. Anders als die AKP-Medien zu berichten, wird als Verbrechen gegen den Staat und als Unterstützung des Terrorismus verfolgt, was zur Folge hat, dass dutzende Journalisten in der Türkei inhaftiert sind. Während sich Mussolini auf die katholische Kirche stützte, stützt sich Erdoğan auf den politischen Islam. Beide Diktatoren führten zwangsweisen Religionsunterricht ein und verfolgten eine frauenfeindliche, religiös-konservative Politik. So wird beispielsweise der Ausschank von Alkohol immer weiter sanktioniert, die Frau zur Gebärmaschine degradiert, Schwangerschaftsabbruch und sogar die Geburt per Kaiserschnitt verboten bzw. radikal eingeschränkt.

Es können viele weitere Parallelen zum Faschismus genannt werden – allerdings besteht eine Volksfront gegen den Faschismus erst in den Anfängen. Vermeintliche Oppositionsparteien, wie CHP und MHP, verdingen sich als Erdoğans Steigbügelhalter. Die einzige reale Opposition in der Türkei stellen im Moment die HDP und die kurdische Freiheitsbewegung, aber auch militante Zusammenschlüsse wie die HBDH (Halklarin Birlesik Devrimci Hareketi, Vereinigte Revolutionsbewegung der Völker, bestehend aus neun revolutionären Organisationen) dar.

Außenpolitischer Wechsel und Annäherung an Russland, Iran und Syrien

Widersprüchlich erscheint zunächst die Annäherung der Türkei an das syrische Regime, den Iran und schließlich nun auch an Russland. Sicherlich spielt für Russland sowie für die Türkei die Neuauflage des gescheiterten South-Stream-Pipeline-Projekts, das die Ukraine umgehen soll, eine wichtige Rolle. Aber auch die Lockerung der NATO-Bindung der Türkei ist nicht unwichtig. Die Türkei sieht sich durch eine stärkere Anbindung an Russland im Verhältnis zur NATO gestärkt und meint damit die eigene, auf Erpressung basierende Politik fortsetzen zu können und neue Druckmittel neben dem als »Flüchtlingsdeal« charakterisierten Menschenhandel aufbauen zu können. Damit möchte die Türkei weiter ein Schweigen zur Machtkonzentration um Erdoğan und den Aufbau eines faschistischen Regimes um die AKP erzwingen. Andererseits stellt die kurdische Frage hier einen zentralen Faktor dar. Denn regionalpolitisch stellt – sowohl für das Assad-Regime als auch für die Türkei – die Selbstverwaltung in Rojava eines der größten Probleme dar. Die Nabucco-Pipeline sollte die Türkei zum



Neue Fotojournalistinnen: Solidarität der Friedensmütter mit Özgür Gündem. Foto: DIHA

zentralen Transitland für Erdgas und Erdöl aus Aserbaidschan, Turkmenistan, dem Iran und dem Irak machen und damit der EU eine Alternative zu Russlands Gasversorgung bieten. Das Nabucco-Projekt scheiterte nicht zuletzt auch am Krieg in Nordkurdistan und dem zu erwartenden Widerstand in der Region. Das South-Stream-Pipeline-Projekt würde nun die Türkei weiter an Russland anbinden und die ökonomische Position Russlands gegenüber der EU stärken. Darüber hinaus umgeht es die kurdischen Regionen, denn die Pipeline soll direkt durch das Schwarze Meer über die Westtürkei in die EU führen. Wir sehen also, dass hier die kurdische Frage einen wichtigen Einfluss hat.

Der Schwerpunkt in der Neuorientierung der türkischen Außenpolitik liegt allerdings in der Bekämpfung der Selbstverwaltung von Rojava. Alle Versuche der Türkei, die Ausweitung der Demokratischen Autonomie in Rojava militärisch und politisch zu verhindern, sind bisher gescheitert. Weder die Verbindung der Kantone Cizîrê und Kobanê noch die Befreiung von Kobanê noch das Übertreten der »Roten Linie Euphrat« konnten von der Türkei verhindert werden. Während die USA nicht umhinkamen, die Verteidigungskräfte der SDF als stärkste gegen den IS kämpfende Kräfte zu unterstützen, hatte die Türkei auf ein Bündnis mit dschihadistischen Terrorgruppen, den IS eingeschlossen, und das weitgehend irrelevante Oppositionsbündnis ETILAF (2012 in Qatar gegründet) mit seiner Nähe zum Dschihadismus gesetzt. Insbesondere die logistische Versorgung von Terrorgruppen durch die Türkei, die lange vom Westen geduldet wurde, scheint die AKP außenpolitisch wie auch innenpolitisch gegenüber Fraktionen im Militär und der Justiz diskreditiert zu haben. Dies zeigen die ebenfalls von Vertretern aus Staatsanwaltschaft und Jandarma aufgedeckten Waffenlieferungen des Geheimdienstes MIT an Dschihadisten in Syrien deutlich. Die Türkei setzte ihr ganzes Gewicht ein, um die Teilnahme einer Delegation aus Rojava an den Genf-III-Friedensgesprächen zu verhindern, und war damit in doppelter Hinsicht erfolgreich, Deutschland setzte durch, dass der türkeinahe Al-Qaida-Verbündete Ahrar Ash-Sham an den Friedensgesprächen teilnimmt, Rojava jedoch ausgeschlossen bleibt. Als Reaktion darauf kündigte Rojava am 17. März den Aufbau einer Demokratischen Föderation Nordsyriens an. Das syrische Außenministerium antwortete auf diese Erklärung mit einer Warnung gegen »jeden, der es wagt, die Einheit des Landes und der Menschen von Syrien, gleich unter welchem Titel, zu unterminieren … ein föderales System aufzubauen, widerspricht der syrischen Verfassung und allen nationalen Konzepten und internationalen Resolutionen«.

Schon im Februar hatte das Assad-Regime mit russischer Unterstützung seinen Vormarsch auf Aleppo und den Korridor zwischen Kobanê und Afrîn begonnen. Eine Offensive der SDF (Demokratischen Kräfte Syriens) auf das westlich von Afrîn gelegenen Arfet (Tall Rifaat) am 16.02.2016 hatte jedoch den Vormarsch des Regimes gestoppt. Gleichzeitig erfolgten immer wieder Angriffe aus der Türkei auf die Kleinstadt.

Aufgrund der Drohungen und der Nichtanerkennung der Demokratischen Föderation Nordsyriens boykottierten die Kantone Rojavas die syrischen Parlamentswahlen. Interessant ist, dass die gleiche Position wie die syrische Regierung die von der Türkei kontrollierte Syrische Nationale Koalition der Oppositionskräfte (ETILAF) an den Tag legte. Diese unterstellte, dass mit der Ausrufung der Demokratischen Föderation Nordsyriens der »Wille des syrischen Volkes *[Anm. d. A.: von der Selbstverwaltung Rojavas]* beschlagnahmt würde«.

Sowohl bezüglich Arfet als auch bezüglich Aleppo scheint es nach Angaben der algerischen Zeitung Al Watan auf einem Treffen in Algerien am 08.04.2016 zu einer Einigung zwischen der Türkei und Assad gekommen zu sein, mit dem Ziel, die Demokratische Föderation Nordsyrien zu bekämpfen.

Algerien spielt eine zentrale Rolle als Vermittler zwischen Syrien und der Welt. Seit 2011 fanden dort Treffen zwischen syrischen Staatsfunktionären und der Türkei bzw. der Arabischen Liga statt. Bei Reuters zitierte Tülay Karadeniz einen hochrangigen AKP-Politiker zu diesem Thema: »Vor allem ist Assad ein Mörder. Er unterdrückt sein eigenes Volk. In dieser Hinsicht hat sich unsere Perspektive nicht verändert. Aber dennoch unterstützt er gleichzeitig eben nicht die Autonomie der Kurden. Auch wenn nicht in den anderen Bereichen, so haben wir in dieser Hinsicht eine ähnliche politische Ausrichtung.«[19] Des Weiteren sollen die Türkei und Syrien über die Errichtung eines Grenzzaunes übereingekommen sein.

In diesem Sinne ist die türkische Annäherung an Russland zu verstehen: Die kurdische Bewegung soll in Rojava ausgeschaltet werden. Ob sich Russland auf dieses Spiel einlassen wird, bleibt ebenso abzuwarten wie die Reaktionen der dschihadistischen Verbündeten in der Türkei. Der IS-Anschlag auf den Flughafen von Istanbul mag in diesem Sinne als eine Warnung an die AKP gesehen werden.

Ein Modell wie Rojava, welches das Selbstbewusstsein und das internationale Ansehen der Kurdinnen und Kurden auch in der Türkei und im Iran stärkt, soll um jeden Preis verhindert werden. Das Vorgehen des syrischen Regimes spricht allerdings dafür, dass eine solche Einigung stattgefunden hat. Die Regime im Iran, in der Türkei wie auch in Syrien stehen, wenn auch gegeneinander positioniert, für den alten, zentralistischen, monistischen Ansatz des Nationalstaats und damit diametral dem Modell der Demokratischen Autonomie gegenüber. ♦

19 http://odatv.com/turkiye-bagimsiz-kurt-devletine-razi-mi-oldu-2106161200.html

Wirtschaftliche und politische Stabilität sind zwei Seiten einer Medaille

Die Wirtschaftspolitik der AKP

Erkin Erdoğan, Kovorsitzender der HDK Berlin

Die AKP setzte von Beginn ihrer Regierungszeit an auf ökonomische Stabilität. Der Kollaps nach der Krise im Jahre 2001 spülte einige Parteien aus der politischen Landschaft hinfort, was der AKP dazu verhalf, sich eine Mehrheit im Parlament zu sichern. Das wirtschaftliche Erholungsprogramm von Kemal Derviş wurde 2001 ohne große Änderungen von der AKP weitergeführt. Einige strukturelle Probleme des vom IWF unterstützten Programms, wie die hohe Arbeitslosenzahl, waren besorgniserregend, doch zur selben Zeit führten die strengen Regulierungen des Finanzkapitals und der Banken dazu, dass die Türkei sich vor den destruktiven Fluktuationen des ökonomischen Crashs im Jahre 2008 schützen konnte. Die türkische Ökonomie war nach wie vor interessant für internationale Investoren, gerade auch in der Zeit der internationalen Finanzkrise 2007–2009. Die AKP-Regierung war in der Lage, das ökonomische Wachstum mit der politischen Stabilität des Landes zu koppeln.

Doch sieht die Situation heute anders als noch vor ein paar Jahren aus. Die Interventionspolitik in Syrien, Korruptionsskandale, die autoritären Tendenzen im Kontext geplanter Verfassungsänderungen sowie der Krieg in Kurdistan brachten die Türkei in eine sehr fragile Lage. Werden also die schwankenden politischen Strukturen der ökonomischen Stabilität der Türkei schaden? Wenn dem so wäre, in welchem Ausmaß? Was sind die wirtschaftlichen Auswirkungen des misslungenen Putsches und den darauf folgenden Entwicklungen? Ich werde versuchen, eine knappe Antwort darauf zu geben, um die Folgen eines möglichen wirtschaftlichen Abschwungs vorherzusagen.

Wirtschaftsprogramm

Die routinierte Wirtschaftspolitik seitens der AKP führte in der letzten Dekade zu soliden Erfolgen. Die strukturellen Probleme, wie eine hohe Inflationsrate und Budgetdefizite, wurden effizient angegangen. Anders als in den1990ern Jahren wurde eine konsequente Haushaltsdisziplin eingehalten, die Teil der strengen Vorgaben des IWF waren. Das Programm »Übergang zu einer starken Ökonomie« von 2001 war offensichtlich eine neoliberale Attacke gegen die Errungenschaften der Arbeiterklasse. Die große Privatisierungswelle schlug innerhalb weniger Jahre um sich und Präsident Recep Tayyip Erdoğan war stolz auf seine Verkaufserfolge. Aber im Vergleich mit der ökonomischen Instabilität der 1990er Jahre und den daraus folgenden wirtschaftlichen Krisen war die Bevölkerung bereit, das eine oder andere Opfer zu erbringen.

Das war eine Folgereaktion auf den Ausbruch der Krise 2001. Die Türkische Lira wurde um rund 100 % abgewertet, die Inflation überstieg die 100%-Hürde, die Hälfte der Geldinstitutionen gingen Bankrott, das Bruttosozialprodukt sank um 8,5 % und 1,5 Millionen Menschen verloren ihren Arbeitsplatz.

Das wirtschaftliche Erholungsprogramm zeigte kurz- und mittelfristig Ergebnisse. Die Inflationsrate lag 2006 unter 10 %. Das Wirtschaftswachstum belief sich 2002–2007 auf rund 7 % pro Jahr. Die türkische Wirtschaft wurde von der Wirtschaftskrise im Jahr 2009 auch beeinflusst, konnte sich aber in der darauf folgenden Periode schnell erholen und hatte in den Jahren 2010 und 2011 ein Wirtschaftswachstum von 9 %. Das Bruttoinlandsprodukt betrug im Jahr 2002 pro Kopf 3 492 US-Dollar. Es verdreifachte sich innerhalb von neun Jahren und überschritt somit 10 000 US-Dollar. Die hohe Arbeitslosenrate blieb zwischen 10 und 11 % als ein strukturelles Problem des Wirtschaftsprogramms bestehen, war aber etwas niedriger als in der Zeit der Krise 2001.

Die Türkei hatte es geschafft, für heimische und internationale Investoren attraktiv zu bleiben. Gerade die Baubranche machte durch horrende Staatsaufträge einen großen Sprung. Dies trug maßgeblich zum Wahlerfolg in den Jahren 2007 und 2011 bei.

Durch den Erfolg der AKP verbesserte sich die Beziehung zur EU, wobei Deutschland eine nicht geringfügige Rolle spielte. Mehr als 6 000 deutsche Unternehmen steuerten bis zu

neun Milliarden Euro an Investitionen bei. Der Außenhandel mit der EU als wichtigste Handelspartnerin erreichte ebenso einen Höhepunkt. Deutsche Unternehmen verkauften allein im letzten Jahr Waren im Wert von 22 Milliarden Euro an die Türkei.

Die AKP und die Bourgeoisie

Während dieser makroökonomischen Erfolge wurde von der AKP eine neue Bourgeoisie aufgebaut. Die so genannten anatolischen Tiger weiteten ihre Einflussgebiete aus und nahmen unter der Leitung der AKP ihren Platz neben der bestehenden meist kemalistisch geprägten Großbourgeoisie ein. Die Ansichten der AKP waren tief in den politischen, ökonomischen und kulturellen Vorstellungen der konservativen Mittelschicht verwurzelt. Das erklärt auch die paradoxe Beziehung zwischen der AKP und dem bestehenden Großkapital sehr gut. Sie arbeitete zusammen mit dem Unternehmerverband TÜSIAD, der den alten Teil der Bourgeoisie vertritt, bis sich die Türkei im Jahre 2005 von der EU abwandte. Die Beziehungen waren jedoch schon immer distanziert und zumeist komplizierter und widersprüchlicher Natur. Gerade nach den Wahlen von 2011 spitzte sich die Situation zwischen beiden Kapitalfraktionen neu zu. Der Grund dafür war die »Periode der Führungsstärke«, wie Präsident Erdoğan selber die Zeit nach den Wahlen 2011 charakterisierte. Es bedeutete, die politische Stärke der AKP auch in wirtschaftlichen Bereichen auszuweiten und ihren Einfluss in den staatlichen Strukturen und der Gesellschaft auszubauen. Diese Art der Bestrebungen sollte die Macht für zukünftige Kämpfe gegen das Establishment verfestigen.

Die AKP war eine Koalition verschiedener konservativer Richtungen. Erdoğan entschied sich für einen Führungsstil, der die Partei zu einem monolithischen Instrument umstrukturieren sollte, um sie auf den Hegemoniekampf gegen die anderen Fraktionen der herrschenden Klasse vorzubereiten.

Die sich in den Jahren 2011–2015 ausbreitende politische Instabilität war einer der unausweichlichen Folgen davon. Die AKP führte einen zähen Kampf auf vielen Ebenen. Sie strukturierte die Medien um, besetzte die staatlichen Strukturen mit ihren Leuten, nutzte staatliche Investments- und öffentliche Fonds zur Umgestaltung der ökonomischen Kräfteverhältnisse. Die Präsidentschaftswahlen waren ein weiterer Punkt im Kampf um internationale Hegemonie. Während des Zusammenstoßes der kemalistischen Eliten mit der aufsteigenden »anatolischen Bourgeoisie« können wir zwei positive Entwicklungen der Opposition wahrnehmen: zum einen den Friedensprozess mit den Kurden und zum anderen die Gezi-Proteste. Diese zwei Prozesse waren entscheidend für den Erfolg der HDP bei den Wahlen im Juni 2015.

Die Wirtschaftspolitik fußte in der Zeitperiode 2011–2015 auf zwei grundlegenden Programmen: der »Transformation des öffentlichen Sektors« und der »Transformation der Wirtschaft«. Das erste Programm hatte zum Ziel, die Infrastruktur des öffentlichen Sektors auszubauen, während Bereiche wie das Bildungssystem auf Kurs mit der politischen Agenda der AKP gebracht werden sollten. Das Letztere hatte wiederum zum Ziel, zwölf ausgewählte Bereiche zu unterstützen, die das Potential zum wirtschaftlichen Wachstum zu haben schienen. Aber die Ergebnisse waren nicht befriedigend. Von 2012 bis 2015 stieg das Wachstum nur um 3,33 % im jährlichen Durchschnitt. Verglichen mit den ersten zwei Wahlperioden der AKP-Regierung war dies die schlechteste Wachstumsrate.

Politische Instabilität und wirtschaftlicher Abschwung

Es ist nicht möglich, sich Wirtschaftswachstum ohne politische Stabilität vorzustellen – diese Dinge sind wie die zwei Seiten einer Medaille. Diesen Zusammenhang zu erwähnen bedeutet nicht, das Klischee des klassischen liberalen Denkens zu pflegen, welches besagt, dass die ökonomische Effizienz auf dem freien Markt beruht und eine Demokratie erfordert. Diktaturen oder autoritäre Regime wie China oder einige lateinamerikanische Länder können gegebenenfalls auch ein hohes Wirtschaftswachstum erzielen. Aber innenpolitische Konflikte als ein Ergebnis unterschiedlicher Interessen der herrschenden Klasse machen es Unternehmen unmöglich, die nahe Zukunft einzuschätzen. Daher verursacht politische Instabilität eine Verzögerung von Investitionen, in solchen Situationen wachsen die finanziellen Probleme für gewöhnlich.

Die politische Instabilität, die seit 2011 mit der AKP-Regierung in Verbindung gebracht wurde, erhöhte die wirtschaftlichen Risiken drastisch. Korruptionsskandale, illegitime Eingriffe in Geschäftsvorgänge und die undemokratische Kontrolle der Medien verursachten erhebliche Bedenken insbesondere bei fremdem Kapital. Die Prognose der OECD von 2016 stellte fest, dass »die Voraussagen *[der OECD; d. Red.]* an politische Stabilität gebunden sind und darauf beruhen, dass die Grundorientierungen der bestehenden mittelfristigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erhalten bleiben. Falls nicht oder wenn regionale und heimische Spannungen zu intensiv werden, würden die inländische Nachfrage und der Tourismus nachteilig beeinflusst. Jede damit verbundene Schwächung des internationalen Vertrauens wird möglicherweise einen Kapitalrückfluss und eine Unbeständigkeit des Wechselkurses auslösen sowie das kurzfristige Wachstum schwächen.« Wir sehen, dass die Ängste, die oben erwähnt wurden, sich als wahr herausstellen und das internationale Vertrauen in die Türkei im Begriff ist zu verschwinden.

Der Wendepunkt der politischen Instabilität in der Türkei ist der politische Krieg gegen die Kurden seit Juli 2015. Die Türkei spielt eine gefährliche Rolle im Mittleren Osten. Ihre Expansionspolitik in der Region verursachte Katastrophen für die eigene Bevölkerung. Die Interventionspolitik in Syrien und die Unterstützung IS-naher Gruppen führte zu einer ernsten Krise mit Russland. Dies hatte zur Folge, dass der Tourismus im Mai 2016 um 23 % einbrach. Gemäß einigen Schätzungen werden die Türkei dieses Jahr sieben Millionen Touristen weniger besuchen und die Verluste für den Tourismusbereich könnten bis zu neun Milliarden US-Dollar betragen. Neben den langfristigen negativen Folgen verursacht politisches Abenteuertum auch unmittelbar horrende Kosten.

Ein Ass in Erdoğans Hand ist jedoch der Flüchtlingsdeal mit der EU. Dieser Deal ist wahrscheinlich die einzige Ausnahme, bei der das Erdoğan-Regime von der politischen Instabilität in der Region profitiert. Die Türkei erwartet sechs Milliarden Euro für strikte Grenzkontrollen. Dies ist ein sehr gefährliches Spiel auf Kosten von Kriegsopfern und es verursacht Konflikte mit jeglichen demokratischen Werten. Die wirkliche Intention des Erdoğan-Regimes war es, die Situation der Geflüchteten für interne und externe Interessen auszunutzen. Der Inhalt der Vereinbarung basiert auf einem rassistischen Menschenhandel zwischen der Türkei und der EU. Sie verstößt gegen die europäischen Menschenrechtskonventionen und zeigt somit lediglich die heuchlerische Politik der EU und der Türkei auf.

Der letzte Schritt zur Politik der Instabilität in der Türkei kam durch den Militärputsch am 15. Juli an die Oberfläche. Die Bilder von Panzern in den Städten, Kampfjets, die die Schallmauer durchbrechen und Zivilisten bombardieren, waren das Letzte, um internationale Investitionen anzulocken.

Erdoğans Antwort auf den gescheiterten Putsch war das Außerkraftsetzen der Verfassung und die Erklärung des Ausnahmezustands. Die Türkische Lira sank auf ein historisches Tief von 3,0972 pro US-Dollar. Die Türkei braucht dringend Finanzspritzen, um ihr gegenwärtiges Staatsdefizit auszugleichen, welches nunmehr bei 4,5 % des jährlichen BSP 2015 lag. Der Wert der Türkischen Lira ist entscheidend für die Balance der kurzfristigen Fremdkapitalflüsse. Die Verunsicherung war bisher noch nicht so groß, als dass es die türkische Zentralbank nicht hätte kompensieren können. Aber die finanziellen Kosten werden umso größer, je mehr das Risiko steigt. Es wird bereits erwartet, dass dieses Jahr das Wirtschaftswachstum der Türkei von 4,5 % auf 3 bis 4 % sinkt.

Die türkische Wirtschaft steht auf wackeligem Boden. Die herrschende Klasse ist uneins und gezeichnet von Konflikten. Die AKP war eine logische Wahl für die Großbourgeoisie, bis sie anfing, durch ihre abenteuerliche Agenda ihre Macht weiter auszubauen. Erdoğans Diskussionen über das Präsidialsystem endeten mit dem militärischen Putschversuch. Wir werden sehen, ob er einen Schritt zurück macht, um Kompromisse mit den Interessen des Großkapitals einzugehen. Solange dies nicht der Fall ist, werden wir miterleben, dass sich die politische und wirtschaftliche Instabilität vertiefen und dies eventuell das Ende der AKP-Herrschaft bedeuten wird. ♦



PLANEN SIE IHREN URLAUB IN DER TÜRKEI?
MACHEN SIE SICH NICHT MITSCHULDIG – BOYKOTTIEREN SIE DIE TÜRKEI ALS REISEZIEL!

Bericht über die Schäden und Vertreibungen in Städten Nordkurdistans

Gentrifizierung auf Türkisch

Bund der Gemeinden und Städte in Südostanatolien (GABB)

Die Gespräche über eine friedliche Lösung der kurdischen Frage, welche 2013 begonnen wurden, endeten 2015. Bewaffnete Konflikte starteten erneut im östlichen und südöstlichen Teil von Anatolien in der Türkei. Die jetzigen bewaffneten Auseinandersetzungen finden vor allem in den Städten statt. Dies ist ein Unterschied zu denen der 1990er und denen Anfang der 2000er Jahre, als bewaffnete Kämpfe vor allem in ländlich geprägten Regionen ausgetragen wurden. Die bewaffneten Auseinandersetzungen in der jetzigen Phase erreichten ein neues Level, als sich die türkische Armee im Dezember 2015 mit Panzern, Artillerie und anderen schweren Waffen, welche normalerweise in konventionellen Kriegen eingesetzt werden, in der Region ausbreitete. Damit erreichte das Ausmaß der Zerstörungen eine neue Ebene.

Eine Vielzahl von NGOs hat bereits über die Verletzungen des Rechts auf Leben berichtet, welche im Rahmen der bewaffneten Konflikte auftraten. In veröffentlichten Berichten werden das Maß der Zerstörung in den Städten und die erzwungene Migration als Resultat der aktuellen bewaffneten Konflikte aufgezeigt.

Verschiedene technische Teams haben Daten über das Ausmaß der Zerstörung gesammelt. Eine Schadensbewertung wurde unter der Koordination der Gewerkschaft Türkischer Ingenieur_innen und Architekt_innen (TMMOB) sowie des Bundes der Gemeinden und Städte in Südostanatolien (GABB) vorgenommen. Auch Expert_innen der Architectes de l'urgence nahmen an einigen Besuchen der Konfliktzone teil. Aus ihrer Analyse geht hervor, dass das städtische Leben in Konfliktgebieten wie Sûr/Amed (Sur/Diyarbakır), Cizîr (Cizre), Nisêbîn (Nusaybin), Şirnex (Şırnak) und Gever (Yüksekova) strukturell zusammengebrochen ist. Damit einher ging ein Zusammenbruch ökonomischer und sozialer Aktivitäten. Dies lässt sich außer auf die Zerstörung von Infrastruktur darauf zurückführen, dass lokale Regierungen von den Gouverneur_innen der Regionen entmachtet wurden. Infolgedessen konnten die Stadtverwaltungen von Hezex (İdil), Silopiya (Silopi) und Cizîr ihre Verantwortung für die Städte nicht mehr wahrnehmen.

Aus den erhobenen Daten der Rojava-Hilfsorganisation und der lokalen Stadtverwaltungen geht hervor, dass im Zuge der urbanen bewaffneten Auseinandersetzungen etwa 400 000 Menschen gezwungen wurden zu migrieren. In diesem Sinne wurde ihr Recht auf Wohnen verletzt. Fast alle dieser 400 000 vertriebenen Menschen haben keine Wohnung mehr, in die sie zurückkehren können. Ihre Häuser sind entweder zerstört oder durch die türkische Zentralregierung abgerissen worden. Die Abrissarbeiten dauern weiter an. Eine Vielzahl der Familien migrierte gezwungenermaßen in die Stadtzentren von Amed, Wan (Van), Êlih (Batman) oder andere urbane Zentren. Aufgrund des plötzlich einsetzenden Migrationsdrucks konnten Familien ihr Hab und Gut nicht mit sich nehmen. So haben viele damit zu kämpfen, ihr regelmäßiges Einkommen sowie ihren materiellen Besitz verloren zu haben. Dies hat zu einer großen Armut geführt. Mittlerweile leben 400 000 vertriebene Menschen unter schwierigen Bedingungen, entweder gemeinschaftlich in gemieteten Häusern oder in Zelten, wo es keine Infrastruktur und teilweise keinen Zugang zu sauberem Wasser gibt.

Die Politik der Zentralregierung und Äußerungen von Regierungsvertreter_innen zu den bewaffneten Konflikten und Militäroperationen in den Städten machen deutlich, dass Grundprinzipien von Katastrophen- und Krisenmanagement weder eingehalten noch angestrebt werden.

Folglich ist es sehr wahrscheinlich, dass die Regierung eine systematische Politik betreibt und eine militärische Strategie verfolgt, um Vertreibung zu forcieren und somit demographische und soziale Strukturen zu verändern. Nach dem Treffen des Nationalen Sicherheitsrats im Juni 2016 kursierten verschiedene Nachrichten in den türkischen Medien. Diese besagten, dass die Stadtzentren von Städten an der türkisch-irakisch-syrischen Grenze, wie Cizîr, Silopiya, Hezex, Nisêbîn und Qoser (Kızıltepe), verändert werden und im Zuge dessen die in dieser Region lebenden Menschen umgesiedelt werden sollen. Die GABB fordert die Regierung nachdrücklich zu einem gegenseitigen Waffenstillstand auf, sodass der Wiederaufbauprozess mit den Bewohner_innen in diesen Städten begonnen werden kann. Dies sollte in Zusammenarbeit mit den lokalen Verwaltungen erfolgen, um soziale und politische Risiken zu minimieren und den sozialen Frieden sowie das Wohlergehen der Menschen wiederherzustellen. ♦

Stadt – Konfliktzone	Gesamtbevölkerung (inkl. Dörfer)	Von Auseinandersetzungen betroffene Bevölkerung	Ausmaß der Schäden	Aktuelle Situation (30. Juni 2016)
Kerboran/Mêrdîn (Dargeçit/Mardin)	28 891	15 355	65 Häuser wurden beschädigt, 15 davon durch schweres Kriegsgerät, darunter Wohnhäuser, Geschäfte, Schulen und Ställe.	750 Familien aus Hezex und Nisêbîn flohen nach Kerboran. Die Menschen aus Kerboran versuchen die Gebäude mit eigenen Mitteln zu reparieren.
Nisêbîn/Mêrdîn (Nusaybin/Mardin)	116 068	80 000	November 2015 waren bereits 149 Geschäfte, 357 Wohnhäuser und 2 öffentliche Gebäude schwer beschädigt. Aktuell sind schätzungsweise 70 % aller Gebäude entweder beschädigt oder von der Zentralregierung abgerissen.	Zerstörung, Ausgangssperren und eine Blockade bestehen weiterhin in den Stadtteilen, in denen die Auseinandersetzungen stattfanden. Die Zahl der vertriebenen Menschen liegt bei ungefähr 65 000.
Dêrika/Mêrdîn (Derik/Mardin)	61 320	14 280	Dezember 2015 waren bereits 56 Geschäfte, 172 Häuser und 1 Gebetshaus beschädigt.	Mit Unterstützung der lokalen Stadtverwaltung konnte der Wiederaufbau stückweise umgesetzt werden.
Farqîn/Amed (Silvan/Diyarbakır)	86 633	14 345	105 Geschäfte, 552 Häuser, 4 öffentliche Gebäude sowie die denkmalgeschützte Azizoğlu-Villa wurden beschädigt.	Zwischen August und Oktober 2015 wurden 6 Ausgangssperren verhängt. Das extremste Ausmaß der Zerstörungen entstand jedoch erst im November letzten Jahres. Die Mehrzahl der Gebäude wurde mithilfe der Stadtverwaltung von Amed repariert.
Sûr/Amed (Sur/Diyarbakır)	50 341	45 000	1 100 Gebäude wurden durch die Zentralregierung abgerissen. Dieser Prozess setzt sich seit dem Ende der offiziellen Militäroperation im März 2016 fort.	Zerstörung, Ausgangssperre und Blockade halten in dem Umkreis, wo es Auseinandersetzungen gab, weiter an. Die letzte Ausgangssperre wurde am 2. Dezember 2015 verhängt und hielt bis in den Juni 2016 an. 22 000 Menschen haben kein Zuhause, weil ihre Häuser abgerissen wurden. Der Rat der Minister_innen hat einen Enteignungserlass für ganz Sûr beschlossen.
Bismil/Amed Bismil/Diyarbakır	112 461	11 698	41 Häuser und Geschäfte wurden beschädigt, der Schaden beläuft sich auf rund 33000€.	Die Menschen aus Bismil versuchen die Gebäude mit eigenen Mitteln zu reparieren.
Licê/Amed Lice/Diyarbakır)	25 354	25 354	Zwar wurden nur 2 Häuser beschädigt, doch sind die Umweltschäden umso größer, großflächige Waldbrände wurden festgestellt.	Bewaffnete Konflikte und Artilleriebeschuss in den dörflichen Regionen von Licê.
Pîran/Amed (Dicle/Diyarbakır)	40 033	518	22 Gasthäuser und Geschäfte wurden beschädigt, der Schaden beläuft sich auf rund 17 000 €.	Die Menschen aus Pîran versuchen die Gebäude mit eigenen Mitteln zu reparieren.
Gever/Colemêrg Yüksekova/Hakkari	68 757	40 000	3 133 Gebäude haben leichte Schäden, 647 Gebäude mittlere Schäden, 787 Gebäude schwere Schäden. 867 Gebäude wurden vollkommen zerstört und sind nur noch Ruinen. Weitere 1337 sind ausgebrannt, 300 davon bis auf die Grundmauern.	Zerstörung und Blockade gehen in dem Umkreis weiter, wo es zu den stärksten Auseinandersetzungen kam. 6 978 Personen mussten Gever verlassen und haben kein Zuhause, um zurückkehren zu können. Der Staat setzt die Zerstörung durch geplanten Abriss fort.
Şemzînan/Colemêrg (Şemdinli/Hakkari)	15 739	15 739	122 Geschäfte, 5 öffentliche Gebäude und 42 Häuser wurden beschädigt, der Schaden beträgt rund 758 000 €.	Die Menschen aus Şemzînan versuchen die Gebäude mit eigenen Mitteln zu reparieren. 723 Familien wurden zur Migration gezwungen.
Şirnex (Şırnak) Zentrum	61 335	61 335	80 % der Gebäude wurden entweder zerstört, in Brand gesetzt oder von der Zentralregierung abgerissen.	Zerstörung, Blockaden und die eigentlich für beendet erklärte Militäroperation halten im Umkreis, wo es zu Auseinandersetzungen kam, an. 8 700 Familien (55 000 Personen) mussten die Stadt verlassen und haben kein Zuhause, um zurückkehren zu können.
Cizîr/Şirnex (Cizre/Şırnak)	112978	67162	9800 Gebäude wurden beschädigt, davon 6800 leicht, 1750 mittelschwer und 1250 schwer, darunter Geschäfte, Bäckereien, Apotheken, Gesundheitszentren, Kulturzentren, Moscheen und Schulen. Zudem wurden historische Gebäude und Bauten, wie die Ulu-Moschee oder die Deşt-Brücke massiv beschädigt.	Die Zentralregierung hat große Teile von Cizîr als Sicherheitszone deklariert. Die Abrissarbeiten gehen weiter. Der Wiederaufbau von Gebäuden konnte teilweise durch die lokale Stadtverwaltung umgesetzt werden. Viele Familie. leben in Zelten.
Silopiya/Şirnex (Silopi/Şırnak)	87150	43670	445 Gebäude wurden beschädigt, viele mittelschwer bis schwer. Davon sind 216 zum Abriss vorgesehen.	Zerstörung und Blockade halten in dem Umkreis, wo es zu Auseinandersetzungen kam, an. 260 Gebäude wurden bereits abgerissen. Der Wiederaufbau von Gebäuden konnte teilweise durch die lokale Stadtverwaltung umgesetzt werden. Der Staat führt die planmäßige Zerstörung fort. Viele Familien mussten in Nachbarstädte fliehen.
Elkê/ Şirnex Beytüşşebap/Şırnak	5 263	5 263	24 Gebäude wurden beschädigt, davon 14 schwer.	Die Zentralregierung hat große Teile von Hezex als Sicherheitszone deklariert. Die Abrissarbeiten gehen weiter.
Hezex/Şirnex (İdil/Şırnak)	26 511	26 511	Von insgesamt 1 600 Gebäuden wurden 1 200 im Zuge der bewaffneten Konflikte zerstört, davon 250 schwer, 100 sind nur noch Ruinen. 150 Familien erklärten, ihre Häuser seien absichtlich in Brand gesteckt worden.	Die Zentralregierung hat große Teile von Hezex als Sicherheitszone deklariert. Die Abrissarbeiten gehen weiter.
Gimgim/Mûş Varto/Muş	10 241	10 241	91 Häuser und Geschäfte sowie 3 Baufahrzeuge und 1 Taxi wurden beschädigt.	Die Menschen aus Gimgim versuchen die Gebäude mit eigenen Mitteln zu reparieren.

Über die Arbeit des Rojava-Solidaritätsvereins in Amed

Wir haben rund 80 000 Familien mit Nahrungsmitteln versorgt ...

Interview mit dem Rojava-Solidaritätsverein, Amed

Können Sie uns kurz Ihren Verein vorstellen? Wann und aus welchen Bedürfnissen heraus wurde er gegründet und was sind Ihre bisherigen Aktivitäten?

Der Rojava-Solidaritätsverein wurde am 15.10.2014 gegründet. Etwa ein Jahr vor der Gründung hat eine Gruppe von Ehrenamtlichen die Arbeit organisiert und als Koordiniationsgruppe die Solidaritätsarbeit geleitet. Aufgrund der Angriffe von 2014 auf Rojava, Kobanê, Şengal und Başûr, die Zehntausende von Menschen zur Flucht gezwungen haben, und um unsere Arbeit besser zu organisieren, haben wir den Beschluss gefasst, einen Verein zu gründen. Wir organisieren die Öffentlichkeit und helfen, entsprechende Ansprechpartner*innen zu finden.

Wir betreuen die Flüchtlingscamps in den Städten Amed (Diyarbakır), Şirnex (Şırnak), Sêrt (Siirt), Êlih (Batman), Riha (Urfa) und Mêrdîn (Mardin), sammeln Hilfsgüter, tonnenweise Nahrungsmittel und Kleidung für Kobanê, leisten Unterstützung nach der Flutkatastrophe für Artvin-Hopa und helfen bei der Versorgung von Menschen in den Städten, die von der Regierung nach der Ausgangssperre zerstört wurden: Farqîn (Silvan), Sûr, Kerboran (Dargeçit), Hezex (İdil), Silopya (Silopi), Cizîr (Cizre), Gever (Yüksekova), Şirnex (Şırnak) und Nisêbîn (Nusaybin).

Seit Juli 2015 wird ein intensiver Krieg in Kurdistan geführt. Wir haben versucht, die Facetten dieses Krieges teilweise zu übertragen. Dennoch hat die Tragödie der Menschen kaum Aufmerksamkeit bekommen. Was sind die Auswirkungen dieses Krieges auf die Lebensgrundlagen der Menschen? Wie viele Menschen wurden bereits zu Opfern der staatlichen Vernichtungspolitik?

In den Städten Farqîn, Sûr, Kerboran, Hezex, Silopya, Cizîr, Gever, Şirnex und Nisêbîn, die von der Regierung nach den Ausgangssperren zerstört wurden, lebten etwa 600 000 Menschen und all diese Menschen, die in den genannten Städten und Kreisstädten lebten, wurden von dem Krieg betroffen und sind somit Opfer. Die Wohnhäuser vieler Einwohner*innen wurden in Brand gesetzt und zerstört, hinzu kommen dutzende Menschen, die in diesen Häusern verbrannten und ermordet wurden. Viele der betroffenen Menschen sind von den Städten in die umliegenden Dörfer gegangen, um diese Situation irgendwie zu bewältigen, einige konnten Unterschlupf bei ihren Verwandten finden. Wir haben seit dem 15. Juli 2015 rund 80 000 Familien (ca. 400 000 Personen) mit Nahrungsmitteln versorgt.

Was wurde unternommen, um diese Lage zu überstehen, welche Arbeiten wurden in der Region gemacht?

Wir sind uns darüber bewusst, dass keine unserer Hilfen die verbrannten und zerstörten Leben wieder zurückbringen wird und kann, für unseren Verein und unsere Mitarbeiter*innen ist es wichtig, diese Tatsache klar bei der Umsetzung unserer Arbeiten vor Augen zu haben.

Nachdem wie gesagt rund 80 000 Familien mit dem Nötigsten versorgt wurden, begannen wir eine Kampagne für Familienpatenschaften zur längerfristigen Hilfe und Sicherung.

Außer diesem Projekt haben die Kommunen in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Türkischer Ingeneur*innen und Architekt*innen eine Schadensbilanz erstellt und in Farqîn, Cizîr und Hezex wurde für den Wiederaufbau nur leicht beschädigter Gebäude das Baumaterial zur Verfügung gestellt.

Aufgrund des Krieges mussten viele Menschen ihr Zuhause verlassen. Von wie vielen Familien bzw. Menschen sprechen wir dabei? In Bezug auf diese Frage hat Ihr Verein das Projekt Familienpatenschaften. Können sie uns das Projekt genauer vorstellen?

Wie funktioniert es, wie viele Menschen sind beteiligt, was sind die Ziele dieses Projektes?

Die Kampagne Familienpatenschaften hat in der Gesellschaft eine große Unterstützung erhalten. Im Rahmen der Kampagne wurden Familien, die helfen wollen, mit Familien, die betroffen sind, zusammengeführt. Weltweit erklärten sich Menschen bereit, die Versorgung einer Familie für gut ein Jahr zu übernehmen und somit eine Patenschaft einzugehen. Warum haben wir als Verein die Familien zusammengeführt? Wir hätten die Daten und Kontoverbindungen der betroffenen Familien aufnehmen und die Hilfe ohne direkten Kontakt übermitteln können, aber wir wollten, dass die Familien sich kennenlernen und die betroffenen Familien mit ihrem Leid nicht alleingelassen werden. Dieses gegenseitige Kennenlernen der jeweils anderen Familie sollte auch das Gefühl der Isolation und des Imstichgelassenwerdens aufbrechen, um neuen Mut zu fassen.

In verschiedenen Städten konnten so schon mehrere tausend Patenschaften organisiert und realisiert werden: Cizîr: 1000, Silopya: 310, Hezex: 300, Gever: 700, Sûr: 750, Şirnex: 700 Familien, für Nisêbîn wird folgen.

Wie können Menschen aus Deutschland und Europa, die keine Verbindung zu den regionalen Vereinen haben, Solidarität leisten?

Freiwillige, die keine Verbindungen zu den Organisationen und Institutionen haben, können uns jederzeit kontaktieren, unsere Mitarbeiter*innen sind jederzeit gerne behilflich.

Menschen, die aktiv anpacken und vor Ort helfen wollen, können sich bei uns melden. In der Regel können wir Hilfe und Unterstützung in den von uns betreuten Flüchtlingslagern jederzeit gut gebrauchen.

Zusätzlich läuft die Kampagne der Familienpatenschaften für die wir immer nach neuen Paten suchen, noch viel zu viele Familien erhalten zu wenig Unterstützung. Voraussetzung für eine Patenschaft ist die finanzielle Möglichkeit. Die Hilfe einer Patenschaft beträgt monatlich 150 € und soll über mindestens 12 Monate durchgehend laufen. Als Pat*innen können sich nicht nur Einzelpersonen oder Familien melden, mehrere Menschen können auch eine Patengruppe bilden.

Für weitere Fragen zum Projekt »Patenschaft« siehe vorletzte und letzte Seite dieses Kurdistan Reports. ♦



Rojava-Solidaritätsverein: Nachdem wie gesagt rund 80 000 Familien mit dem Nötigsten versorgt wurden, begannen wir eine Kampagne für Familienpatenschaften zur längerfristigen Hilfe und Sicherung. Foto: Hinrich Schultze, www.dokumentarfoto.de

Syrische Geflüchtete in der Türkei

Das vergessene Thema nach dem Putschversuch in der Türkei

Sezin Öney, Kolumnistin

Die Türkei macht sehr schwere Zeiten durch. Es sind die schwersten Tage für die gesamte Bevölkerung der Türkei seit der Gründung der Republik. Es ist natürlich schwierig, in einem Land, in dem die Menschenrechte nie hochgehalten wurden, eine Phase mit der anderen zu vergleichen oder gar die repressiven Akte des Staates in der Vergangenheit darzulegen und isoliert voneinander zu betrachten. Dieses Mal jedoch ist ein traumatisches Ereignis im Gange, das die Zukunft der ganzen Bevölkerung betrifft. Anders als in den traumatischen Phasen in der Vergangenheit wurde zum ersten Mal seit dem Putsch 1980 der Ausnahmezustand über die gesamte Türkei verhängt. Das hat strukturell gesehen zwei Folgen:

- Die bestehenden und in dieser Phase entstandenen Selbstverteidigungsmechanismen zur Wahrung der Menschenrechte werden vernichtet werden.

- Eines der grundlegenden Probleme der Türkei ist die extreme Zentralisierung der Entscheidungsprozesse, die jetzt noch weiter verschärft wurde und nur zu vergleichen ist mit dem Putsch 1980.

Diese zwei Punkte haben Auswirkungen auf viele Bereiche, vor allem auf die »kurdische Frage«.

Die Thematik der Geflüchteten aus Syrien ist davon vordergründig ebenso betroffen. Nach offiziellen Zahlen ist die Türkei ein Land, in dem über drei Millionen geflüchtete Menschen aus Syrien leben. In anderen Ländern würden angesichts dieser immensen Anzahl von Geflüchteten und der zu bewerkstelligenden Aufgaben unterschiedliche Meinungen, Ansichten und Expertisen in Betracht gezogen werden, um eine gesellschaftliche Lösung zu finden.

Aufgrund der zunehmenden Polarisierung der Politik wurde eine Annäherung auf diese Art und Weise in der Türkei nicht erwogen. Kurz vor dem Putschversuch wurde das Thema der Erteilung türkischer Staatsbürgerschaften an syrische Geflüchtete öffentlich thematisiert. Bevor jedoch dieses äußerst wichtige Thema diskutiert werden konnte, das die gesamte Bevölkerung betrifft, begann der Putsch und der Ausnahmezustand (OHAL) wurde ausgerufen. Somit wurde ein Klima geschaffen, in dem Erdoğan jeden Schritt dieser in der Öffentlichkeit diskutierten Frage ohne Beratung beschließen kann.

Syrische Geflüchtete in der Türkei: woher, wohin?

Von den 22,5 Millionen syrischen Staatsbürger_innen sind allein drei Millionen Flüchtlinge geworden, die nun in der Türkei ihr Leben zu führen versuchen. Laut der Katastrophen- und Notfallmanagement-Behörde (AFAD) lebten im Juli 2016 knapp 253 000 Menschen in Flüchtlingslagern. Die Behörde, die zum Beispiel im Falle eines Erdbebens das Krisenmanagement übernimmt, hat große Teile ihrer Kapazitäten seit dem Krieg in Syrien für die Flüchtlingshilfe bereitgestellt; ein Bereich, in dem sie keinerlei Erfahrung hat. Für alle 25 staatlich verwalteten Flüchtlingslager, in denen Syrer_innen leben, ist die AFAD zuständig.

Dass eine Behörde, die für Katastrophen- und Erdbebenhilfe zuständig ist, Flüchtlingshilfe in Hatay, Riha (Urfa), Dîlok (Antep), Maraş, Osmaniye, Semsûr (Adıyaman), Adana und Kilis betreibt und die alleinige Verantwortung dafür hat, ist etwas Skandalöses, das öffentlich debattiert werden müsste. Speziell in Istanbul, wo ein Erdbeben der Stärke 7 jederzeit zu erwarten ist, und in der Türkei, die in einer Erdbebenregion liegt, muss sich die AFAD jederzeit bereithalten. Auf der anderen Seite hat sie jedoch die enorm große Aufgabe der Flüchtlingsversorgung, die es unmöglich macht, sich in Bereitschaft zu halten. Des Weiteren wird die AFAD die ihr obliegenden umfassenden Aufgaben (Informationsbeschaffung, Schutzvorkehrungen, Aussprechen von Warnungen, Katastrophenschutzübungen u. v. m.) im Katastrophenfall wegen der großen Belastung nicht erfüllen können.

Und das, obwohl in der Türkei diverse Nichtregierungsorganisationen (NGOs) mit Geflüchteten arbeiten, die hierbei auch im internationalen Kontext bereits Erfahrungen gesammelt haben. Als Journalistin in Ankara habe ich seit einiger Zeit Folgendes beobachtet: NGOs, die erfolgreiche Arbeit leisten, werden während der Zeit der Gesetzgebung von Politiker_innen wahrgenommen, zu anderen Zeiten jedoch nicht. Dasselbe ist auch in den Behörden zu beobachten. Geflüchtetenvereine berichten, dass ihnen manchmal Respekt entgegengebracht wird, sie aber auch immer wieder mit dem Widerstand von Beamt_innen auf der niedrigsten Ebene konfrontiert werden. Dies zeigt die Willkür. Dass es in der Türkei keine international geachtete NGO gibt, die sich mit den Rechten der Geflüchteten auseinandersetzt, birgt viele Schwierigkeiten. Vor allem wurde in der Türkei das Thema der Rechte von Geflüchteten wenig diskutiert.

In diesem Text verwende ich die Terminologie »Geflüchtete«. Meiner Meinung nach haben Syrer_innen weder den Status von »Geflüchteten« noch von »Asylbewerber_innen«. Denn Geflüchtete aus Syrien kommen über die »grüne« Grenze in die Türkei, also ohne Grenzübergänge und ohne Kontakt zu den Behörden. Während der Großteil der Menschen, die auf diesem Wege aus Syrien kommen, die Türkei als Fluchtort sieht, an dem sie Schutz vor dem Krieg suchen, verstehen andere sie als Rückzugsgebiet, um sich gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt wieder nach Syrien zu begeben. Der türkische Staat jedoch akzeptiert die Menschen nicht als Geflüchtete, sondern als Gäste, die temporär Schutz in der Türkei suchen. Die Türkei, die nicht nur aufgrund der Lage in Syrien Bekanntschaft mit dem Thema macht, sondern schon in der Vergangenheit damit konfrontiert war, schafft erst jetzt einen gesetzlichen Rahmen für diese Frage.

Die Vereinten Nationen verabschiedeten 1951 die Genfer Konvention, die 1961 auch von der Türkei unterzeichnet und ratifiziert wurde. Nach dieser Konvention, die kurz nach dem Zweiten Weltkrieg entstand, galten Menschen als Geflüchtete, die infolge des Krieges ihre Heimat in Europa vor 1951 verlassen hatten. 1967 wurde in einem Zusatzprotokoll die geografische und zeitliche Begrenzung für den Geflüchtetenstatus aufgehoben. Dieses Zusatzprotokoll wurde von nur wenigen Staaten nicht unterzeichnet, unter anderem der Türkei. Infolgedessen leben in der Türkei nur 40 anerkannte Flüchtlinge.

Wenn wir die Lage wohlwollend betrachten, wurden in diesem Jahr auf der Verwaltungs- sowie Gesetzesebene einige wichtige Veränderungen durchgeführt. NGOs, die sich mit dem Thema der Geflüchteten beschäftigen, haben Unterstützung in ihrer Arbeit erhalten. In derselben Phase hat die Generaldirektion Migrationsverwaltung (GİGM) in dieser Angelegenheit eine Schlüsselrolle gespielt und die Weichen für eine politische und praktische Umsetzung gestellt. In Wirklichkeit aber bekommen Geflüchtete den Status »temporär Schutzsuchende« und der Begriff »Geflüchtete« wurde gesetzlich immer noch nicht anerkannt. Dadurch können auch auf juristischer Ebene keine Rechte eingefordert oder eingeklagt werden. Erdoğan versprach Anfang Juli bei einem Treffen mit Geflüchteten nun, sie würden als Staatsbürger_innen aufgenommen werden:

»Ich weiß, dass es unter unseren Geschwistern solche gibt, welche die türkische Staatsangehörigkeit annehmen möchten. Mit dieser Thematik beschäftigt sich das Innenministerium und hat bestimmte Schritte eingeleitet. Wir werden tun, was wir können, um unseren Geschwistern dies zu ermöglichen.«

An sich ist dieses Thema äußert umstritten in der türkischen Bevölkerung. Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts »Metropoll« vom April dieses Jahres hat ergeben, dass 82,9 % der Befragten gegen eine Einbürgerung der syrischen Geflüchteten sind. Lediglich 9 % waren dafür. Wenn es ein Thema gibt, bei dem sich alle Wähler_innen der verschiedenen Parteien einig sind, dann ist es dieses. Ironischerweise ist die Gruppe der Wähler_innen der Demokratischen Partei der Völker (HDP) mit 68 % Gegenstimmen diejenige, die sich am wenigsten gegen die Einbürgerung stellt.

In derselben Umfrage hat sich auch ergeben, dass 31,1 % der befragten Menschen denken, die syrischen Geflüchteten würden die Zahl der Arbeitslosen im Land weiter ansteigen lassen.

Wenn wir uns vor Augen führen, dass 20 % der Jugendlichen arbeitslos sind, ist es nicht verwunderlich, dass große Sorge in diesem Bereich besteht. Weitere 13,4 % gaben an, dass sie aufgrund der Geflüchteten ein geringeres Einkommen befürchten. Wenn wir diese beiden Werte verbinden, ergibt sich daraus, dass 45 % der Bevölkerung befürchten, ökonomisch bedroht zu werden.

Während bei den Parlamentswahlen vom 7. Juni 2015 das Thema Wirtschaft und Arbeitslosigkeit dominierte, verschob sich dies aufgrund des wieder begonnenen Krieges nach den Wahlen hin zum Thema Sicherheit und »Terrorbekämpfung«. Während dieses Zeitraums wurde dann das Thema der Staatsangehörigkeit für Syrer_innen stark in den Vordergrund gerückt und positionierte sich zwischen den beiden zuvor meistdiskutierten und ausschlaggebendsten, somit zwischen der Wirtschaft und der Sicherheit. 71 % der Befragten stimmten der extremen Ansicht zu, Grenzen zu öffnen, um die Geflüchteten in die Europäische Union zu lassen.

Das Abkommen mit der Europäischen Union

Als im März 2016 der damalige Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu mit den Vertreter_innen der Europäischen Union das Abkommen aushandelte und Visa-Erleichterungen Teil davon waren, wollte er dies im Juni verkünden. Im Mai 2016 wurde er jedoch bereits aus seinem Amt verdrängt.

Seit diesem Tag regt sich auf beiden Seiten immer mehr Widerstand. Allerdings ist das Abkommen nach wie vor nicht komplett vom Tisch. Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu verkündete, das Geflüchtetenabkommen sei für die Türkei nichtig, wenn die Visa-Erleichterungen nicht bis Oktober kämen. Die Türkei sehe sich dann nicht mehr zur Aushandlung und Umsetzung des Abkommens verpflichtet.

Kurdische Frage und syrische Geflüchtete

Im Zuge der Verhandlungen über das Abkommen verständigten sich beide Seiten darauf, dass die Menschenrechtslage in der Türkei verbessert werden solle. Doch im neunten Punkt des Abkommens erfolgte der »Vorstoß«, dass besonders die Grenzgebiete der Türkei noch sicherer werden sollten und der Transfer der örtlichen Bevölkerung und der Geflüchteten aus diesen Gebieten erfolgen solle.

Was die Türkei unter diesem »Vorstoß« verstand, zeigt sich mit den seit Monaten erträumten »Sicherheitsgebieten«. Aber es ist auch unklar, was die Vertreter_innen der Europäischen Union verstanden haben, als sie sich auf diesen Punkt einigten. Dieser Artikel des Abkommens beinhaltet neben dem Begriff »Flüchtlinge« auch sehr zu denken gebende Passagen wie »Transfer der lokalen Bevölkerung«. Wenn wir heute an den Südosten der Türkei denken, dann beunruhigt uns der Ruf nach »Austausch«. Es gibt Indizien dafür, dass in der Phase des Abschlusses des Abkommens bereits die absurden Pläne beim türkischen Staat präsent waren, die Bevölkerungsstruktur grundlegend zu verändern. Bereits im Juli 2015 gab es Gefechte zwischen der PKK und den türkischen Sicherheitskräften. Als sich jedoch im November die türkische Armee in die Auseinandersetzungen in den Städten einmischte, entwickelte sich eine bis dato beispiellose Härte bei der militärischen Intervention. In dieser Phase wurden das Weltkulturerbe Sûr – die Innenstadt von Amed (Diyarbakır) – als auch die Städte Cizîr (Cizre), Nisêbîn (Nusaybin) und Gever (Yüksekova) vom türkischen Staat unter Anwendung militärischer Gewalt dem Erdboden gleichgemacht. Im April dieses Jahres wurde der »Masterplan zur Terrorbekämpfung« durch Ahmet Davutoğlu verkündet. Im Zuge dessen wurden die zerstörten Gebiete durch den Staat enteignet und es wurde beschlossen, sie erneut zu bevölkern. Dass die vorrangig von Kurd_innen bewohnten Gebiete in der Türkei im Zuge der schweren Militäroperation vom November unbewohnbar gemacht und 500 000 Menschen zur Flucht gezwungen wurden, lässt stark vermuten, dass es eine staatliche Politik der bewussten Vertreibung ist.

Ob es sich dabei um den »Masterplan der Terrorbekämpfung« handelt oder angesichts der Gesamtsituation um die Geflüchteten aus Syrien und den Plan der Staatsangehörigkeitsübergabe, lässt starke Zweifel aufkommen. Die Neubauten in den zerstörten Gebieten, die durch das staatliche Bauunternehmen TOKI errichtet werden, sollen mit günstigen Krediten an syrisch-türkische Staatsangehörige verkauft werden. Dieses Verhalten zeigt, was für einen hinterhältigen Plan die TOKI in kurdischen Städten verfolgt.

Aber durch den Putschversuch und den anschließend verhängten Ausnahmezustand scheint eine Beruhigung unerreichbar. Aufrichtiger und ehrlicher Journalismus ist ebenso nicht mehr möglich.

In einer Situation, in der die Klarheit verloren geht, wird genauso wie die Debatte um die syrischen Geflüchteten die Wahrheit wie eine »geschlossene Schatztruhe« behandelt und die Lage noch erschwert.

Die Türkei spricht von zehn Milliarden Dollar, die sie angeblich staatlicherseits in Flüchtlingscamps und damit verknüpfte Organisationen investiert habe. In dieser Summe ist beispielsweise Weizen nicht einbezogen. Das bedeutet, dass die detaillierten Ausgaben nur ein paar bestimmte Staatsvertreter_innen kennen.

Die Syrer_innen in der Türkei, die eine breite Vertretung und Basis der AKP stellen, spielen eine wichtige Rolle bei der aktuellen kurdischen Frage. Sie haben, ebenfalls wie der Staat, einen negativen Blick auf die Kurd_innen.

In meinem Text gibt es einen wichtigen Punkt, den ich bisher nicht gut ausführen konnte: Die Menschenrechte der Syrer_innen in der Türkei. Die Kinderarbeit, die bei den syrischen Kindern in der Türkei verbreitet ist, oder die Kinder und Jugendlichen, die zwangsverheiratet werden, sind nur ein Beispiel für die Menschenrechtsverletzungen. Leider kann diese Tatsache von den Betroffenen nicht in die Öffentlichkeit getragen werden.

Es gibt ein offenes gesellschaftliches Problem: Es sollte eingestanden werden, dass auch Syrer_innen eine wichtige Säule der Gesellschaft bilden. Sie sind intelligente Menschen, gutmütig, die zur gesellschaftlichen Finanzierung und sehr bewusst zur Partizipation beitragen. Leider wird genau das Gegenteil deklariert. ♦

Blutige Partnerschaft

Geheimdienstzusammenarbeit zwischen Deutschland und Türkei

Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke.

Im Schnelltempo peitschte die Bundesregierung im Juni ein neues Antiterrorpaket durch den Bundestag. Erneut wurden damit die Befugnisse von Geheimdiensten und Bundespolizeibehörden ausgeweitet.

Das »Gesetz zum besseren Informationsaustausch bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus« ermöglicht dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) das Anlegen gemeinsamer Personendateien mit ausländischen Nachrichtendiensten. Außerdem kann die Bundespolizei künftig auch verdeckte Ermittler »zur Gefahrenabwehr« einsetzen. Diese Maßnahme zielt offenbar vor allem auf die Abwehr von Flüchtlingen. So benannte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) als zentrales Einsatzfeld die »Durchdringung« von Schleusernetzwerken. Schließlich soll anonymes Telefonieren unterbunden werden. Prepaid-Guthaben für Mobiltelefone sollen nur nach Vorlage eines Ausweisdokuments verkauft werden.

Die Regierung jagte das Gesetzespaket im Schnellverfahren vor der Sommerpause des Bundestages durch – unter Verletzung grundlegender parlamentarischer Prinzipien. So benannten die regierungsbeteiligten Bundestagsfraktionen für die öffentliche Anhörung am Montag, dem 20. Juni, die Chefs von Bundeskriminalamt, Bundespolizei und Verfassungsschutz als »unabhängige Sachverständige«. Alle drei Behörden waren an der Ausarbeitung des Gesetzentwurfs beratend beteiligt gewesen. Aus Protest gegen diese Farce hatten Linke und Grüne die Anhörung verlassen.

Bürgerrechtsorganisationen, Datenschützer und die Linksfraktion haben erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken insbesondere gegen die durch das Gesetz ermöglichten Geheimdienstdateien geltend gemacht. Bürgerrechtler warnten vor einem Paradigmenwechsel: Wurden Daten mit ausländischen Nachrichtendiensten bislang nur auf Ersuchen ausgetauscht, so sollen sie nun in einem gemeinsamen Datenpool kontinuierlich zur Verfügung stehen. Die nicht hinreichend erfolgte Umsetzung der verfassungsrechtlichen Vorgaben zur Datenschutzkontrolle bei dem Gesetzentwurf verletze das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, beklagte die Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Andrea Voßhoff. Der von der Linksfraktion als Sachverständiger bestellte Strafrechtler Prof. Dr. Fredrik Roggan sah den Gesetzentwurf »offensichtlich nicht im Einklang« mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. In Deutschland mit geheimdienstlichen Mitteln gesammelte Informationen können an ausländische Behörden fließen, die auch polizeiliche Zwangsbefugnisse wahrnehmen, warnte Roggan. Das Deutsche Institut für Menschenrechte befürchtete, dass »Menschen, die in Deutschland ohne konkreten Straftatenverdacht nachrichtendienstlich beobachtet werden«, zukünftig »in anderen Ländern mit polizeilichen Ermittlungen oder administrativen Sanktionen wie Einreise- oder Flugverboten konfrontiert« werden.

Neben den in der »Counter Terrorism Group« zusammengeschlossenen 30 Geheimdiensten aus EU-Staaten sollen auch die Nachrichtendienste der übrigen NATO-Staaten sowie weiterer Länder wie beispielsweise Israels einbezogen werden können. Voraussetzung hierfür ist eine nicht näher definierte »Einhaltung grundlegender rechtsstaatlicher Prinzipien«. Hier stellt sich nun die Frage, inwieweit dies z. B. auf den NATO-Staat Türkei zutrifft. Im Innenausschuss des Bundestages versicherten die Vertreter des Bundesinnenministeriums noch am 22. Juni, dass angesichts der Menschenrechtslage in der Türkei eine solche Kooperation mit dem türkischen Geheimdienst »derzeit« ausgeschlossen sei. Für die Zukunft wollten sich die in dem Bundestagsgremium anwesenden parlamentarischen Staatssekretäre nicht festlegen.

Die Schamfrist schien nicht einmal zwei Wochen zu umfassen. Denn bereits am Sonntag, dem 3. Juli sprach sich Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) gegenüber dem Deutschlandfunk für eine entsprechende Geheimdienstzusammenarbeit auf Grundlage des neuen Gesetzes mit der Türkei aus. »Wir können uns ja unsere Partner nicht aussuchen«, rechtfertigte de Maizière die angestrebte Geheimdienstzusammenarbeit mit der »geographischen Schlüssellage« der Türkei, Millionen in Deutschland lebenden türkischstämmigen Men-

schen und der NATO-Partnerschaft. Er könne doch nicht »auf Information über einen für Deutschland gefährlichen Menschen verzichten, nur weil sie aus einem Staat kommt, wo Pressefreiheit nicht in vollem Umfang gewährleistet ist«, verharmloste der Bundesinnenminister die menschenrechtliche Situation in der Türkei. Dort sind derzeit eine halbe Million Kurden nach Zerstörung ihrer Städte durch die Armee auf der Flucht. Hunderte Zivilisten starben in den vergangenen Monaten bei sogenannten Antiterroroperationen. Der türkischen Armee wurde per Gesetz Straffreiheit selbst bei Kriegsverbrechen zugebilligt. Dutzende regierungskritische Journalisten sitzen in Gefängnissen, den Abgeordneten der linken kurdischen Demokratischen Partei der Völker HDP droht nach dem Entzug ihrer Immunität nun die Verhaftung. Doch nach Ansicht von de Maizière ermöglichte erst eine geheimdienstliche Zusammenarbeit eine »Nähe für das, was wir für richtig halten in Sachen Menschenrechte«.

Allerdings müssten gemeinsame Geheimdienstdateien »in jedem einzelnen Fall genehmigt werden«, fügte der Bundesinnenminister hinzu – obwohl doch das Wesen einer gemeinsamen Datei gerade darin besteht, dass keine genehmigungspflichtigen Einzelinformationen abgefragt werden müssen. Es gehe beispielsweise um den Informationsaustausch bezüglich der »reisenden Kämpfer, die über die Türkei nach Syrien und in den Irak kommen«, erklärte de Maizière. Hier könnte Ankara in der Tat wichtige Informationen liefern. Schließlich war und ist der türkische Geheimdienst nachweislich daran beteiligt, ausländische Kämpfer dschihadistischer Terrorgruppen wie des IS und der Al-Nusra-Front logistisch zu unterstützen, mit Waffen zu versorgen und über die Grenze nach Syrien zu schleusen. Doch während die türkische Regierung die Al-Nusra-Front wieder von ihrer Terrorliste gelöscht hat, sieht sie in den im Irak und Syrien gegen die Dschihadisten kämpfenden kurdischen Rebellen von YPG/YPJ und PKK-Guerilla derzeit die gefährlichsten »Terroristen«.

Eine gemeinsame Antiterrordatei mit dem Verfassungsschutz würde es dem türkischen Geheimdienst ermöglichen, auf Informationen zu kurdischen und türkischen Exilpolitikern zurückzugreifen. Die Folgen können durchaus tödlich sein. So sind französische Ermittler laut Spiegel online mittlerweile überzeugt, dass der türkische Geheimdienst in die Ermordung der kurdischen Politikerinnen Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez im Januar 2013 in Paris verwickelt war.

Auf eine Dringliche Frage der Linken in der Fragestunde des Bundestages am 6. Juli bezüglich der Äußerungen des Bundesinnenministers machte die Bundesregierung wieder einen Rückzieher: »Aktuell ist keine gemeinsame Datei des Verfassungsschutzes mit den türkischen Partnern vorgesehen.« Entwarnung bedeutet das leider nicht. Denn eine Geheimdienstzusammenarbeit zwischen BND, Verfassungsschutz und dem türkischen Geheimdienst MIT gibt es auch ohne gemeinsamen Datenpool schon seit Jahrzehnten – zu Lasten der in Deutschland lebenden türkischen und kurdischen Oppositionellen.

Die Auslandsvertretung in der Türkei ist eine der ältesten des BND. Sie geht noch auf die BND-Vorläuferin »Organisation Gehlen« zurück, die Ende der 1940er Jahre gemeinsam mit dem türkischen Partnerdienst in Istanbul einen Stützpunkt zur Überwachung des Schiffsverkehrs vom und zum Schwarzen Meer errichtet hatte. Die enge Zusammenarbeit zwischen BND und MIT vor und nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 ist inzwischen umfangreich belegt. Selbst wenn der MIT in Mordanschläge verwickelt war – wie bei der Ermordung des türkischen Kommunisten Celalettin Kesim 1980 durch Graue Wölfe in Berlin – oder Anschläge beging – wie 1986 auf das türkische Generalkonsulat in Hamburg –, hatte dies keine Folgen für die Geheimdienstkooperation. 2002 nahm der BND den vom türkischen Geheimdienst nach Deutschland geschickten Kader der militant linken DHKP/C Alaattin A. auf seine Gehaltsliste. A., der 2010 verhaftet wurde, aber aufgrund seiner Verdienste für den Staat sowie als Kronzeuge mit einer milden Strafe davonkam, stieg bis zum Deutschlandchef der verbotenen DHKP/C auf.

Wieweit sich die aktuellen Ereignisse in der Türkei, der gescheiterte Militärputsch und der politische Gegenputsch Erdoğans, auf die zukünftige Geheimdienstzusammenarbeit zwischen Berlin und Ankara auswirken werden, ist derzeit noch ungewiss. So hat der türkische Präsident Erdoğan angekündigt, in der Türkei Polizei, Militärpolizei und Geheimdienst zu einer neuen Supersicherheitsbehörde zusammenfassen zu wollen. Skepsis gegenüber dem Partner am Bosporus ist inzwischen auch bei der Bundesregierung zu erkennen. Zu befürchten ist allerdings, dass es bald schon wieder pragmatisch heißt: »Business as usual.« ♦

Konferenz zu »Frieden und Stabilität im Mittleren Osten mit den Gedanken von Abdullah Öcalan« tagte in Başûr

Eine Plattform des Friedens

Hevi Jiyan / Devriş Çimen, Silêmanî

Alle sind sie nach Silêmanî (Sulaimaniyya) in Başûr/Südkurdistan gekommen – die Kovorsitzende der Partei der Demokratischen Einheit (PYD) Asia Abdullah, der Kovorsitzende des Demokratischen Gesellschaftskongresses (DTK) Hatip Dicle, die Sprecherin des Kongresses der Freien Frauen (KJA) Ayla Aka Ata, die Abgeordnete der Demokratischen Partei der Völker (HDP) Dilek Öcalan, der ehemalige Rechtsanwalt von Nelson Mandela Essa Moosa aus Südafrika, der Kosprecher des Demokratischen Kongresses der Völker (HDK) Ertuğrul Kürkçü, die Vertreterin des Kongra Star aus Rojava Leyle Reshid Kahraman und der Vertreter von TEV-DEM Aldar Khalil, der Kovorsitzende der Demokratischen Föderation Nordsyriens/Rojava Mensur El-Selum und viele mehr, um für drei Tage mit Aktivist*innen, Politiker*innen und Journalist*innen aus Bakur/Nordkurdistan (Türkei), Başûr/Südkurdistan (Irak), Rojhilat/Ostkurdistan (Iran) und Rojava/Westkurdistan (Syrien) über den Frieden zu diskutieren. Viele der Teilnehmer*innen kannten sich schon. Doch es waren auch neue Gesichter dabei; aus Südafrika, Tunesien, Libanon und Indien sind Aktivist*innen angereist, um mit der kurdischen Bewegung Erfahrungen auszutauschen, Probleme zu diskutieren und Lösungsansätze zu entwickeln. Ein Art Plattform des Friedens sollte es sein, ein Ort des anderen Vorwärtsdenkens, wie es ihn sonst im Mittleren Osten kaum gibt.

»Lasst uns keine Angst vor Utopien haben«, sagte Zaxo Rosa aus Rojava, »Utopien, welche uns helfen, unsere Zukunft aufzubauen, sind nötig. Und diese Konferenz zeigt, dass wir zusammen leben können – wir brauchen bloß eine Entscheidung, eine Überzeugung und einen Weg, wie wir diesen Traum verwirklichen können. Ich freue mich sehr, Teil des Projektes Demokratischer Konföderalismus zu sein. Denkt daran, wie unwahrscheinlich unser Traum von Selbstbestimmung in Rojava vor 5 Jahren war. Wer weiß, vielleicht wird unser Traum vom Demokratischen Konföderalismus im Mittleren Osten eines Tages Realität.«

Mit dieser Aussage bringt Zaxo Rosa die Stimmung und das Ziel der Konferenz, welche vom 19. bis 21. Juli in Silêmanî stattgefunden hat, auf den Punkt. Unter dem Titel »Frieden und Stabilität im Mittleren Osten mit den Gedanken von Abdullah Öcalan« diskutierten die 150 Teilnehmer*innen über die aktuellen Probleme Kurdistans und der weiteren Region, und darüber, welche Lösungsansätze sich im Paradigma Öcalans finden lassen. In den Worten der Organisator*innen, Dr. Faik Gulpi, der Vorsitzende der Akademie für Politik und Demokratie: »Der Nahe Osten wird gebeutelt von Krisen, Chaos und Kriegen. Es ist klar, dass ein dringlicher Bedarf an revolutionären Veränderungen besteht. Und so sehr diese Krisenzeit große Verwüstung an Menschenleben und Natur anrichtet, so regt sie uns gleichzeitig dazu an, Alternativen und Lösungen zu finden. […] Der Repräsentant der kurdischen Bevölkerung Abdullah Öcalan versteht diese Depression, das Chaos und die Kriege im Mittleren Osten als eine Folge der tiefgreifenden Krise der kapitalistischen Moderne, seine Vorschläge und Perspektiven in Bezug auf demokratische Lösungen werden momentan von der kurdischen Bevölkerung umgesetzt. […] Unserer Ansicht nach hat Abdullah Öcalan einen vernünftigen und akzeptablen Ansatz für die Probleme des Mittleren Ostens entwickelt. […] Wir möchten die Kräfte der ethnischen und religiösen Gemeinschaften sowie der Frauen in den vier Teilen Kurdistans vereinen, um Definitionen und Probleme zu diskutieren und zusammen auf einen Lösungsprozess hinzuarbeiten.«

Genau dies geschah auf der Konferenz: Erfahrungen wurden ausgetauscht, Projekte vorgestellt und Lösungsansätze diskutiert. Besonders maßgeblich war dabei die Vielfalt der Themen und der lokalen Besonderheiten der vorgestellten Projekte. So berichtete Nahide Zengin von ihrem Agrikultur-Projekt »Gärten Rojavas«, Necla Bakır von den Frauenkooperativen in Wan (BIKAD) oder Surood Ahmad von ihrer Arbeit im Bereich Gewalt gegen Frauen in Kerkûk.

Die Gedanken und Schriften Öcalans stehen hinter verschiedenen politischen, ökonomischen und sozialen Projekten in Kur-

distan, besonders in Bakur und Rojava. Die politischen Rahmenbedingungen und der Handlungsspielraum unterscheiden sich jedoch fundamental in den vier territorialen Gebieten, in denen sich die kurdische Freiheitsbewegung organisiert. Dies wurde während der Konferenz besonders am Beispiel der Rolle der Frau innerhalb der Gesellschaft und des politischen Lebens ersichtlich. Während sich die Aktivist*innen aus Rojava nicht mehr mit der Frage der Rolle der Frau in der Religion beschäftigen, scheint dies noch ein wichtiger Diskurs in Başûr zu sein. Asia Abdullah meldet sich zu Wort, als ein Melle (religiöser Vertreter) aus Silêmanî einmal mehr über die Vereinbarkeit von Islam und Frauenrechten referiert, und stellt klar: »Wir bitten weder die Männer, die Religion noch das System um unsere Freiheit, denn das System ist weder fair noch demokratisch. Wie können wir von einem System etwas verlangen, welches Frauen abschlachtet? In Rojava haben wir ein System erschaffen, in dem wir keine religiöse Autorität und keinen Mann um unsere Stellung fragen oder bitten müssen. Wir haben ein System erschaffen, in dem wir Frauen für uns selbst Entscheidungen treffen können.« Damit hebt Asia Abdullah die Rolle der Frau in Rojava hervor, wo verschiedene ethnische und religiöse Gruppen gemeinsam versuchen, eine friedliche Zukunft zu gestalten.

Das Thema Frauen und Freiheit zieht sich – wie auch in Abdullah Öcalans Paradigma – als roter Faden durch die Konferenz und Surood Ahmed, Aktivistin aus Kerkûk hält fest: »Wir brauchen auch in Başûr eine Revolution! Frauen waren immer für Frieden verantwortlich, jedoch haben wir es nie in Führungspositionen innerhalb der politischen Strukturen geschafft; es sind immer die Männer, die regieren. Wenn es ein Quotensystem wie in Rojava gäbe, stellt euch nur vor, wie viele Frauen aufblühen würden! Zum jetzigen Zeitpunkt sind die Frauen aber kaum vertreten, bloß in der Musik und in der Filmindustrie. Ja, manchmal sind die Frauen ökonomisch unabhängiger, aber das heißt nicht, dass sich die Dinge zuhause geändert hätten. Die Frauen fürchten sich auch davor, zu erfolgreich zu sein, den Mann zu überholen, denn das könnte zu Gewalt führen: Der Mann maßregelt die Frau, aus Furcht vor Instabilität in der Familie. Wenn Frauen in höheren Positionen sind, dann weil sie innerhalb der Familie gewählt wurden, Frauen, von denen man weiß, dass sie sich der männlichen Dominanz fügen werden. Kurz, unsere Gesellschaft erlaubt es Frauen nicht, in Führungsrollen zu sein, es gibt keine Vorbilder von Anführerinnen.«

Immer wieder wird betont, dass ohne die Freiheit der Frau eine freie Gesellschaft nicht möglich ist, und wie viel der Mittlere Osten von den kämpferischen Frauen der kurdischen Freiheitsbewegung lernen kann. Denn diese setzen neue Maßstäbe innerhalb ihrer Gesellschaft, sehr oft unter großem Widerstand. Genau solche Maßstäbe brauchen die Menschen im gesamten Mittleren Osten, aber auch in anderen Teilen der Welt, wo die Frauen aus den politischen Prozessen herausgedrängt werden.

Die Diskussionen nach den Panels zeigen jedoch immer wieder auch die Differenzen zwischen den vier Teilen Kurdistans auf. So gibt es markante Unterschiede, zwischen dem, was momentan politisch, sozial oder ökonomisch möglich ist in Bakur oder Rojava, und dem, wie sehr das System in Başûr oder Rojhilat von den Erfahrungen der anderen Teile Kurdistans profitieren kann.

Die bunt und international zusammengestellten Panels zu Themen wie »Macht und das überholte Nationalstaaten-Modell im Mittleren Osten«, »Problematisierung der Wirtschaft«, oder »Demokratische Nation und Projekte der Demokratischen Autonomie« regten zu intensiven Diskussionen an. So wurde über die Stabilität der Region diskutiert, über die Freiheit und den Frieden der Völker im Mittleren Osten gesprochen, über Ökologie diskutiert oder die Macht des oft so willkürlichen Nationalstaates in Frage gestellt. So künstlich die Nationalstaaten der Region errichtet worden sind, so künstlich, aber tiefgreifend scheinen auch die Probleme des Nationalstaates zu sein, wenn man genauer hinschaut. Auf der Konferenz wurde immer wieder betont, dass – um von den Problemen wegzukommen – die Menschen Lösungsansätze jenseits von Profit, Macht, Nationalstaat, Patriarchat, Religiosität und Gewalt benötigen. Die Teilnehmer*innen der Konferenz haben nun einen Meilenstein in diesem Prozess gesetzt. Denn bislang wurden Diskussionen über Krieg und Frieden im Mittleren Osten immer im Westen oder außerhalb der Region geführt. Dies, obwohl lokale Akteur*innen so viel erreicht und zu diesen Diskussionen beizutragen haben und ein dringlicher Bedarf für ebensolche Plattformen besteht. So war es auch einer der Beschlüsse, dass fortan jedes Jahr in einem Land der Region eine solche Plattform geschaffen werden soll, damit der persönliche Austausch nicht abbricht.

Die drei Tage gehen zur Neige mit einer letzten Diskussionsrunde »Die Inhaftierung Abdullah Öcalans aufheben« und einer starken Überzeugung, dass Frieden im Mittleren Osten dann möglich ist, wenn die Teilnehmer*innen eine gemeinsame Hoffnung in ein konkretes politisches Projekt umsetzen. ♦

»Konferenz für Frieden und Stabilität im Nahen Osten mit den Gedanken Abdullah Öcalans«

Das Beharren der globalen Akteure auf dem Modell des Nationalstaats im Nahen Osten – am Beispiel der USA

Konferenzbeitrag von Samuel Jordan, Silêmanî, Südkurdistan (Nordirak), 19.–21. Juli 2016

Samuel Jordan ist ehemaliger Direktor des Programms zur Abschaffung der Todesstrafe bei Amnesty International USA. Auf einer »Solidaritätstournee für Menschenrechte« in der Türkei 1999 prangerte er für Amnesty International Menschenrechtsverletzungen an und plädierte für das Leben Abdullah Öcalans, der damals zum Tode verurteilt worden war.

(...) Überall wird der Nationalstaat hinterfragt. Dennoch ist der Nationalstaat das Gebilde der Wahl für die Vereinigten Staaten von Amerika bei der Verfolgung ihrer Ziele im Nahen Osten. Wie sind die Erfahrungen der USA mit diesem Modell im Nahen Osten und welche Lektionen haben wir gelernt?

Der Nationalstaat ist eine territorial definierte, zentral kontrollierte unabhängige Einheit, deren souveräne Autorität und deren Territorium erstens anerkannt sind von ihren Konkurrenten, deren souveränen Staaten und nationalen Gegenstücken und zweitens, häufiger, aber nicht immer, durch die Mehrheit ihrer eigenen Einwohner, der Nation. Die Anerkennung durch die internationale Staatengemeinschaft garantiert die Freiheit vor Einmischungen. Frühere territorial-spezifische Gebilde basierten auf Stämmen, ererbter Macht, sprachlicher, religiöser, autokratischer Grundlage oder Kombinationen dieser Faktoren. Der heutige Nationalstaat ist hingegen ein juristisches Modell, das durch das staatliche Gewaltmonopol und die schonungslose Jagd nach Profit zusammengehalten wird.

I – Von den 240 Jahren ihrer Existenz seit 1776 befanden sich die Vereinigten Staaten von Amerika 223 Jahre im Krieg, also in neunzig Prozent ihrer Geschichte.[1] In diesem Zeitraum haben die USA die Förderung des nationalstaatlichen Konzepts ihren eigenen ökonomischen und militärischen bzw. geopolitischen Ambitionen untergeordnet. Laut den Autoren einer »Politischen Zusammenfassung« für die »Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden« von 2003 wurden von mehr als 200 militärischen Einmischungen seit dem Jahr 1900 nur sechzehn als Manöver zur Errichtung einer Nation gewertet. Von diesen sechzehn Kriegen wurden nur vier als »mehr oder weniger erfolgreich« bewertet, nämlich Deutschland und Japan 1945, Grenada 1983 und Panama 1989.[2] Unter der Schirmherrschaft der USA ist die Schaffung von Nationen ein Prozess, durch den ein Nationalstaat in einem definierten Territorium gebildet oder wiedererrichtet wird, und zwar dadurch, dass mit Krieg oder der Androhung von Krieg unbegrenzter Zugang für die USA geschaffen wird für die Errichtung oder Wiedererrichtung einer geplanten Einheit entlang von Linien, die von den USA – und für die USA – vorgegeben werden. Die Errichtung von Nationalstaaten ist für die USA immer eine von vielen Kriegsbeuten gewesen.

Wo jedoch geopolitische und militärisch-ökonomische Faktoren von größter Wichtigkeit sind, haben die USA ihre Bereitschaft demonstriert, selbst auf den Anschein demokratischer Regierungsinstitutionen als Ziel der Staatenbildung zu verzichten. Tyrannen, Autokraten und antidemokratische Eliten sollen genügen. Der Schah von Iran, Pinochet in Chile oder die Ananas-Barone auf Hawaii seien hier genannt.

Die USA sind durchgängig zweigleisig vorgegangen im Konflikt zwischen ihren erklärten Prinzipien und ihrer Praxis: 122 afroamerikanische Männer in den ersten Monaten diesen Jahres durch die Polizei getötet, eine Gesamtzahl von 986 Tötungen

1 America Has Been At War 93 % of the Time – 222 Out of 239 Years – Since 1776, http://www.washingtonsblog.com/2015/02/america-war-93-time-222-239-years-since-1776.html

2 Lessons from the Past: The American Record on Nation Building, http://carnegieendowment.org/files/Policybrief24.pdf

durch Polizeibeamte für das Jahr 2015;[3] massive Einschränkungen der Bürgerrechte für farbige Wähler durch neue Richtlinien zur Wahlberechtigung in mindestens 17 Bundesstaaten;[4] die höchsten Prozentsätze und absoluten Zahlen für Masseninhaftierungen von Menschen afrikanischer Herkunft in der Weltgeschichte;[5] die am schnellsten wachsende Ungleichheit der Einkommen in der modernen Welt;[6] Hunderte Milliarden Dollar, die direkt von der Regierung an die größten Banken überwiesen wurden;[7] höhere Gesundheitskosten als in jedem anderen entwickelten Land, doch mit geringem Ergebnis;[8] erdrückende Schulden für Hochschulabsolventen;[9] mehr als sieben Millionen verlorene Stellen durch Outsourcing und Globalisierung;[10] stagnierende Löhne für eine Generation von Jugendlichen, die zum ersten Mal in der US-Geschichte nicht besser als ihre Eltern leben;[11] ein Bildungssystem auf dem 17. von 34 Plätzen bei Naturwissenschaften unter entwickelten Nationen;[12] die am schnellsten wachsende Gruppe von Kindern in Armut und Obdachlosigkeit;[13] und fehlende 1 440 Milliarden US-Dollar an Ausgaben für Reparatur und Erneuerung von Infrastruktur wie Brücken, Straßen, Schienen, Wasser, Elektrizität und Abwassersysteme[14]. Als Ergebnis schaut die ganze Welt einem inländischen Gemetzel zu, der Destabilisierung und dem sichtbaren Zerfall der USA.

Wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Ungleichheit sind inzwischen zum wichtigsten Charakteristikum der US-Gesellschaft geworden.

II – Wenn zunehmend brutalere Beziehungen zwischen Menschen mit verschiedenen Hautfarben, Ungleichheit quer durch die ganze Gesellschaft, wirtschaftliche Disfunktionalität und antidemokratische Regierungsinstitutionen die Kennzeichen der eigenen Gesellschaft im Lande geworden sind, was ist dann die Logik eines Modells des Nationalstaates, wie sie von den USA im Nahen Osten verfolgt wird? Sollten wir mehr erwarten als das, was die USA im Inland erreicht haben?

Die USA verfügen über eine aggressiv globalisierende Wirtschaft und zeigen damit ein nicht dauerhaft haltbares wirtschaftliches Profil. Gerade letzte Woche berichtete die Wall Street von einem neuen historischen Höchststand. Die Börsen erzielten Rekordumsätze. Doch die Feierlaune der Aktienbesitzer und Händler wurde von der US-amerikanischen Arbeiter- und Mittelschicht nicht geteilt. Die Denkfabrik »Center for American Progress« bemerkt in einem Bericht vom 2. Juni 2016, dass »man nach Ende der Rezession erwarten sollte, dass die Lohnquote steigt. Sie ist aber nicht gestiegen, sondern fällt seit dem Ende der Rezession und ist nun so niedrig wie Ende der 1970er Jahre.«[15] Eine ähnliche Krise in mangelnder sozialer und ökonomischer Nachhaltigkeit lauert in allen entwickelten Nationalstaaten überall auf dem Planeten.

Die Zeitschrift »Fortune« zitiert aus einem weltweiten Bericht von McKinsey unter der erschreckenden Überschrift »Ärmer als ihre Eltern«, der zeigt, dass der Trend zu stagnierenden oder fallenden Einkommen für Arbeiter der Mittelschicht nicht nur auf die USA beschränkt ist, sondern ein globales Phänomen ist, das Arbeiter aller wohlhabenden Staaten trifft.[16] Der Bericht fand heraus, dass rund 70 % aller Haushalte in 25 entwickelten Ökonomien fallende Einkommen im letzten Jahrzehnt hinnehmen mussten, im Vergleich zu gerade einmal 2 % aller Haushalte, die über die vorausgegangenen zwölf Jahre sinkende Einkommen hatten. Das bedeutet, dass im Zeitraum 1993–2005 weniger als zehn Millionen Menschen betroffen waren von gleichbleibenden oder fallenden Löhnen, diese Zahl aber im Zeitraum 2005–2014 auf 540 bis 580 Millionen Betroffene explodierte. Diese 540 Millionen Menschen sind mehr als die Bevölkerung aller Staaten der Europäischen Union zusammen, die EU hatte am 1. Januar 2016 nur 508 Millionen Einwohner.[17]

Die umfassende wirtschaftliche und politische Krise bei den globalen Akteuren selbst ist der Rahmen für unsere Diskussion zum Thema »Das Beharren der globalen Akteure auf dem Modell des Nationalstaats im Nahen Osten am Beispiel der USA«. Ökonomische und politische Krise sind ihr am deutlichsten

3 Final Tally: Police shot and killed 986 people in 2015, https://www.washingtonpost.com/national/final-tally-police-shot-and-killed-984-people-in-2015/2016/01/05/3ec7a404-b3c5-11e5-a76a-0b5145e8679a_story.html

4 Why Trump Will Win, https://www.linkedin.com/pulse/why-trump-win-william-michael-cunningham-am-mba

5 The Sentencing Project: Racial Disparity, http://www.sentencingproject.org/issues/racial-disparity/

6 Economic Inequality: It's Far Worse Than You Think, http://www.scientificamerican.com/article/economic-inequality-it-s-far-worse-than-you-think/

7 The Big Bank Bailout, http://www.forbes.com/sites/mikecollins/2015/07/14/the-big-bank-bailout/#5c5d82c73723

8 U.S. Healthcare from a Global Perspective, Commonwealth Fund, October 8, 2015

9 Cost of College Smothering Opportunity, https://votesmart.org/public-statement/656252/cost-of-college-smothering-opportunity#.V4p3sOgrKhc

10 Lori G. Kletzer, Globalization and Job Loss, from Manufacturing and Services (p. 42), https://core.ac.uk/download/files/153/6793105.pdf

11 Poorer Than Their Parents, McKinsey Global Institute, McKinsey and Company, July 2016

12 U.S. Falls In World Education Rankings, Rated 'Average', http://www.huffingtonpost.com/2010/12/07/us-falls-in-world-education-rankings_n_793185.html

13 Effects of Poverty, Hunger and Homelessness on Children and Youth, http://www.apa.org/pi/families/poverty.aspx

14 Report Card for America's Infrastructure 2013, http://infrastructurereportcard.org/a/#p/home

15 The State of the U.S. Labor Market: Pre-June 2016 Jobs Release, Center for American Progress, https://www.americanprogress.org/issues/economy/news/2016/06/02/138686ed555/the-state-of-the-u-s-labor-market-pre-june-2016-jobs-release/

16 Chris Matthews, The Death of the Middle Class is Worse Than You Think, July 13, 2016, http://fortune.com/2016/07/13/middle-class-death/

17 Eurostat, Population on 1 January, http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&plugin=1&language=en&pcode=tps00001

hervortretendes Produkt. Ökonomische und politische Krise sind ihr wichtigster Export.

III – Für die USA und die anderen globalen Akteure birgt das nützliche Modell des Nationalstaates im Nahen Osten die Hoffnung auf beispiellose militärische und zivile Macht. Wie wir aber schon in unserer vorangegangenen Diskussion festgestellt haben, gibt es nicht ein einziges Beispiel von Interventionen der USA im Nahen Osten, das man auch nur als »mehr oder weniger erfolgreich« einstufen könnte. Jedoch liegt die Verlockung des Nationalstaatsmodells in der Entfremdung seiner Bevölkerung vom Staat, der aber seine absolute Dominanz im Gebrauch von Gewalt beim Streben nach antidemokratischer Regierung und wirtschaftlicher Entwicklung bewahrt. Entfremdung durch den Staat richtet sich gegen das menschliche Bedürfnis nach der Schaffung einer kooperativen Gemeinschaft. Allein dieses Merkmal sichert dem Staat die Macht zur Entwaffnung der Nation, zur Organisierung eines dirigistischen Wirtschafts- und Politikbetriebes und zur Umwandlung des Gebietes des Nationalstaates in eine Buchhaltungseinheit.

Also ein militärisch-wirtschaftlicher Feldzug mit massiven Gewinnen und Verlusten im Bereich Hunderter von Milliarden Dollar und ein Aufführungsbereich des freien Marktes für die multinationalen Konzerne.

Die Kommerzialisierung der neokonservativen nationalen Sicherheitspolitik der USA und die daraus folgende Verzerrung von Verteidigungs- und Außenpolitik sowie Investitionsentscheidungen der Konzerne mittels des »endlosen Krieges« führten zu Kosten für die Kriege in Irak und Afghanistan im Bereich von 1 700 Milliarden US-Dollar, oder nach anderer Schätzung von 4 000 bis 6 000 Milliarden unter Berücksichtigung der langfristigen Kosten nach der Besetzung für Gehälter, Renten sowie Gesundheitsversorgung und Behinderungen.[18] Wenn wir noch die 461 000 kriegsbedingten Toten allein in Irak von 2003 bis 2011 hinzurechnen, werden die Kosten nicht mehr messbar. Die Weltbank schätzt, dass es die USA weitere 750 Milliarden Dollar kosten würde, um Syrien, Irak und Gaza wieder aufzubauen. Das beweist erneut die Charakterisierung der globalen Akteure vom gefangenen Nationalstaat als seelenloses, vermarktbares Werkzeug, also als ein an Insider zu verteilender Kuchen mit Preisschild.[19]

In Irak hat die Provisorische Zivilverwaltung der Koalition (Coalition Provisional Authority, CPA), das Besatzungsinstrument des US-Statthalters Paul Bremer, die CPA-Weisungen 12, 17, 39, 49 und 54 erlassen, die – in ihrer Gesamtheit angewandt – völlige rechtliche Immunität für ausländische Firmen gewähren: bei gleichen Investitionsbedingungen wie für irakische Investoren, doch der Möglichkeit, alle Dividenden und Profite unbegrenzt ins Ausland zu überweisen, bei 15 % Besteuerung und Steuerfreiheit für diejenigen, die mit der CPA Geschäfte machen. Diese Weisungen erlaubten es US-amerikanischen und multinationalen Unternehmen, die ira-

18 Mark Thompson, The True Cost of the Afghanistan War May Surprise You, TIME, January 1, 2015, http://time.com/3651697/afghanistan-war-cost/
18a. Iraq study estimates war-related deaths at 461,000, BBC News, 16 October 2016, http://www.bbc.com/news/world-middle-east-24547256

19 UN: Rebuilding Syria, Iraq and Gaza will cost $750bn, Middle East Monitor, September 16, 2014, https://www.middleeastmonitor.com/20140916-un-rebuilding-syria-iraq-and-gaza-will-cost-750bn/



Konferenz zu »Frieden und Stabilität im Mittleren Osten mit den Gedanken von Abdullah Öcalan« tagte in Başûr. Foto: ANF

kische Wirtschaft zu dominieren. Zusätzlich säuberte Bremer den öffentlichen Dienst von Baath-Anhängern und löste die irakische Armee auf – alles im ersten Jahr der US-Besatzung. So sieht das Beispiel USA aus.

Eine der unbeabsichtigten Konsequenzen der Verwendung des Nationalstaatsmodells durch die USA im Nahen Osten ist die Entmystifizierung des Nationalstaates selbst. Weder ist er magisch noch göttlicher Herkunft, sondern ein neutrales Instrument zur leichteren Beherrschung eines Volkes in all seinen sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aktivitäten und Bestrebungen, wenn es den Zielen der Selbstbereicherung einer einfallenden Übermacht und/oder nationalen Eliten unterworfen wird.

Die USA sind ein warnendes Beispiel. Es erinnert uns daran, dass große Gefahr besteht, wenn ein Volk nach einer Alternative zu antidemokratischer Tyrannei strebt. Trotzdem haben uns die USA bewusst gemacht, dass wir vom demokratischen Konsens der Gemeinden abhängen und von landesweiten Gruppierungen zur Bildung demokratischer Regierungsstrukturen. Und zur Schaffung umweltfreundlicher, nachhaltiger kommunaler Wirtschaften, die ethnische, Gender-, religiöse, kulturelle und linguistische Gleichheit postulieren als Voraussetzung für den Erfolg von Gesellschaften, die eine menschenwürdige Zukunft aufbauen.

Außerdem sind die USA ein Beispiel für die Unfähigkeit, die Lebensumstände der Menschen zu untersuchen und zu erklären, beim Aufbau einer dynamischen Gesellschaft zusammenzuarbeiten. Diese wiederum kann die menschlichen Stärken und Potentiale maximieren, die weitgehend im Modell des Nationalstaates unterdrückt werden. Beispielsweise ist Irak eine der Nationen des Nahen Ostens mit der jüngsten Bevölkerung, jedoch eine mit weit verbreiteten, eingeschränkten Kapazitäten für den Beitrag zur sozialen Entwicklung durch die Jugend.

Mehr als 28 % der Menschen im Nahen Osten sind zwischen 15 und 29 Jahre alt. Diese 108 Millionen junger Menschen sind die höchste Zahl junger Leute im Übergang zum Erwachsensein in der Geschichte der Region. Junge Menschen zwischen 15 und 24 bilden schätzungsweise 20 % der Bevölkerung in dreizehn von siebzehn Nationen des Nahen Ostens. Bei der Bevölkerung in den arabischen Ländern bilden junge Menschen das am schnellsten wachsende Segment, rund 60 % der Bevölkerung sind jünger als 25 Jahre. Damit ist diese Region eine der jugendlichsten auf der Welt, mit einem Durchschnittsalter von 22 Jahren im Vergleich zu 28 im weltweiten Durchschnitt.[20] Jedoch stellen die Jugendlichen laut »Arab Human Development Report 2009« geschätzte 51 % der Arbeitslosen in der Region – ein Anstieg von 44 % im Jahr 2005.

In Irak war Arbeitslosigkeit vor der Invasion mit 28,1 % im Jahre 2003 allgegenwärtig, doch nach den Anweisungen zur Säuberung von Baath-Anhängern wurden tausende Staatsangestellte entlassen und das Problem verschlimmerte sich. Die Arbeitslosenquote fiel 2007 auf 11,7 %, aber sie ist wieder auf gegenwärtig 15 % gestiegen, mit einer Quote von 30 % bei Jugendlichen, die auf den Arbeitsmarkt drängen.[21]

Vor den Demonstrationen am Tahrir-Platz 2011 zeigten Umfragen, dass sich junge Leute in Ägypten weitgehend von ihrem Land distanziert hatten. Nach Untersuchungen ließen sich nur 12 % der wahlberechtigten Jugend zur Wahl registrieren, weniger als 50 % sprachen auch nur über Politik, und weniger als 5 % beteiligten sich an irgendeiner Art von organisierter Aktivität. Bei der Freisetzung der gesellschaftsverändernden Energie durch die Widerstandsbewegung fanden Studien heraus, dass Jugendliche die Reduzierung der Armut, wirtschaftliches Wachstum, Gesundheit und eine Bildungsreform als wichtigste nationale Prioritäten betrachteten. Diese Angelegenheiten betreffen Jugendliche im gesamten Nahen Osten.[22]

Wenn Forderungen nach Gendergleichheit, einer Betonung der Führungsrolle für Frauen, gerechter Verteilung des Reichtums, demokratischer Beteiligung bei repräsentativen Versammlungen und Überwindung des korrupten Verhaltens der Führer des Nationalstaates zu diesen Punkten hinzugezählt werden, dann kann die demographische Gruppe der Jugend anerkannt werden als eine der energischeren Mitwirkenden an einer demokratisch-kommunalistischen Zukunft.

Das Beispiel der Jugend ist nur ein weiteres für demographische Gruppen, die, wenn sie sich an der sozialen Transformation durch den demokratischen Aufbau von Institutionen beteiligen, zeigen, dass das gesamte Potential der Menschen genutzt werden kann – ein Potential, das im Modell des Nationalstaates nicht aktiviert werden kann. Das Nationalstaatsmodell, wie es von den USA im Nahen Osten angewendet wird, zeigt, wie ungeeignet es ist, durch seine Gleichgültigkeit in Bezug auf die Aktivierung der Energien all der verschiedenen sozialen Gruppen, einschließlich der Frauen, Älteren, Studierenden, Umweltschützer, Bäuerinnen etc.

IV – Nach Betrachtung der vorangegangenen Diskussion zu den USA und dem Nationalstaatsmodell im Nahen Osten habe

20 Middle East and North Africa: Youth Facts, http://www.youthpolicy.org/mappings/regionalyouthscenes/mena/facts/

21 Maggie Wagner, Poverty in Iraq after the War, October 16, 2014, http://www.borgenmagazine.com/poverty-iraq-war/

22 Farzaneh Roudi-Fahimi, Shereen El Feki, and Tyjen Tsai, A Look at Egypt, Population Reference Bureau, February 2011, http://www.prb.org/Publications/Articles/2011/youth-egypt-revolt.aspx



Seit eineinhalb Jahren gibt es keinerlei Lebenszeichen von Abdullah Öcalan. Totalisoliert, ohne jeglichen Kontakt zur Außenwelt ist er auf der Gefängnisinsel Imralı. Wie hier in Afrîn gibt es an unzähligen Orten Initiativen und Aktionen für seine Freilassung. Foto: hawarnews

ich die Hoffnung, dass unter den anderen Beiträgen Kommentare sind, die unser Verständnis dieses Phänomens und besonders des Weges vertiefen, den ein entschlossenes Volk einschlagen könnte, um durch demokratisch-kommunalistische Entscheidungsfindung ein Fundament für Frieden und humanen Fortschritt ohne Krieg und furchtbare Herrschaft im gesamten Nahen Osten zu schaffen.

Ich fordere:

1. die weltweite Verbreitung der Lehren aus den autonomen Kantonen von Rojava mit Schwerpunkt auf den Anstrengungen zur Garantie gleicher Beteiligung von Frauen in Regierung und kommunaler Entscheidungsfindung und zur Debatte über die gerechte Verteilung gemeinschaftlichen Eigentums, einschließlich der natürlichen Ressourcen.[23]

2. globale Vernetzung durch »Diplomatie der Menschen« in wohlhabenden und sich entwickelnden Nationen, um Wissen und Unterstützung der Arbeit auszubauen, die wir hier leisten. Zum Beispiel unterstütze ich seit Jahren eine US-kurdische Solidaritätsinitiative, die Dialoge zwischen »richtigen Menschen« eröffnet, besonders mit Frauen und Gemeinschaften von Minderheiten, und die die allgemeine US-amerikanische Öffentlichkeit unterrichten könnte, die nicht vertraut ist mit der Untersuchung friedlicher Alternativen zu »teile und herrsche«. Es gilt, andere Menschen vertraut zu machen mit dieser Konferenz und den ernsthaften Anstrengungen, den Kurs der Gesellschaften im Nahen Osten zu ändern.

3. Wachsamkeit und Vorsicht bei anderen globalen Akteuren, die die Fehler der USA im Nahen Osten studiert haben und die »Herrschaft durch Bankschecks« vorschlagen statt militärische Besetzung, um die autonomen, demokratischen Entwicklungsansätze der Menschen zunichtezumachen.

4. Jede Anstrengung sollte unternommen werden, um die Arbeit dieser Konferenz und die des inhaftierten Abdullah Öcalan in die internationalen soziologischen und politischen Überlegungen einzubringen. Seine kontinuierliche Entwicklung sowie Beiträge, die unter elenden Entbehrungen und fehlendem Respekt für den Führer eines Volkes entstanden sind, sollen bekannt werden. Er hat immer wieder durch direkte friedliche Verhandlungen dem türkischen Staat die Möglichkeit geboten, dessen nationalistische Regierungspolitik aufzugeben sowie die Notwendigkeit für ein Ende des andauernden Krieges und gleichzeitig die Notwendigkeit einer gerechten Entwicklung für alle Menschen im Nahen Osten anzuerkennen. ♦

23 Samuel Jordan, Kobani is a key to the future of Middle East, Oct. 21, 2014, https://kurdishpolicy.org/2014/10/21/kobani-is-a-key-to-the-future-of-middle-east/

Die Befreiung von Minbic und die neue Ausgangslage für Rojava

Rojava ist ein Hort der Hoffnung für eine bessere Welt

Mako Qoçgirî, Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V.

Dieses Mal hat es sich tatsächlich gelohnt, das Verfassen dieses Artikels für den Kurdistan Report bis auf die letzte Sekunde vor dem absoluten Redaktionsschluss aufzuschieben, sonst hätte doch ein früheres Verfassen einer Analyse über die Situation in Rojava dazu geführt, dass die Befreiung der Stadt Minbic nicht in diesen Text hätte einfließen können. Denn während ich diese Zeilen niederschreibe, machen die Bilder der jubelnden Einwohner*innen von Minbic die Runde durch die Nachrichten der gesamten Welt. Und mit der Befreiung von Minbic durch die Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) eröffnet sich für die Revolution von Rojava eine neue Ausgangslage. Diese wollen wir uns im Folgenden genauer anschauen.

Minbic auf dem Weg zur Verbindung der Kantone Rojavas

Seit Januar 2014 kontrollierte der sogenannte Islamische Staat (IS) die nordsyrische Stadt Minbic. Am 73. Tag der Befreiungsoperation, die nach dem verstorbenen SDF-Kommandanten Faysal Abu Leyla benannt wurde, der selbst aus Minbic stammte, wurde die vollständige Befreiung der Stadt verkündet. Kurz nach dieser Nachricht strömten neben vielen anderen Orten auch die Menschen aus dem Kanton Efrîn auf die Straßen, um diesen wichtigen Erfolg zu feiern.

Für den Kanton Efrîn hat die Befreiung der Stadt durch die Demokratischen Kräfte Syriens nämlich eine ganz besondere Bedeutung. Für sie wächst dadurch die Hoffnung, dass in naher Zukunft eine Verbindung zwischen ihnen und den anderen beiden Kantonen Rojavas entstehen könnte. Denn Minbic ist wohl der strategisch wichtigste Ort zwischen den Kantonen Kobanê und Efrîn. Auch für den IS hatte die Stadt eine wichtige Bedeutung, lag sie doch auf dem Verbindungsweg zwischen der türkisch-syrischen Grenzstadt Cerablus (Dscharabulus) und der vermeintlichen Hauptstadt des »Kalifats« Raqqa. Cerablus ist die letzte verbliebene Stadt des IS, die an der direkten Grenze zur Türkei liegt, und spielt deshalb für die Islamist*innen eine strategisch herausragende Rolle. Bei allen öffentlichen Bekundungen der türkischen Regierung, dass man Teil im internationalen Kampf gegen den IS sei, über diese Grenze findet weiterhin ein reger Grenzhandel mit dem sogenannten »Islamischen Staat« statt, hier werden weiterhin islamistische Kämpfer, Waffen und Logistik eingeschleust. So tauchten kurz vor der Befreiung von Minbic bereits Meldungen auf, wonach allein im letzten Monat bis zu 450 Kämpfer des IS über die türkische Grenze nach Cerablus gelangt seien. Es scheint ganz so, als leiste die Türkei wieder einmal ihrem geheimen Partner im Kampf gegen Rojava Nothilfe.

Doch Cerablus im Norden von Minbic scheint zumindest vorerst nicht das primäre Ziel der Demokratischen Kräfte Syriens zu sein. Denn kurz nach der Befreiung der Stadt wurde unter dem Dach der SDF die Gründung des Militärrats von al-Bab verkündet. Al-Bab liegt im Westen von Minbic, also auf der Route in Richtung des Kantons Efrîn. Doch die Gemengelage in der nördlich von Heleb (Aleppo) gelegenen Shehba-Region vor den Toren Efrîns, zu der auch die Stadt al-Bab gehört, ist äußerst komplex. Neben dem IS sind dort nämlich auch die islamistischen Gruppierungen der Islamischen Front und der Al-Nusra-Front (die sich neuerdings Jabhat Fath al-Sham nennt) sowie das syrische Regime präsent.

Die internationale Anti-IS-Koalition, welche durch ihre Luftangriffe bei der Befreiung von Minbic tatkräftig mitgewirkt hat, wird zugleich darauf setzen, dass die SDF ihren Fokus auf die IS-Hauptstadt Raqqa schwenkt. Eine entsprechende Operation der SDF zur Befreiung des Nordens von Raqqa wurde ja bereits vor Beginn der Minbic-Operation verkündet. Allerdings wurde in der Folgezeit kaum über diese Front berichtet. Die politischen Kräfte Rojavas haben hingegen immer wieder deutlich gemacht, dass eine militärische Beteiligung ihrer Verteidigungseinheiten an einer großangelegten Befreiungsoperation gegen Raqqa direkt in Zusammenhang mit einer politischen Anerkennung der Selbstverwaltung von Rojava und der Demokratischen Föderation Nordsyrien steht. Was da der Stand der Verhandlungen ist, bleibt für Außenstehende

unklar. Jedenfalls wurde bis dato kein positiver Ausgang des diplomatischen Verkehrs aus der Perspektive Rojavas verkündet.



Große Freude nach der Befreiung. Nach 73 Tagen konnt Minbic vom IS befreit werden. Foto: hawarnews

Doch auch wenn die diplomatischen Erfolge noch weitgehend ausbleiben, so schreiten die militärischen und gesellschaftlichen Errungenschaften der Revolution von Rojava weiter voran. Unverkennbar ist auch, dass die Revolution mittlerweile deutlich über die kurdische Community von Rojava hinausstrahlt. Denn an der erfolgreichen Operation zur Befreiung von Minbic waren verschiedene arabische Kampfverbände unter dem Dach der Demokratischen Kräfte Syriens beteiligt. Ähnlich bunt sieht die Konstellation des Militärrats für die Stadt al-Bab aus. Und in multikulturellen Städten wie Girê Spî, Hesekê und Qamişlo wird die demokratische Selbstverwaltung jenseits von ethnischen und religiösen Grenzen ohnehin seit Längerem erfolgreich praktiziert. So sehr der IS also mit seiner menschenverachtenden und faschistischen Ideologie die Dunkelheit über den Mittleren Osten hat hereinbrechen lassen, ebenso sehr bringt die demokratische und pluralistische Revolution von Rojava Licht in die Region. Und seit geraumer Zeit verdrängt das Licht Rojavas Schritt für Schritt die Dunkelheit des IS.

Mein persönliches Resümee

Als ich vor Kurzem beim diesjährigen Weltsozialforum in Montreal auf der Suche nach interessanten Seminaren war, entschloss ich mich auch bei einem Workshop zur Situation in Rojava reinzuschnuppern. Mich interessierte besonders, wie die Teilnehmer*innen des Weltsozialforums über die Revolution in Rojava diskutieren. Doch wie so oft beim diesjährigen WSF wurde kurzfristig die Räumlichkeit der Veranstaltung verändert und weil die Räume nicht immer so leicht zu finden waren, irrte ich schließlich mit einem Franzosen und einem Kanadier durch die Gänge der Universität von Montreal. Als langsam klar wurde, dass wir den richtigen Raum nicht mehr finden würden, fing ich eben an, mit den Zweien darüber zu sprechen, weswegen sie zum Rojava-Seminar wollten. Beide waren sehr gut über die Situation vor Ort und das Gesellschaftsmodell von Rojava informiert. Und beide erklärten, dass wohl die Revolution von Rojava derzeit für sie so ziemlich das Einzige sei, das ihnen als politisch linken Menschen Kraft und Hoffnung gibt.

Einen Tag später erfuhr ich über die Homepage von Firatnews, dass die Stadt Minbic endlich vom IS befreit worden war. Als ich mir später auf der Internetpräsenz der Nachrichtenagentur Hawarnews (ANHA) die ersten Videos aus der Stadt anschaute, berührten mich die Bilder der Frauen und Männer, die ihre neu gewonnene Freiheit bejubelten, sehr. Zu sehen waren Frauen, die ihre Vollverschleierung endlich ablegen durften und die Kämpferinnen der YPJ umarmten, und Männer, die vor Glück über die Befreiung in Tränen ausbrachen oder sich öffentlich die Bärte abrasierten.

Die Aussagen der zwei Jungs auf dem WSF und die Bilder aus der befreiten Stadt Minbic zusammengenommen vergegenwärtigten mir nochmal, welche Bedeutung die Revolution von Rojava für die Menschen vor Ort ganz konkret und für linke und fortschrittliche Menschen und Aktivist*innen auf der ganzen Welt hat. Rojava ist ein Hort der Hoffnung für eine bessere Welt. Und aus diesem Grund sollten wir alle es als unsere Pflicht begreifen, diese Revolution zu verteidigen und zu stärken. ♦

Jineologie bedeutet Frauenwissenschaft und zugleich auch Lebenswissenschaft

»Warum Jineologie?«

Gönül Kaya, Aktivistin der kurdischen Frauenbewegung

Der Beitrag »Warum Jineologie« wurde bereits auf der Jineologie-Konferenz, die vom 28. Februar bis 2. März 2014 in der Uni Köln stattfand, von Gönül Kaya gehalten. Die Konferenz war von dem Frauenbegegnungszentrum Utamara, dem Kurdischen Frauenbüro für Frieden Cenî und der Internationalen Stiftung der Freien Frauen organisiert worden.

Liebe Frauen, sehr geehrte Gäste,

zu Beginn meines Beitrags möchte ich Sie alle herzlich willkommen heißen.

Ich gratuliere allen, die ihren Beitrag zum Gelingen dieser Konferenz, welche ich aus Sicht der Geschichte des Frauenbefreiungskampfs als wichtigen Schritt bewerte, geleistet haben. Außerdem möchte ich allen Frauen, welche über die Zeiten hindurch im Kampf für Freiheit und Gleichberechtigung Widerstand geleistet und große Opfer gebracht haben, meinen Respekt, meine Liebe und Dankbarkeit aussprechen. Vor allem den am 9. Januar 2013 in Paris ermordeten kurdischen Frauen Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez, denen diese Konferenz gewidmet ist.

Der Titel meines Redebeitrags lautet »Warum Jineologie?«. Die Jineologie wird von der Freien Frauenbewegung Kurdistans als eine wichtige Stufe in ihrem seit etwa 30 Jahren andauernden intellektuellen, ideologisch-politischen Selbstverteidigungs- und Organisierungskampf gewertet. Diese von der kurdischen Frauenbewegung, den Frauenbewegungen der Welt, all denen, die sich mit diesem Thema beschäftigen, also Ihnen allen dargereichte Jineologie möchte ich – wenn auch nur kurz – in ihren Grundrissen vorstellen.

Die Jineologie wird im Freiheitskampf der kurdischen Frauen als die »Bildung eines Frauenparadigmas« bezeichnet. Dies stellt aus Sicht der kurdischen Frauenbewegung eine neue Phase dar. Die kurdische Frauenbewegung entstand und entwickelte sich innerhalb des kurdischen Volksbefreiungskampfs. Ab 1987 begann sie in Kurdistan mit spezifischer und autonomer Frauenorganisierungsarbeit. Nach dieser Entwicklung geschahen in Kurdistan wichtige Veränderungen und Wandlungen, welche auch den gesellschaftlichen Kampf bestimmt haben. Die kurdische Frauenbewegung hat einerseits ihre spezifische und autonome Organisierung intern vorangetrieben, aber andererseits auch ihre Ergebnisse in alle Bereiche des gesellschaftlichen Kampfs getragen und somit geteilt. Die 1989 gegen die Kolonialisierung Kurdistans begonnenen Volksaufstände – auf Kurdisch Serhildans – wurden von Frauen angeführt. Aus Sicht der Gesellschaft in Kurdistan war dies der Beginn einer nationalen Widerstandsphase mit einem neuen, Frauen ins Zentrum rückendem Charakter. In diesem Sinne hat die Frauenbewegung ihre theoretischen und praktischen Arbeiten auf Feldern wie Intellekt, Politik, Gesellschaft, Kultur und Selbstverteidigung vorangetrieben. Die folgenden wichtigen Etappen sind: 1993 – Gründung der Frauenarmee, 1996 – Theorie und Praxis der Loslösung vom patriarchalen System, nach 1998 – Frauenbefreiungsideologie, 1999 – Parteiwerdung, ab 2000 Aufbau des demokratischen Gesellschaftssystems im Sinne des Paradigmas der demokratischen, ökologischen und geschlechterbefreiten Gesellschaft. In diesem Rahmen Aufbau von Frauenräten, -akademien und -kooperativen. Zusammen mit dem Leitsatz »Die Befreiung der Frau ist die Befreiung der Gesellschaft« konzentrierte sich die Frauenbewegung auf ideologische, philosophische und intellektuelle Arbeiten. Im Rahmen der Einheit von Theorie und Praxis arbeitete sie auf eine Umwandlung des Denkens von Frau und Gesellschaft sowie eine Steigerung des Bewusstseins hin. Hierbei suchte sie nach Antworten auf Fragen wie »Wer ist die Frau?«, »Wo kommt sie her?«, »Wo geht sie hin?«, »Wie hat sie bis heute gelebt?«, »Wie sollte Frau leben?«, »Was für eine Gesellschaft?« und entwickelte eine Kritik des herrschenden Wissenschaftssystems.

Wie Sie alle wissen, haben in der Geschichte Herrschende und Machtträger ihre Systeme zunächst im Denken errichtet. Als Verlängerung des patriarchalen Systems ist ein Feld von So-

zialwissenschaften geschaffen worden, welches vom Charakter her männlich, klassenspezifisch und sexistisch ist. Dieses Feld ist wiederum in verschiedene, voneinander losgerissene Teile zerstückelt. Die Umsetzung der Deutungen dieser Wissenschaften hat für die Natur, die Gesellschaft und den Menschen zerstörerische Resultate mit sich geführt: die Normalisierung von Militarismus und Gewalt, die Vertiefung von Sexismus und Nationalismus, die haltlose Weiterentwicklung von Technologie, vor allem der Waffentechnologie, für die Kontrolle von Gesellschaft und Individuen, die Zerstörung der Natur, Nuklearenergie, krebsartige Urbanisierung, demographische Probleme, unökologischer Industrialismus, gordische Knoten für soziale Fragen, extreme Individualisierung, die Zunahme sexistischer Politik und Praxis gegenüber Frauen, nur auf dem Papier existierende Rechte und Freiheiten ...

An diesem Punkt kommen wir zum Jineologie-Vorschlag. Es wurde die Feststellung gemacht, dass die Überwindung des Systems eines herrschaftlichen Wissenschaftsfelds und die Errichtung eines alternativen Systems von Wissenschaften notwendig sind. Außerdem gelangte mensch zu der Perspektive, dass das bestehende Feld der Sozialwissenschaften von gesellschaftlichem Sexismus befreit werden muss.

Der Begriff der Jineologie ist zum ersten Mal vom kurdischen Repräsentanten, Herrn Abdullah Öcalan, in seinen Schriften ab 2003, konkret in seinem Werk »Die Soziologie der Freiheit«, benutzt worden. Öcalan brachte zum Ausdruck, dass die Notwendigkeit besteht, dass Frauen und alle Individuen, Gesellschaften und Völker, die nicht Träger von Macht und Staat sind, ihre eigenen und freien Sozialwissenschaften entwickeln, dass diese Wissenschaften Soziologie der Freiheit genannt werden können, dass diese wiederum auf Grundlage von Jineologie entwickelt werden kann, dass auch Bewegungen, die mit dem Ziel einer freien, gleichen und demokratischen kommunalen Gesellschaft kämpfen, ein großes Bedürfnis nach Jineologie haben.

Der Begriff Jineologie bedeutet »Frauenwissenschaft«. »Jin« ist kurdisch und bedeutet »Frau«. Logie stammt vom griechischen Begriff für Wissen ab. »Jin« wiederum stammt vom kurdischen Begriff »Jiyan« ab, welcher »Leben« bedeutet. Im indoeuropäischen Sprachgebrauch und im Mittleren Osten sind Jin, Zin oder auch Zen, die alle »Frau« bedeuten, gleichbedeutend mit Leben und Vitalität.

In der Menschheitsgeschichte wird das Geschlecht der Frau als erste Existenz, die Erkenntnis über das eigene Selbst gewonnen hat, bewertet. Das Leben und die Sozialität wurden auf Grundlage von moralischen und politischen Prinzipien mit der Frau im Zentrum gestrickt. Die natürliche Gesellschaft mit ihren moralischen und politischen Werten wurde von der Frau errichtet. Zwischen der Frau und dem Leben besteht ein nicht zu lösendes Band. Gegenüber der Wirklichkeit des Lebens ist die Frau umfassender. Die Frau stellt sowohl als Körper als auch als Bedeutung den umfassendsten Teil der sozialen Natur dar. Dies ist der Grund für eine derartige Gleichsetzung der Frau mit dem Leben. Die Frau steht für das Leben, das Leben symbolisiert die Frau. Aus diesem Grund wird die Jineologie als Frauenwissenschaft zugleich auch als Lebenswissenschaft bezeichnet.

Bei genauer Betrachtung der patriarchalen Systemetappen, beginnend mit der sumerischen Zivilisation, wird deutlich, dass die Herrschenden bis zum heutigen Tag ihre Machtpositionen zunächst im Denken errichtet haben. Beispielsweise die Unterscheidung von Subjekt und Objekt in den modernen Wissenschaften ist in gesellschaftlichen Strukturen zunächst im Geiste errichtet worden. Mit dieser Fiktion wurde der Gesellschaft eingetrichtert, dass Mann Subjekt, Frau Objekt, Herr Subjekt, Knecht Objekt, Staat Subjekt, Gesellschaft Objekt sei. Diese Machtlogik hat sowohl Frau als auch Gesellschaft an diese Unterscheidung von Herrschenden und Beherrschten glaubend gemacht. Mythologie, Philosophie und Wissenschaft hat sie sich hierfür zunutze gemacht. Das Paradigma des gesellschaftlichen Sexismus ist in diesem Sinne aufgebaut worden.

Wissensgefüge bedürfen, ihrer Natur entsprechend, freie Diskussion. Aber wenn wir uns die Beziehung zwischen Wissen und Macht anschauen, ist dies nur schwer zu erkennen. In diesem Zusammenhang ist die Hinterfragung von patriarchalen, machtzentrierten Strukturen notwendig. Ebenso beginnend mit einer Epistemologie zugunsten von Mensch, Frau, Natur und Gesellschaft besteht die Notwendigkeit für eine neue Untersuchung, Deutung, Erneuerung und Bewusstwerdung. Die Prinzipien, Hypothesen und Ergebnisse der bestehenden Sozialwissenschaften müssen erneut und kritisch erörtert werden. Richtige und falsche Informationen müssen voneinander getrennt werden. Es ist von großer Bedeutung, dass wir eine wahrheitsgemäße Deutung der geschichtlichen Gesellschaft erreichen.

Die Frau stellt auch heute eine Realität dar, auf der die meisten Politiken betrieben werden. Diese Politiken werden nicht entwickelt, um die Frau zu befreien oder ihren Willen zu stärken. Aufgrund dieser Politiken wird die Frau stärker unterdrückt, auf feine oder harte Weise getötet, ihre Vergangenheit und ihre Gegenwart verdunkelt. Heute stehen Wissen und Wissenschaft an vorderster Stelle der grundlegenden Machträume. Bei der ständigen Reproduktion von frauen- und gesellschaftsfeindlichen Ideologien und Politiken in den Bereichen Politik, Gesellschaft, Ökonomie, Religion, Technologie, Philosophie etc. spielen die Wissenschaften eine große Rolle. Die Verknüpfung zwischen Wissen und Macht zusammen mit

der Ausgrenzung von Ethik ist vor allem in diesem Zeitalter unbegrenzt vorangetrieben worden. Der sexistische Charakter der Wissenschaft hat am meisten in diesem Zeitalter Probleme als unlösbar erklärt und vertieft.

Die Sozialwissenschaften im generellen Sinn überdecken den Fakt, dass es sich bei der Frau um eine soziale Wirklichkeit handelt. Das herrschende Verständnis von Wissenschaft legt das, was der Frau gehört, angefangen in der Geschichte, nicht frei. Bei der Beschreibung der Frau und ihrer gesellschaftlichen Rolle definiert das herrschende Wissenschaftsverständnis Statuten über die biologischen Unterschiede zwischen Frau und Mann. Beispielsweise ausgehend von ihrer Gebärfähigkeit soll weisgemacht werden, dass sie allein »auf Emotionalität gestützt« handele. Oder aufgrund der körperlichen Unterschiede des Mannes wird behauptet, Gewalt sei Teil seiner Natur. Gleiches soll mit wissenschaftlichen Begriffen und Experimenten bewiesen werden. Auf diese Weise werden der Frau eine passive, dem Mann wiederum eine aktive Rolle zugeschrieben. Unterwerfung und Gewalt werden als zur Natur des Menschen gehörende, unüberwindbare Tatsachen dargestellt. Die Wissenschaft wird hierfür instrumentalisiert und die Standbeine des Systems werden somit gefestigt.

Die Freie Frauenbewegung Kurdistans bewertet das 21. Jahrhundert als das Jahrhundert der Frauen und Völker. Die Frage der Freiheit der Geschlechter und aller Unterdrückten hat sich niemals zuvor so brennend gestellt. Eine dementsprechende Organisierung sowie Entwicklung von alternativen Systemen und Strukturen ist unentrinnbar.

Bis zum heutigen Tag haben viele feministische Forscherinnen wichtige Arbeiten geleistet, in denen die Verknüpfung zwischen Wissen und gesellschaftlichem Sexismus aus verschiedenen Perspektiven dargestellt worden ist. Mit diesen Arbeiten haben sie dargestellt, dass die ab dem 17. Jahrhundert entstandene moderne Wissenschaft eine männliche Sprache und Struktur besitzt. Sie haben gezeigt, dass das Problem in der Beziehung zwischen Subjekt und Objekt, welches die Grundlage des wissenschaftlichen Wissens darstellt, von Beginn an mit sexistischen Metaphern gedacht worden ist. Beispielsweise haben sie uns gezeigt, wie sehr die moderne Wissenschaft im Denken von Francis Bacon, welcher als Gründer der modernen Wissenschaft gilt, eine sexistische Haltung und Sprache aufweist. Bacon schuf das Wissensverhältnis zwischen Natur und Menschengeist als wahres Herrschaftsverhältnis. Dabei nutzte er nur zu gern die patriarchale Familie und die Ehe als Metaphern und ebenso betrieb er Hexenjagd. Aus Sicht von Bacon, dem das Zitat »Wissen ist Macht« gehört, ist Vernunft männlich, Natur weiblich. Das Verhältnis zwischen der vom Körper abstrahierten Vernunft und der als seelenloses Material abgestempelten Natur kann Bacon zufolge nur ein Verhältnis von Bemächtigung, Eroberung, Verleitung sein. Und so stellt seine Utopie von Neu-Atlantis eine Insel von Männern, welche Wissen und Wissenschaft zur Grundlage ihrer Macht machen, dar.

Im modernen Wissensverständnis besteht eine Konstituierung des Selbst als herrschendes Subjekt, indem eine Absonderung vom »Anderen«, d. h. der Natur und dem Weiblichen, sowie eine Objektivierung dieses stattfinden. Aus diesem Grund wird das »Andere« kontrolliert und unter Gewaltherrschaft gesetzt. Beispielsweise bei Descartes werden intuitive, empathische Elemente aus Wissenschaft und Philosophie ausgegrenzt. Dies drückt ein vermännlichtes Verständnis von Wissenschaft aus. Auch der Positivismus stellt die Grundlage dieses Wissensverständnisses dar. Realitäten werden so voneinander losgelöst, Probleme werden jeglicher Definition beraubt, die Gründe von Problemen werden innerhalb aktueller Grenzen gesucht, historische Wurzeln werden außer Acht gelassen. Dieser Sichtweise nach ist Geschichte leblos. Sie wurde durchlebt und hat ihr Ende erreicht. Darüber hinaus stellt aus Sicht des Positivismus, welcher universelle Gesetze auf die Gesellschaft anwendet, das Faktum die einzige, unveränderbare Wahrheit dar.

Diese sexistische und parteiische Wissenschaft erklärt Geschichte, Politik, den gesellschaftlichen Bereich, Ökonomie, Kultur, Kunst, Ästhetik und andere Themenbereiche der Sozialwissenschaften entsprechend ihrem Machtverständnis. Die Haltung der bestehenden Wissenschaften gegenüber der Frau, der Natur und allen Unterdrückten ist parteiisch.

Wissenschaftlerinnen, feministische Bewegungen und Akademikerinnen haben mit ihren Forschungen und kritischen Analysen einen wichtigen Beitrag geleistet, welcher unsere Arbeiten zur Jineologie stärkt. Wertvolle Werke haben die männliche Analyse von Geschichte ans Tageslicht gerückt. Darüber hinaus gibt es weltweit Frauenuniversitäten, Frauenforschungslehrstühle, Frauenforschungszentren. Es gehört zu den wichtigsten Zielen der Jineologie, eine Brücke zu diesen wichtigen Errungenschaften zu schlagen. Außerdem ist es aus Sicht von Frauen notwendig, gemeinsam ein alternatives Feld von Sozialwissenschaften zu schaffen, das System der Frauenwissenschaften zu errichten, die momentane Verstreutheit zu überwinden, den wissenschaftlichen Fluss und Verknüpfungen zu stärken.

Die Freie Frauenbewegung Kurdistans bewertet das 21. Jahrhundert als das Jahrhundert der Frauen und Völker. Die Frage der Freiheit der Geschlechter und aller Unterdrückten hat sich niemals zuvor so brennend gestellt. Eine dementsprechende Organisierung sowie Entwicklung von alternativen Systemen und Strukturen ist unentrinnbar. Eine umfangreiche Analyse und Überwindung von gesellschaftlichem Sexismus stellt aus unserer Sicht ein wichtiges Ziel dar. Die Freie Frauenbewegung Kurdistans schlägt in diesem Zusammenhang die Jineologie sowohl für die Lösung der größten Widersprüche unseres Zeitalters als auch für den Aufbau der Geisteswelt der Frau als Methode vor.

Die Jineologie stellt einen Vorschlag für radikale Intervention in die patriarchale Geisteshaltung und das patriarchale Paradigma dar. In diesem Sinne handelt es sich bei der Jineologie um einen epistemologischen Prozess. Erzielt wird ein direkter Zugang der Frau und der Gesellschaft zum Bereich des Wissens und der Wissenschaft, welcher momentan von den Herrschenden kontrolliert wird. Ziel ist es, der Frau und der Gesellschaft, welche von ihrer Wahrheit losgelöst worden sind, den Weg zu ihrer Wurzel und ihrer Identität zu öffnen. Die Frau soll ihre eigenen Disziplinen bilden, eigene Deutungen und Bedeutungen erreichen und diese mit der gesamten Gesellschaft teilen.

Die kurdische Frauenbewegung hat 2011 mit dem Aufbau des Felds der Jineologie begonnen. Sie schafft ein Bildungssystem für Frauen und die Gesellschaft sowie Frauenakademien. Es werden Diskussionen zu Themenfeldern wie Frauen und Sozialwissenschaften, Frauen und Ökonomie, Frauen und Geschichte, Frauen und Politik, Frauen und Demographie sowie weiblicher Ethik und Ästhetik geführt.

Es ist notwendig, die Existenz von Frauen in all ihren Dimensionen wissenschaftlich auszudrücken, ebenso wie jegliche Erkenntniskonstruktionen in Zusammenhang mit der Geschichte, Gesellschaft, Natur und dem Universum vergleichend und systematisch zu kritisieren und zu interpretieren. Die Frau ist eine universale, soziale, historische und ganzheitliche Existenz, deren Ursprung in der Natur liegt, daher erfordert die Definition weiblicher Existenz einen radikalen und umfassenden Wandel von Erkenntnis und Geist. Von der Kolonialisierungsgeschichte des weiblichen Geistes über die ökonomische, soziale, politische, emotionale und physische Kolonialisierung wird eine Positionierung der Frauen benötigt. Dies ist notwendig, um die wissenschaftlichen Daten und Interpretationen zu vertiefen und miteinander zu verschmelzen, die bisher im Feld der Erkenntniskonstruktionen, Psychologie, Physiologie, Anthropologie, Ethik, Ästhetik, Ökonomie, Geschichte, Politik, Demographie etc. erlangt wurden, und sie zu einem wissenschaftlichen System zusammenzufügen. Die Lösung des Freiheitsproblems von Frauen wird durch Organisationen und Strukturen, die auf solch einem ausgedehnten, ganzheitlichen Feld von Wissen und Wissenschaft aufbauen, möglich sein.

In der gesamten Geschichte der Menschheit haben Frauen und Unterdrückte als Akteure für Freiheit und Demokratie Widerstand geleistet. Dennoch war es nicht möglich, das bestehende, dominante System zu überwinden. Das Hauptproblem ist, dass die Kräfte für Frieden und Demokratie es nicht geschafft haben, ein System für ihre Werte von Frieden, Gleichheit und Gerechtigkeit zu schaffen, zu historisieren und sie von den Parametern der Macht loszulösen. Systematisierung und Historisierung erfordert vor allem den Aufbau alternativer Paradigmen in den Köpfen.

Daher ist es für uns, als Frauenfreiheitsbewegung, von besonderer Wichtigkeit, eine Mentalität zu schaffen, z. B. ein Feld innerhalb der Sozialwissenschaften, die Frauen und die Gesellschaft ins Zentrum rückt. Wir müssen in der Lage sein, den Geist unseres alternativen Systems zu schaffen. Was ist, wenn dies nicht geschieht? Im Namen einer Alternative werden dieselben Denkmuster, Methoden und Instrumente des herrschenden Systems – das System selbst – erneut wiederholt und reproduziert, dieses Mal im Namen der Frauen und der Unterdrückten.

Dies ist ein weiteres Argument für die Jineologie. Ihr Ziel ist es, das Paradigma der Macht auf der einen Seite zu entschlüsseln und auf der anderen Seite die Lösung voranzubringen. Es ist nicht ausreichend, das existierende System nur zu kritisieren, seine Unzulänglichkeiten aufzudecken oder zu sagen, wie eine Alternative aussehen sollte. Es ist wichtig, sich selbst von der Krankheit des Liberalismus zu befreien, der besagt: »Übe Kritik. Sag mir, wie es sein sollte. Sag mir, was die Lösung ist, aber setze die Lösung nicht in die Tat um, gib nur vor, dies zu tun.« Für ein gutes, gerechtes und schönes Leben ist Erkenntnis allein nicht länger ausreichend. Es ist notwendig, das existierende System zu überwinden und ein neues aufzubauen, das über die Grenzen des alten hinausgeht.

Als Frauenbewegung und soziale Bewegung, die gegen das kapitalistische und patriarchale System kämpft, müssen wir eine neue Phase des Wandels und der Transformation durchlaufen. Das kritische Hinterfragen des Einflusses des existierenden Systems auf unser Denken und unser Handeln muss weiter vertieft werden. Zweifellos haben die Erfahrung, der Wandel, die Transformation und der Erneuerungsprozess der Frauenbewegungen den Weg für dieses kritische Hinterfragen bereitet. In diesem Sinne ist Jineologie Ergebnis und Fortsetzung bisheriger Erfahrungen und Bemühungen von Frauenbewegungen. Sie zeigt sich als eine Realität, die auch Feminismus

beinhaltet. Während sie sich selbst das Ziel setzt, einen Schritt weiter zu gehen, ist es ihr Grundsatz, auf dem Weg der Erfahrungen von Frauenbewegungen zu wandern.

Es besteht die Notwendigkeit, Frauen als soziale Realität zu konzeptualisieren, ihre Existenz entsprechend ihrer eigenen Realität zu definieren, zu erklären, was nicht dazugehört, das »Wie« ihrer Befreiung zu bestimmen und die Spezifikationen des Frauseins zu diesem Zweck zum Ausdruck zu bringen.

Außerdem ist es wichtig, Wissen und Wissenschaft nicht aus dem sozialen Feld herauszulösen, nicht zu elitisieren, sie nicht zur Basis der Macht zu machen und die gesellschaftlichen Beziehungen stets stark zu erhalten. In natürlichen Gesellschaften, vor der patriarchalen Zivilisation, waren Wissen und Wissenschaft Teil der ethischen und politischen Gesellschaft. Solange die wesentlichen Bedürfnisse dies nicht erforderten, war es nicht möglich, Wissen zu einem anderen Zweck zu verwerten. Einhergehend mit der patriarchalen Zivilisation wurden Frauen und die Gesellschaft ihres Wissens und ihrer Wissenschaften beraubt. Machthaber und Regierungskräfte wurden mithilfe von Wissen und Wissenschaft stärker. Dies hat zur radikalen Abtrennung von Wissen von der Gesellschaft geführt, insbesondere von Frauen. Jineologie möchte diese Verbindung wieder herstellen.

Jineologie wird es uns möglich machen, die Verknüpfung von Wissen und Freiheit wieder herzustellen, die voneinander getrennt wurden. Denn es besteht ein wichtiger Zusammenhang zwischen Wissen und Freiheit.

Die Analyse der Geschichte der Kolonialisierung der Frau setzt voraus, die Menschheitsgeschichte neu zu schreiben, und wird somit einen aufschlussreichen und aufklärerischen Charakter haben. Gemeinsam mit der ausgedehnten und grundlegenden Bewertung der tiefgehenden Versklavung von Frauen wird es auch möglich sein, die Chiffriercodes der in sie eingehämmerten Versklavung aufzulösen.

Jineologie wird es uns möglich machen, die Verknüpfung von Wissen und Freiheit wieder herzustellen, die voneinander getrennt wurden. Denn es besteht ein wichtiger Zusammenhang zwischen Wissen und Freiheit. Wissen erfordert Freiheit, Freiheit setzt wiederum Wissen und Weisheit voraus. Die Teilnahme von Frauen am gesellschaftlichen Leben wird anhand des Grades ihrer Freiheit beurteilt werden. Die Sehnsucht von Frauen nach Wissen und Freiheit ist auch ein Streben nach Wahrheit.

Wahrhaftigkeit ist die erste und eigentliche Form gesellschaftlicher Natur. All das, was bedeutungsvoll war, bevor es durch das patriarchale System deformiert wurde. Die Stufen der normalen Entwicklung im System der natürlichen Gesellschaft repräsentieren das, was wir Wahrhaftigkeit nennen. Daher beschreibt Jineologie auch das Streben nach diesen verfälschten Wahrheiten. Dieses Streben wird mit unserer Suche nach Wissen, Weisheit und Freiheit verknüpft werden.

Im 21. Jahrhundert warten wichtige Aufgaben auf uns: der philosophisch-theoretische und wissenschaftliche Rahmen der Frauenbefreiung, die historische Entwicklung des Widerstands und der Befreiung der Frauen, gemeinsamer sich gegenseitig ergänzender Dialog innerhalb des Feminismus, ökologische und demokratische Bewegungen, die erneute Bestimmung aller sozialen Institutionen (z. B. der Familie) gemäß den Prinzipien der Befreiung, die grundlegenden Strukturen eines freien Miteinanders, die Entwicklung eines neuen Verständnisses von Sozialwissenschaft auf Basis der Frauenbefreiung. Dieses Feld einer neuen Sozialwissenschaft für all die Kreise, die nicht Teil der Macht und des Staates sind, gilt es aufzubauen. Dies ist die Aufgabe für alle antikolonialistischen, antikapitalistischen, machtkritischen Bewegungen, Individuen, Frauen. Wir betrachten diese alternativen Sozialwissenschaften als die Soziologie der Freiheit. Jineologie wird die Grundlage dieser neuen Sozialwissenschaften bilden und sie weiterentwickeln. In dieser Hinsicht ist sie eine Vorreiterin. Sie wird sowohl diese Freiheitssoziologie aufbauen als auch selbst deren Teil sein.

Die kurdische Frauenbewegung, die die Jineologie seit 2011 ausarbeitet und dieses Thema zur Diskussion gebracht hat, misst den bisher weltweit erreichten Ergebnissen großen Wert bei. Sie ist sehr an Diskussionen, dem Teilen von Ergebnissen und Befunden, der Kooperation mit und dem Lernen von all jenen, die für die Freiheit von Frauen kämpfen, interessiert. Auch diese Konferenz ist Teil dieser Bemühungen.

Wir, als kurdische Frauen, sagen: »Das 21. Jahrhundert wird das Jahrhundert der Revolution der Frauen und Völker sein.« Wir glauben, dass die Jineologie für den Aufbau einer Geisteshaltung der Befreiung, ethische und politische Strukturen und eine freie Gesellschaft, die die Frauenbefreiung ins Zentrum rückt, eine historische Rolle spielen wird. Wir glauben fest daran, dass es möglich sein wird, den 5 000 Jahre alten gordischen Knoten zu durchschlagen und die toten Winkel der Geschichte auszuleuchten, die immer noch darauf warten, entdeckt zu werden, indem wir die Jineologie und die Soziologie der Freiheit als eine neue Sozialwissenschaft weiterentwickeln und sie zur Grundlage unseres gesellschaftlichen Kampfes machen.

Ich danke Euch allen. ♦

Die Friedensverhandlungen für Kolumbien

Der letzte Tag von welchem Krieg?

Pajaera Libertaria

Am 23. Juni dieses Jahres stand in den Zeitungen in Kolumbien und weltweit »Friedensvertrag zwischen kolumbianischer Regierung und Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – FARC) unterzeichnet«, sogar in den sozialen Netzwerken gab es den Hashtag #ElUltimoDiaDeLaGuera (DerLetzteKriegstag). Die Pressekonferenz, auf der diese historische Ankündigung gemacht wurde, wurde auf riesigen Bildschirmen in Bogotá übertragen. Alle sollten die Botschaft von Hoffnung und Glück mitbekommen.

Dabei gibt es ein Problem: Am 23. Juni dieses Jahres ging der Krieg in Kolumbien nicht zu Ende. An dem Tag wurde nur der vorletzte Verhandlungspunkt unterschrieben. Bei diesem Verhandlungspunkt geht es um einen beidseitigen Waffenstillstand. Dieser Punkt ist seit Beginn der Verhandlungen vor vier Jahren wichtig. Viele gesellschaftliche Gruppen haben diesen Waffenstillstand gefordert. Trotzdem bleibt festzuhalten, dass am 23. Juni 2016 nicht der ganze Friedensvertrag unterschrieben wurde.

Beide Seiten, die FARC und die Regierung, haben von Anfang an klargestellt, dass nichts vereinbart ist, bis alles vereinbart ist. Das bedeutet, erst wenn alle Punkte unterschrieben werden, entfalten die einzelnen Punkte ihre Wirkung. Vor dem Inkrafttreten der gesamten Vereinbarung soll außerdem zusätzlich ein Volksbegehren durchgeführt werden. Wir sind also noch sehr weit entfernt von einem Frieden zwischen der Regierung und der FARC und noch weiter entfernt vom Frieden überhaupt. In Kolumbien gibt es noch zwei weitere Guerillagruppen. Die Nationale Befreiungsarmee (Ejército de Liberación Nacional – ELN) ist die zweitwichtigste. Sie hat ihr Interesse an Friedensgesprächen deutlich geäußert. Nach drei Jahren wurden nun Geheimgespräche zwischen der Regierung und der ELN in der Öffentlichkeit bekannt. Am 30. März 2016 wurden offizielle Friedensverhandlungen mit der ELN begonnen. Allerdings gab es bis heute (Anfang August) noch gar keine Verhandlungsrunde. Das Problem ist der Unwille der Regierung. Beobachter merken an, dass sie kein Interesse habe, den ganzen Krieg zu beenden, da sie sich bei Kriegsende mit einer vereinigten zivilen Linken konfrontiert sähe. An dieser Stelle ist auch die Volksbefreiungsarmee (Ejército de Liberación Popular – EPL) nicht zu vergessen. Diese Guerillagruppe ist in den bisherigen Friedensverhandlungen nicht einmal benannt worden. Sie werden von der Regierung weiterhin ausschließlich als Kriminelle bezeichnet.

Weitere Faktoren erschweren eine kritische Analyse der Friedensverhandlungen. Die Rechten um Expräsident Alvaro Uribe Vélez spielen dabei eine Rolle. Sie führen eine teilweise erfolgreiche Hetzkampagne gegen die Friedensverhandlungen, indem sie die Bevölkerung zu Hass und Vernichtung der Opposition aufrufen. Auf der anderen Seite steht der vereinfachte Friedensdiskurs von Präsident Juan Manuel Santos, der einen Großteil der Linken spaltet. Linke Kritiker der Verhandlungen werden dabei in der öffentlichen Debatte als Friedensgegner delegitimiert.

In Anbetracht dieser komplexen Situation wollen wir einige Debattenbeiträge hervorheben. Der Priester Javier Giraldo, der für seine Arbeit mit Opfern des Konflikts und für seine politische Analyse bekannt ist, benennt für uns wichtige Punkte.

Nach Giraldo gibt es einen Doppeldiskurs: Einerseits behauptet die Regierung, der Grund für den Friedensprozess sei die Anerkennung der Tatsache, dass der Krieg soziale Wurzeln habe und beide Seiten Verbrechen begangen hätten. Andererseits behauptet die Regierung abseits der Verhandlungstische, dass die Friedensverhandlungen aufgenommen worden seien, weil die Guerillagruppen besiegt worden seien und sich die FARC den legalen und angeblich demokratischen Strukturen unterwerfen müssten. In diesem Sinne wiederholen die Regierung und die herrschende Klasse immer wieder, dass der Friedensprozess das Ergebnis der militärischen Niederlage der Guerilla sei.

Giraldo erklärt weiter, dass es unmöglich sei, in den bestehenden pseudodemokratischen Strukturen gleichberechtigte

Wahlen durchzuführen. Die Regierung beharrt aber darauf, dass das bestehende politische System nicht zu verhandeln sei. Die Guerilla wird lediglich eingeladen, sich nach der Waffenabgabe an Wahldebatten zu beteiligen, damit die Gesellschaft entscheiden könne, ob ihre Ideen und Vorschläge unterstützenswert seien.

Es wäre großartig, wenn es in Kolumbien eine reale Demokratie gäbe. Aber die Regierung weiß, dass sie sich auf das äußerst korrupte Wahlsystem und die privaten Massenmedien verlassen kann. In dieser Situation ist es unmöglich für die Guerilla und alle anderen Oppositionsgruppen, demokratische Wahlerfolge zu erzielen.

In den Mainstream-Medien wird vielfach berichtet, die FARC sabotierten die Friedensverhandlungen, aber die Fakten zeigen etwas ganz anderes. Nach unzähligen Debatten haben die Aufständischen der FARC eine symmetrische Behandlung der Aufständischen und der Militärs akzeptiert. Dies verleugnet den Umfang der staatlichen Verbrechen, die unterschiedlichen Merkmale der politischen Verbrechen und das Recht zu rebellieren. Zusätzlich mussten sie auch die Immunität aller Expräsidenten akzeptieren, obwohl diese für viele Verbrechen politisch verantwortlich sind. Dies steht im Widerspruch zu den Prinzipien der Römischen Statuten des Internationalen Strafgerichtshofs und bestätigt die Straflosigkeit für Kriegsverbrechen.

Frieden wird nicht beschlossen, Frieden wird aufgebaut

Selbst wenn die Regierung mit allen drei aktiven Guerillagruppen verhandeln würde, ein Teil der Gesellschaft fragt sich, ob daraus überhaupt Frieden entstehen könnte. Die aktuelle Anzahl der Angriffe auf politische und soziale Bewegungen zeigt wenig Garantien für die politische Arbeit der Opposition. Viele fürchten, dass der Frieden, der gerade verhandelt wird, nur eine Abwandlung des Krieges sein könnte.

Nach 50 Jahren des Bestehens der Guerilla, in denen es insgesamt 33 Jahre Friedensgespräche oder Annäherungen gab, haben die Guerillas nie auf eine militärische Lösung gedrängt. Die FARC streben politische Räume an, um ihre Forderungen zu erreichen. Für die zweitgrößte Guerillagruppe Kolumbiens sehen die Debatten um den Friedensprozess anders aus. Die ELN beharrt auf einer Friedensagenda, an der sich die kolumbianische Zivilgesellschaft beteiligen kann, damit die Gründe für den Krieg ausgeräumt werden können. Die Guerillagruppe bestätigt sowohl ihr Interesse an Friedensgesprächen als auch ihre Bereitschaft, weiter bewaffnet zu kämpfen.

Die Regierung hingegen hat das primäre Ziel, strategisch wichtige Gebiete dem Einfluss der Guerilla zu entziehen. Ihr Geschäftsmodell basiert auf dem Zugang zu und der Ausbeutung von Naturressourcen. Sie will Planungssicherheit für den Ausbau der Infrastruktur für Bergbau und Energiegewinnung.

Zeitgleich zum Prozess der Aushandlung eines Friedensvertrags in Havanna zwischen FARC und Regierung verfolgt diese eine zweite Strategie. Neue Gesetze werden verabschiedet, die die kapitalistische und extraktivistische Ökonomie Kolumbiens festschreiben und soziale Proteste weiter kriminalisieren.

Der Krieg der Regierung mit ihren staatlichen und parastaatlichen Mitteln gegen die Guerillagruppen ist nur ein Teil der Konflikte in Kolumbien. Hinter dem bewaffneten Konflikt steht ein gesellschaftlicher, für den in den Friedensverhandlungen keine Lösung vorkommt. Kolumbien ist eines der Länder mit der größten sozialen Ungleichheit. Kolumbien braucht eine Agrarreform: Die reichsten Familien machen nur 1 % der Bevölkerung aus und besitzen 60 % des Ackerlands, während die Mehrheit der Landbevölkerung von weniger als 5 Hektar pro Familie lebt. Die Stadtbevölkerung (mit 6 Millionen Binnenvertriebenen) hat kaum Zugang zu zivilen Rechten und die sozialen Rechte (wie Bildung und Gesundheit) sind ein Luxusgut für wenige Menschen.



Nach der neugestalteten Verfassung von 1991 sind Gesundheit und soziale Sicherheit als ökonomische, soziale und kulturelle Rechte anerkannt. Dies steht aber nur auf dem Papier. In der Realität werden alle sozialen Dienste von privaten Firmen geleistet. Dabei ist der private Sektor auf finanzielle Gewinne aus und hat kein Interesse am Schutz der Rechte der Bevölkerung.

Der mangelnde Zugang zur Gesundheitsversorgung führt zu mehr Toten als der Krieg. Ohne strukturelle Veränderungen ist der Frieden, den die Regierung anbietet, ein Frieden, der weiterhin Tote verschuldet.

Wird das Recht auf politische Opposition gewährleistet?

In der letzte Zeit haben sich die Angriffe auf soziale Bewegungen verstärkt: Festnahmen, Verschwindenlassen und Morde. Das Strafmaß bei Verurteilungen für Protestaktionen wurde verschärft. Es sieht so aus, als ob sich die Regierung auf einen neuen Gegner vorbereite: die unbewaffnete Opposition. Die Festnahme von studentischen Aktivisten im Juli letzten Jahres ist ein Warnsignal: Den Festgenommenen bei einer studentischen Demonstration drohten bis zu 22 Jahre Haft.

Die »soziale Säuberung« und die politischen Ziele der Paramilitärs geben ebenfalls Grund zur Sorge: Zwischen 1. und 14. März dieses Jahres wurden 28 Morde der Paramilitärs bekannt. In den Kommunalwahlen 2015 wurden zwei Kandidaten der linken Partei Polo Democrático Alternativo ermordet.

Wie können wir über Frieden reden, wenn jegliche politische Aktivität reicht, um zur Zielscheibe der Paramilitärs zu werden? Es gibt keine Sicherheit für die politische Opposition in Kolumbien. Soziale Bewegungen fragen: Wie kann der Konflikt ein Ende finden, wenn dessen Ursachen in der Verarmung und steigenden Ungleichheit der Bevölkerung liegen?

Frieden wird auf der Straße erkämpft

»Das ökonomische Modell ist nicht zu verhandeln«, wiederholt Präsident Juan Manuel Santos immer wieder und weigert sich, in den Friedensverhandlungen das Thema Energiepolitik zu besprechen. Die aktuelle Energiepolitik basiert auf dem Abbau natürlicher Ressourcen, der durch Freihandelsabkommen beschleunigt wird. Vor allem Bauern- und Indigenen-Organisationen sowie Gewerkschaften kritisieren diese Politik, die eine Verarmung der Bevölkerung zur Folge hat und die Repression verschärft.

Die Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada sind für den Import von Fleisch, Getreide und Zucker verantwortlich. Dies sind die drei wichtigsten Produkte der kolumbianischen Landwirtschaft, die nicht mit den Preisen der subventionierten Produkte aus Nordamerika konkurrieren kann. Dazu kommt, dass das Freihandelsabkommen mit den USA die Nutzung ursprünglichen Saatguts verbietet. Dies führt zur Vernichtung der Bauernökonomie und Kultur in Kolumbien.

Nichtsdestotrotz kämpfen die sozialen Bewegungen gegen diese Situation. Seit 2006 ist eine Reaktivierung der sozialen Proteste in Kolumbien zu verzeichnen. Seit 2013 gab es mehrfach landesweite Generalstreiks gegen das Bergbau- und Energiemodell sowie gegen die Freihandelsabkommen.

Die Demonstrationen seit 2013 sind vielfältig: landesweite Streiks von Erdölarbeitern, Bergbauarbeitern, Kartoffelerntearbeitern, Milchproduzenten und Kaffeeerntearbeitern. Es gab eine Reihe von Mobilisierungen, vom Agrarstreik bis zu indigenen Protesten in ganz Kolumbien. Die gemeinsame Arbeit von Indigenen-, Bauern- und afrokolumbianischen Organisationen ergab den gemeinsamen Prozess »Cumbre Agraria Campesina Indígena y Popular«. 2014 entstand aus diesem Netzwerk ein unbefristeter Generalstreik, der die Regierung verpflichtete, sich mit den Forderungen des Prozesses ernsthaft auseinanderzusetzen. Trotzdem hat die Regierung seitdem Gespräche hinausgezögert, sodass dieses Jahr mehrere Sektoren der Cumbre wieder demonstriert und gestreikt haben. Die Forderungen der Cumbre sind, unter anderem, eine Bildungsreform, eine Gesundheitsreform, Demonstrationsfreiheit und die Schaffung eines Menschenrechtsausschusses.

Verschiedene Teile der Gesellschaft fordern Friedensverhandlungen unter Einbeziehung der Bauern, Indigenen, Frauen, Afrokolumbianer und Studierendenorganisationen sowie Gewerkschaften, um Lösungen für die sozialen Probleme zu erarbeiten.

Auch wenn der Frieden zwischen den FARC und der Regierung auf den Weg gebracht wurde, hat eine Fronteinheit der FARC bereits angekündigt, sich der Vereinbarung nicht anzuschließen. Die Regierung äußerte sich dazu mit der Drohung militärischer Vernichtung. Dies ist es, was alle Gruppen erwartet, die den Friedensvertrag nicht unterschreiben oder sich ihm nicht anschließen: Vernichtung durch das kolumbianische Militär. Menschenrechtsorganisationen befürchten, dass mit dem Friedensvertrag eine Welle der Gewalt und der Vernichtung der Opposition einhergehen wird. Das wird sowohl die bewaffnete als auch die unbewaffnete Opposition in Kolumbien treffen.

50 Jahre Krieg, mit all seinen Leiden und Schmerzen, haben die kolumbianische Bevölkerung nicht entmutigt. Sie organisiert sich und kämpft weiter auf zahlreichen Wegen, u. a. in Form von Genossenschaften und gemeinschaftlichen Wasserversorgungssystemen. Auf dem Land und in den Städten sind die sozialen Bewegungen bereit, an ihren Forderungen festzuhalten und für ein würdiges Leben zu kämpfen, egal was kommt. ♦

Der Nelkenapfel oder der Ausdruck der Liebe

Sêva Mêxekrêj: Liebe und Leid in Kurdistan

Devriş Çimen, Silêmanî

Die Geschichte des Nelkenapfels, Sêva Mêxekrêj[1], in Südkurdistan[2] manchmal auf Märkten, manchmal aber auch in den abgeschiedenen Ecken von Wohnungen der Menschen als Dekoration zu finden, ist mehr als interessant. Mit seinem angenehmen Geruch und seinem schönen Aussehen symbolisiert dieser mit Nelken bedeckte Apfel in Kurdistan die Liebe, die Freundschaft, den Frieden und die Aufrichtigkeit.

Seit 2010 wird am 14. Februar jeden Jahres in Südkurdistan der »Nationale Tag des Nelkenapfels« begangen. Dieser Tag ist ein Gedenktag für die Opfer des Genozids der Anfal-Kampagne[3] und des Halabdscha-Massakers[4]. Der Apfel erinnert in diesem Zusammenhang an den Geruch des Giftgases, das in Helebce (Halabdscha) auf die Menschen abgeworfen wurde. Die Nelken auf dem Apfel stehen hingegen für das Leben und die Lebendigkeit. Der Nelkenapfel mahnt die Menschen also dazu, das Erlebte nicht zu vergessen und für eine friedliche Zukunft einzustehen. Die Idee des Nelkenapfels als Symbol für diesen Gedenktag kam 2004 vom ostkurdischen[5] Künstler Seywan Saedian im Rahmen einer Projektarbeit zum Gedenken an die Todesopfer des Genozids an den KurdInnen im Irak unter Saddam Hussein. Doch in den letzten drei Jahren wurde der Gedenktag des Nelkenapfels aufgrund der anhaltenden ökonomischen Krise in Südkurdistan und fehlenden Verantwortung des Kulturministeriums gar nicht mehr begangen.

Während der Nelkenapfel in Südkurdistan erst seit 2010 Bekanntheit genießt, hat er bei den Menschen in Ostkurdistan eine viel längere Geschichte. Denn dort wurde er von jungen Frauen schon seit jeher als Symbol verwendet, um ihren Liebsten ihre Liebe zu gestehen. Da sie oftmals zu schüchtern waren, um ihre Liebe in Worte zu fassen, verschenkten sie den Nelkenapfel, um ihren Gefühlen Ausdruck zu verleihen. So taucht der Nelkenapfel in verschiedenen kurdischen Liebesgeschichten aus der Vergangenheit immer wieder auf. Sein Ursprung soll sogar bis auf die Zeit Zarathustras[6] zurückreichen.

In Südkurdistan erst in jüngster Zeit bekannt

Im KünstlerInnenatelier »Peşengey Wanya« in Silêmanî (Sulaimaniyah) berichtet Şivan Zewar, dass der Nelkenapfel erst nach der Ausrufung des nationalen Gedenktages zur Bekanntheit gelangt sei, während seine Geschichte in Ostkurdistan und im Iran weit in die Vergangenheit reicht. »Dadurch, dass der Gedenktag auf den 14. Februar, also den Valentinstag, gelegt wurde, wurde die Tradition auch auf Südkurdistan zu übertragen und wiederzubeleben versucht. Dieser Prozess hält noch an. Es wissen also immer noch viele Menschen nicht, was es mit diesem Tag auf sich hat. Aber wir wollen diese schöne Tradition auch hier bewahren«, so Zewar.

Symbol der Aufrichtigkeit, des Friedens und der Liebe

In der Vergangenheit hatte der Nelkenapfel aber auch noch eine weitere Funktion, er symbolisierte die Aufrichtigkeit des Menschen. So sollen KurdInnen, aber auch IranerInnen in der Vergangenheit, wenn sie jemand ein Versprechen gaben, als Beweis ihrer Aufrichtigkeit dem Gegenüber einen Nelkenapfel geschenkt haben. Die 80-jährige Nesrîn Sarwat, die ursprünglich aus der ostkurdischen Stadt Mahabad stammt, berichtet mir von diesem Brauch und außerdem: »Auch wenn

1 Kurdischer Ausdruck für »Nelkenapfel«.

2 Autonome Region Kurdistan im Norden des Irak.

3 Als Anfal-Kampagne wurde die systematische Ermordung der im Irak lebenden KurdInnen auf Befehl des damaligen irakischen Präsidenten Saddam Hussein bezeichnet. Bei diesem Genozid – Saddam Hussein sprach von der Endlösung der KurdInnenfrage – sollen zwischen 1988 und 1989 bis zu 180 000 Kurdinnen und Kurden ermordet worden sein.

4 Im Rahmen der Anfal-Offensive wurde die kurdische Stadt Helebce am 16. März 1988 mit Giftgas angegriffen. Dabei kamen bis zu 5 000 Menschen ums Leben.

5 Als Ostkurdistan werden die kurdischen Gebiete im Iran bezeichnet.

6 Begründer der Religionsgemeinschaft des Zoroastrismus, dem ab dem zweiten Jahrtausend vor Christus die Vorfahren der KurdInnen, aber auch viele Völker vom heutigen Iran bis nach Pakistan angehört haben.

zwei Leute zerstritten waren und eine der beiden Personen die Versöhnung suchte, so schickte sie der anderen als Symbol einen Nelkenapfel.« Der Nelkenapfel ist also auch ein Friedensbotschafter.

Die Augen der alten Frau füllen sich mit Tränen, als sie weitererzählt: »Als vor Jahren mein Vater verstarb, hatte er noch immer den Nelkenapfel aufbewahrt, den meine Mutter ihm geschenkt hatte. Die Liebe und Aufrichtigkeit zwischen ihnen ging so nie verloren.«

Wie der Nelkenapfel entsteht

Von einem eigens ausgesuchten roten Apfel, der anschließend mit Nelkenblüten bestückt wird, geht ein ganz besonderer Zauber aus. Im Haus von Ipek Taşlı in Silêmanî begegnen mir gleich mehrere Exemplare. Taşlı berichtet mir, dass die Herstellung eines solchen bis zu zwei Stunden dauern kann. Der Apfel müsse besonders groß sein: »Denn wenn der Apfel trocknet, schrumpft seine Größe um rund ein Drittel. Die Nelken sitzen dann aber noch fester im Apfel.« So könne er dann jahrzehntelang aufbewahrt werden. Von Zeit zu Zeit mit ein wenig Wasser beträufelt verbreiten die Nelken dann von Neuem ihren wunderschönen Duft. »Ich stelle die Nelkenäpfel her und verschenke sie an FreundInnen und Verwandte. Ich denke, dass man seine historische Bedeutung nicht verloren gehen lassen darf und diese kurdische Tradition von Generation zu Generation weitergeben muss«, erklärt Taşlı mir.

Der Sêva Mêxekrêj – der Nelkenapfel – wirkt auf mich als Symbol des Gedenkens an die Genozide an den KurdInnen traurig und verwelkt. Als Symbol der Liebe, des Friedens und der Aufrichtigkeit versprüht er für mich allerdings die Schönheit und das Leben geradezu in sein Umfeld. Dennoch ist es irgendwie seltsam ... denn das Beispiel des Nelkenapfels beweist, dass die Motive der Liebe in Kurdistan nie weit weg sind von den Motiven der leidvollen Geschichte ... ♦



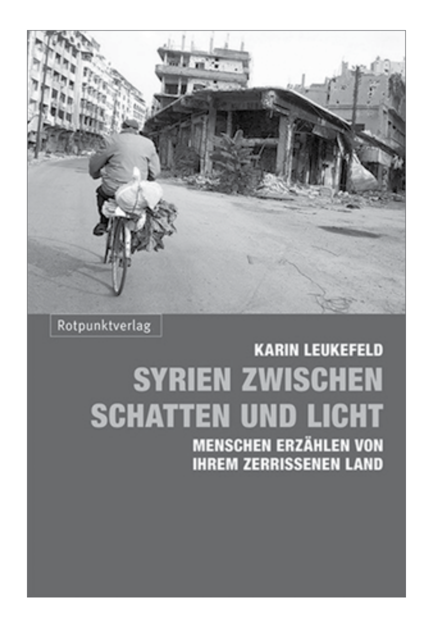
Der Nelkenapfel oder der Ausdruck der Liebe. Foto: Devriş Çimen

Das neue Buch von Karin Leukefeld über geschichtliche und aktuelle Entwicklungen in Syrien

Syrien zwischen Schatten und Licht

Elmar Millich, Kurdistan-Solidaritätskomitee Berlin

In ihrem vor einem Jahr erschienenen Buch »Flächenbrand« analysierte die Journalistin und Autorin Karin Leukefeld ausführlich die aktuelle Entwicklung in Syrien. Darin wurde auf historische Entwicklungen nur insoweit eingegangen, wie es der Autorin zum Verständnis der aktuellen Situation notwendig erschien. Ihr aktuell erschienenes neues Buch »Syrien zwischen Licht und Schatten« macht es umgekehrt und geht vor allem auf die historischen Entwicklungen und das Mit- und Gegeneinander der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und politischen Strömungen ein. Beginnend mit dem Ersten Weltkrieg, der erzwungen Neuaufteilung des Mittleren Ostens durch das Sykes-Picot-Abkommen und der Massendeportation der Armenier aus der heutigen Türkei führt die Autorin uns bis in die aktuellen Kriegsauseinandersetzungen, welche die Schlagzeilen über Syrien seit 2012 füllen.



Syrien zwischen Licht und Schatten
Karin Leukefeld
Rotpunktverlag, Zürich, 2016
334 Seiten,
24 Euro

Lebendig wirkt das Buch vor allem durch den Doppelaufbau. Zum Abschluss jedes geschichtlichen Einzelkapitels erfolgen subjektive Schilderungen der Ereignisse von Zeitzeugen, von denen die Autorin viele bei ihren zahlreichen Aufenthalten in Syrien selbst kennengelernt und interviewt hat. Dabei wird vor allem die Vielfalt der syrischen Gesellschaft deutlich, die von christlichen Drusen ebenso geprägt wurde wie von Alaviten, sunnitischen Arabern, Armeniern, palästinensischen Flüchtlingen, Kurden und vielen anderen Gruppen.

Diese Vielfalt scheint durch den Krieg bereits unwiderruflich verloren gegangen zu sein. In Gebieten unter Kontrolle der vom Westen unterstützten islamistischen Milizverbände blieb vor allem den verschiedenen christlichen Bevölkerungsteilen kaum eine andere Wahl, als sich auf die gefährliche Flucht nach Europa zu begeben. Die Stimmen kirchlicher Würdenträger, die schon 2012 vor dieser Entwicklung warnten, wurden im Rahmen der hier einsetzenden hysterischen Stimmungsmache gegen das »Assad-Regime« überhört oder gar diffamiert.

Karin Leukefeld zeigt sich als ausgezeichnete Kennerin der Verhältnisse im Mittleren Osten. Anders als in den ethnisch und religiös weitgehend homogenen europäischen Nationalstaaten bedarf es dort einer Politik, die für einen ständigen Ausgleich zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen sorgt, um politische Stabilität sicherzustellen. Dass dabei, wie die Geschichte Syriens zeigt, auch immer wieder autoritäre Regierungen das Ruder übernehmen, ist zum Teil dieser Komplexität und der Intervention ausländischer Mächte geschuldet und hat nichts mit dem in Europa verbreiteten rassistischen Vorurteil zu tun, dass Araber halt keine Demokratie können.

Die Autorin ist nach wie vor der Hoffnung, dass es zu einer Aussöhnung der innersyrischen Kräfte kommen könnte, wenn die Kriegsunterstützung vor allem aus der Türkei, Saudi-Arabien und Katar unterbliebe. Danach sieht es leider nicht aus. Genau diesen Gruppen haben die sogenannten »Freunde Syriens«, zu denen auch Deutschland zählt, das alleinige Verhandlungsmandat bei den Genfer Friedensgesprächen zugesprochen. Das Buch gibt aber vielen eine Stimme, die auch in Syrien nach wie vor an die Humanität glauben. ♦

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut, D. Çimen,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU –
Informationsstelle
Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005
0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro
plus Portokosten

Titelbild:
Özgür Gündem
Für eine freie Presse

Rückseite:
Familienpatenschaften:
Für die Würde der Menschen in Kurdistan

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Periodika



civaka-azad.com



ceni-kurdistan.com



isku.org



nadir.org/azadi/



yxkonline.com

FAMILIENPATENSCHAFTEN FÜR DIE WÜRDE DER MENSCHEN IN KURDISTAN

Der brutale Krieg des türkischen Staates gegen die kurdische Bevölkerung hat verheerende humanitäre Folgen

Krieg und Instabilität beherrschen die Türkei, allerdings nicht erst seit dem jüngsten Putschversuch des Militärs. Nach den Parlamentswahlen vom 7. Juni 2015 – Erdoğans AKP verfehlte die für ein Präsidialsystem erforderliche absolute Mehrheit und die progressive HDP schaffte trotz 10%-Hürde den Einzug ins Parlament – begann in der Türkei ein ziviler Putsch. Der Friedensprozess mit den Kurden wurde ad acta gelegt, Menschen- und Freiheitsrechte massiv beschnitten. In Folge wurde der faktische Ausnahmezustand mit monatelangen Ausgangssperren verhängt, ganze Stadtteile wurden von der Armee belagert und dem Erdboden gleichgemacht, hunderte Zivilisten starben, wurden gar bei lebendigem Leib verbrannt.

Flucht, Verarmung und Verslumung sind die Folge. Menschenrechtsorganisationen sprechen von 400 000 Binnenflüchtlingen seit Mitte letzen Jahres. Diese Menschen haben alles verloren außer ihrer Würde und ihrem Widerstandsgeist gegen die Barbarei. Sie führen einen unermesslichen Kampf für Demokratie und Gleichberechtigung, gegen jegliche Diktatur und sind daher weiterhin Angriffsziel des AKP-Regimes.

Diese Menschen brauchen unsere Hilfe!
Werden Sie Pate für diese Familien!

Der Rojava-Hilfs- und Solidaritätsverein aus der Türkei hat gemeinsam mit dem Kurdischen Roten Halbmond (Heyva Sor a Kurdistanê) eine Patenschaftskampagne für diese Familien gestartet. Bisher konnten 3 186 von 31 100 erfassten hilfsbedürftigen Familien unterstützt werden.

Wir, das Demokratische Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland (NAV-DEM), erachten es gemäß dem Grundsatz der unantastbaren Menschenwürde als unerlässlich, diese Kampagne auch hierzulande zu unterstützen und eine Vermittlerrolle zu übernehmen.

Mit einem monatlichen Mindestbeitrag von 150 Euro – dieser kann auch von mehreren Personen zusammen getragen werden – leisten Sie, leistet Ihre Organisation nicht nur einen finanziellen Beitrag für eine Familie, sondern Sie spenden auch Hoffnung und ermutigen die Menschen zu weiterem Widerstand gegen die Despotie.

Wir stehen Ihnen gerne für weitere Fragen unter der Rufnummer: 015772085796 oder der Mailadresse: familienpatenschaften@gmail.com zur Verfügung.

NAV-DEM Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland e. V. | http://navdem.com
Weitere Infos zur Kampagne: heyvasor.com/de/xwiskubira



FAMILIENPATENSCHAFTEN

FÜR DIE WÜRDE DER MENSCHEN IN KURDISTAN

WEITERE INFOS AUF DER INNENSEITE

ISSN 0935-5375